INFO-VERTEILER 34

April 1993

Initiative für eine revolutionäre Demo am 1. Mai.; Stiftg.8, 1070 Wien (29.3.93)

Da gibts Leute, die wollen am 1. Mai für die sozialistische Revolution demonstrieren

Sozialistische Revolution bedeutet Zerschlagung des bürgerlich-kapitalistischen Ausbeuterstaates durch die Arbeiterklasse und die Errichtung eines Staates, in dem die Arbeiterklasse die unumschränkte Herrschaft besitzt.

Gibt es überhaupt noch Klassen und Klassenwidersprüche?

Manche sagen, im Kampf für mehr Demokratie werden wir alle immer gleicher und die Widersprüche zwischen den Klassen verschwinden. Doch hat sich der Unterschied zwischen Aktienbesitzer und Fabriksarbeiterin verkleinert? Obwohl beide wählen dürfen und beiden das Schlafen unter der Brücke verboten ist, wird die Kluft immer größer. Manche glauben, daß die Arbeiterklasse immer mehr verschwindet. Aber es wird doch kaum wer bestreiten, daß weltweit immer mehr Bauern zu Arbeitern werden, die Arbeiterklasse weltweit wächst. Und in Westeuropa? Werden hier die Fabriksbesitzer immer mehr und die, die zum Geldverdienen nichts haben außer ihren Kopf und ihre Hände immer weniger? Alle Statistiken beweisen das Gegenteil.

Gerade in den hochindustrialisierten, imperialistischen Ländern, wo die Bauernschaft und die Kleingewerbetreibenden zahlenmäßig immer mehr abnehmen, gibt es 2 Hauptklassen, die sich durch ihre Stellung zu den Produktionsmitteln grundsätzlich voneinander unterscheiden - die Bourgeoisie und das Proletariat.



Ob schwarz, ob weiß - im Kampf vereint gegen aller Rassen Feind: die Ausbeuterklasse J. Heartfield 1931

Das Proletariat ist die Klasse, die ein objektives Interesse daran hat, die Herrschaft der Bourgeoisie zu stürzen. Alle anderen Zwischenschichten sind irgendwie mit der Bourgeoisie verbandelt und befürchten, etwas zu verlieren. Deshalb kann nur die Arbeiterklasse die sozialistische Revolution anleiten und durchführen.

Ist die Beseitigung des Kapitalismus möglich?

Einmal umgekehrt: Ist es möglich, daß das kapitalistische System ewig bestehen bleibt, sich immer wieder reformiert? Die Geschichte seit der Urgesellschaft spricht dagegen. Die Sklavenhaltergesellschaft der Antike, wo die Werktätigen wie Sachen verkauft und gekauft wurden, ist zwar immer wieder reformiert worden, hat sich aber trotzdem nicht gehalten, ebensowenig der Feudalismus. Die Argumente gegen eine Revolution sind so alt wie die Klassengesellschaft:

Schon vor 2000 Jahren haben die Verteidiger der Sklavenhalterordnung gesagt: "So gut wie heute gings den Sklaven noch nie; deswegen wird die Sklaverei ewig bestehen." Haben sie recht behalten?

Vor 2000 Jahren sagten die Büttel der Sklavenhalter nach dem Scheitern des Spartakusaufstandes: "Die Sklaverei wird ewig bestehen." Haben sie recht behalten? Wenig später hieß es: "Die Sklaven sind zu blöd, mit den Zuständen zufrieden, sie wollen gar nichts anderes."

Vor 2000 Jahren sagten die Athener Bürger: "Wir haben die beste Demokratie und den freiesten Staat der Welt, drum wird die Sklavenhalterordnung ewig bestehen." Haben sie recht behalten?

Vor 2000 Jahren sagten die Apologeten der Sklavenhalter nach dem Zusammenbruch des sizilianischen Reiches der aufständischen Sklaven: "Seht ihr? - Es gibt keine Alternative zur bestehenden Ordnung!" Haben sie recht behalten?

Schon vor 2000 Jahren gab es Leute, die meinten, daß die Macht korrumpiert und der Sturz einer Sklavenhalterherrschaft nur zu einer neuen Sklavenhalterherrschaft führen könne. Haben sie recht behalten?

Allen ist klar, daß der Sturz der Sklavenhalterordnung notwendig war, aber es

1. Mai: 11 Uhr Oper

Inhalt

Abo: Mindestens öS 200,- im Kuvert an: Infoladen Wien, 1050 Margaretengürtel 122-124/1/Keller

bleibt trotzdem die Frage, wieso es passieren mußte?

Die Entwicklung treibt zur Revolution

In der Entwicklung der Gesellschaft ist es so, daß durch die ständige Weiterentwicklung des Wissens und Könnens der in der Produktion Beschäftigten die Produktionsmittel und das Know-how sich so verändern, daß schließlich die Gesellschaftsordnung (z.B. Sklaverei) nicht mehr "paßt". Eine Intensivierung der Landwirtschaft mit verfeinerten Geräten ist mit peitschenschwingenden Sklaventreibern und mit völlig rechtlosen und an der Produktion desinteressierten Sklaven nicht zu erzwingen. Für eine fabriksmäßige Industrieproduktion muß die Bindung der Werktätigen an Grund und Boden (die für den Feudalismus typisch ist) aufgehoben sein.

Im Kapitalismus findet eine gesellschaftliche Produktion der Güter durch tausende Arbeiter in privaten Betrieben statt, die den Kapitalisten gehören. Aus diesem Privatbesitz an Produktionsmitteln (Fabriken, Maschinen usw.) ergibt sich aber die private Aneignung und private Verfügung über die Produkte, und damit die Konkurrenz (samt Krisen und Kriegen), obwohl doch die Herstellung der Güter bereits gesamtgesellschaftlich erfolgt. Deshalb müssen die wirklichen Produzenten, die Arbeiterklasse, die Herrschaft übernehmen.

Heute, auf der imperialistischen Stufe des Kapitalismus, geht der Widersinn so weit, daß einzelne Großaktionäre durch ihre Verfügungsgewalt über multinationale Konzerne praktisch die Geschicke ganzer Länder und Regionen bestimmen. Die Verhältnisse schreien nach einer Umwälzung der gesellschaftlichen Verhältnisse.

Aber die Herren der Banken und Fabriken werden nicht freiwillig abtreten, auch nicht, wenn sie "abgewählt" werden. Das haben Militärputsche und Errichtung faschistischer Herrschaften immer wieder bewiesen. Deswegen ist die Vorbereitung einer gewaltsamen sozialistischen Revolution notwendig.

Die sozialistische Revolution ist notwendig

Arbeitslosigkeit, Wohnungsnot, Frauenunterdrückung, Hunger und Elend, Rassismus, imperialistische Interventionen und Kriege, Umweltzerstörung, ... Diese im Kapitalismus normalen Zustände sind ohne Revolution nicht zu beseitigen. Diese elenden Zustände, die zum Kapitalismus gehören wie die Beulen zur Pest, können nicht auf dem Weg von Reformen beseitigt werden.

Es gibt Leute die sagen, daß der Kapitalismus sich als reformfähiger erwiesen hat, als zu Zeiten von Marx geglaubt wurde. Aber trotz aller Reformen gehts heute der großen Masse der Werktätigen der Welt schlechter als vor 150 Jahren.

In einer handvoll reicher, imperialistischer Staaten schmarotzt eine winzig kleine Ausbeuterklasse und plündert alle Völker der Welt hemmungslos aus. In ihren eigenen imperialistischen Ländern wirft die Ausbeuterklasse ihren Werktätigen einige Brösel hin, um sie ruhig zu halten. Vor allem hält sie sich hier aber eine ganze Schicht von bestochenen und privilegierten Arbeiteraristokraten in Gewerkschaft und sogenannten "Arbeitervertretungen", die alles unternehmen, um jede oppositionelle klassenkämpferische und antikapitalistische Regung aufzusaugen, auszutrocknen und zu zerstören.

Deshalb ist es so schwierig, eine revolutionäre Arbeiteropposition aufzubauen. Und deshalb gibt es alle möglichen Verwirrungen und "neuen Theorien", wie die Gesellschaft verändert werden könnte.

Wie kann der Kapitalismus gestürzt werden?

Da gibt es Leute, die stürzen sich mit ungeheurer Energie in den Kampf gegen bestimmte Erscheinungsformen des Kapitalismus, ohne deren Ursachen zu erkennen, ohne zu sehen, was für ein Gesellschaftssystem dahintersteckt.

Es gibt Leute, die sich in diesen Teilbereichen verzetteln und deswegen "vergessen", über den Tellerrand hinauszuschauen.

Es gibt Leute, die mit den "marginalisierten Schichten" den "Widerstand" organisieren wollen und glauben, daß sie durchs Inselbauen zu einer besseren Gesellschaft kommen.

Es gibt Leute, die glauben, wenn sie den Kampf z.B. gegen die Wohnungsnot nur militant genug führen, kämen die im Grätzel von selbst in Widerspruch zur gesamten Gesellschaftsordnung.

Die entscheidende Frage ist aber, wie verhält sich die Arbeiterklasse. Wenn die Arbeiterklasse streikt, dann geht gar nichts mehr. Wenn die Arbeiterklasse zur Revolution bereit ist, kann sie niemand und nichts aufhalten. Deshalb ist die Orientierung auf die Arbeiterklasse das um und auf jeder revolutionären Politik. Ohne Revolution unter der Führung der Arbeiterklasse kann die bürgerliche Gesellschaft nicht zerschlagen und ihre Übel nicht beseitigt werden.

Warum am 1. Mai gerade auf den Ring?

Es gibt Leute, die finden es kotzig, am 1. Mai hinter der SP und KP über den Ring zu marschieren. Wir auch, aber:

Auch wenn die Reformisten und Regierungszujubler alles versaut haben, gibt es eine alte Tradition der Maiaufmärsche am Ring seit dem Ende des 19. Jahrhunderts. Diese wird in den letzten Jahren von den kämpferischsten Teilen der Arbeiterklasse in Österreich, den Sympathisanten von fortschrittlichen antiimperialistischen Organisationen v.a. aus Türkei, Kurdistan, Iran fortgeführt.

LeserInBrief, e. 14.3.93

Liebe InfoverteilerInnen

Der Artikel über die Südtirol-Terroristen ist besonders wegen seiner vielen Fakten interessant und wegen seiner Anklage an die österreichische Bourgeoisie als Hintermänner und Komplizen wichtig.

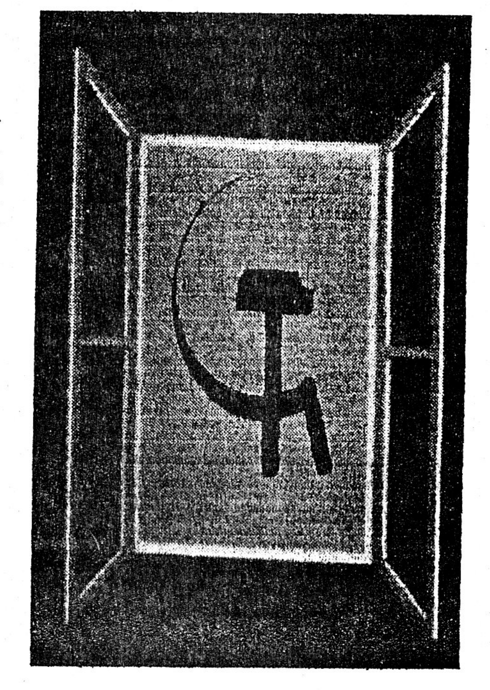
Zwei Sachen stören allerdings gewaltig: Ihr übernehmt teilweise wortwörtlich und unkommentiert die Sichtweise bzw. Sprachweise der reaktionärsten Kreise von Südtirol-Revanchisten.

1. Im Vorspann schreibt ihr, daß "Südtirol von den Nazi-Faschisten an das faschistische Italien 'verkauft' worden" war.

Tatsächlich wurde im Vertrag von St.Germain 1919 bei der Aufteilung der Gebiete der Habsburgermonarchie an die verschiedenen (neuen) Nationalstaaten das gesamte südlich des Brenner liegende Gebiet, das mehrheitlich italienisch-sprachig war, Italien zugesprochen. Ohne sich auf diplomatische Einzelheiten genauer einzulassen: Nicht zuletzt aufgrund der (anfangs) provokanten Ansprüche Österreichs auf das gesamte Gebiet südlich des Brenner (also nicht nur des heutigen sogenannten "Südtirol", sondern auch der Provinz Trento bis zum Gardasee!) wurden von den Siegermächten des 1. Weltkriegs die Forderungen Italiens vollständig und unverändert erfüllt.

2. Im gesamten Text verwendet ihr ausschließlich die deutsch-sprachigen Ortsbezeichnungen, obwohl es sich um Teile Italiens handelt und z.B. Bozen/Bolzano mehrheitlich italienisch-sprachig ist.

Wieso ihr zu solchen Formulierungen kommt, soll hier nicht beurteilt werden. Jedenfalls ist gerade in der sogenannten "Südtirol-Frage", wo die österreichische Bourgeoisie traditionell und unverblümt Revanchismus predigt, äußerste Genauigkeit und klare Abgrenzung notwendig.



Verwendetes Material aus: (1) Die Linke, 15.1.93. (2) Khella Karam: Tor der Totenklage (So nennen die Anrainer den Ausgang des Roten Meeres), 93. (3) La Prensa, 17.12.92. (4) Lewis I.M.: Moderne Geschichte Somalias. (5) Los Angeles Times, 18.1.93. (6) Neues Deutschland, 11.12.92. (7) ND, 11.2.93. (8) ND, 14.12.92. (9) ND, 15.12.92. (10) ND, 16.12.92. (11) ND, 16.2.93. (12) ND, 17.12.92. (13) ND, 18.12.92. (14) ND, 18.2.93. (15) ND, 7.9.92. (16) New Liberation News Service, 18.1.93. (17) New York Times, 14.12.92. (18) NYT, 18.1.93. (19) New York Transfer News Service. (20) NYTNS, 17.12.92. (21) Samatar Said S.: Somalia - Eine Nation im Aufruhr, London 91. (22) Workers World, 24.12.92. (23) Workers World, 26.12.92. (24) Lenin, W.I.: Der Imperialismus ... (+ Seitenangabe). (25) Al Quds al-Arabi, 12/92. Die Daten zu den Ölmultis stammen zum größten Teil aus dem Archiv der Arbeiterkammer Wien.

Somalia: (Neue) Hoffnung – für die Reichen

Die Pentagon-Poeten haben sich wieder mal einen netten Titel für eine Invasion einfallen lassen. Nach der "Verhaftung des Drogen-Dealers" Noriega - mittels Stealth-Bomber-Einsatz gegen die Slums von Panama City, der tausende Menschenleben gekostet hat - und dem "Wüstensturm", der hunderttausende Ermordete und ein völlig ruiniertes Land brachte, marschierten die US- und andere Imperialisten im Dezember 1992 am Horn von Afrika ins strategisch wichtig gelegene Somalia ein.

Über Somalia wissen wir weniger, als das beim Irak der Fall war. Deshalb bringen wir hier einmal, was wir zu diesem Thema zusammengetragen haben. Klar ist jedenfalls, daß es sich um nichts weniger als eine "humanitäre Hilfeleistung" handelt. Die Invasion ist eindeutig eine militärische Aktion, die vielen Zwecken dient. Vom neuerlichen Herausstreichen der "einen Führungsmacht" USA, über die Interessen diverser Ölmultis, Giftmüll-Firmen bis zur strategischen Lage, die die Kontrolle über die Einfahrt ins Rote Meer sowie den Zugriff auf den arabischen Raum und halb Afrika ermöglicht.

Gesellschaft

Somalia in den Grenzen von 1960 erstreckt sich über mehr als 600.000 km2, das Land ist mehr als siebenmal so groß wie Österreich. Die 6 Millionen Einwohner sind fast ausnahmslos Somalier, sprechen eine Sprache und verfolgen eine - die sunnitisch-schafiitische - Glaubensrichtung. Es besteht eine ausgesprochene Stammesbezogenheit (sogenannter Tribalismus). Die Familienverbände waren und sind der alles bestimmende Faktor in der somalischen Gesellschaft und Politik - nicht zuletzt auch ein Produkt der klimatischen und geografischen Bedingungen am Horn von Afrika, wo 90 Prozent des Territoriums von Steppen und Halbwüsten beherrscht werden. Die somalische Gesellschaft war nie eine "demokratische" in dem Sinn, daß jede Person in Entscheidungsprozessen was zu sagen hätte. Sie ist gegliedert in Clans, Stämme und Familien, wobei die Familienältesten eine wichtige Rolle in der Beratung der Clanchefs haben. Die Clans wiederum spalten sich nach einigen Generationen in neue Clans, wobei sie einer Abstammung folgen.(4) Zudem verfügten die Somalier über eigene Organisationsformen, die es jedem Invasor schwer machte, das Volk zu unterwandern, nämlich die Geschwisterschaften. Dabei handelt es sich um stammesübergreifende Lebens- und Wirtschaftsgemeinschaften, deren wichtigste die Quadiriyya, Salihiyya, Ahmadiyya und Rifaiyya sind.(2)

Die Clans bilden kurzfristige Allianzen: "Die Clan-Koalitionen wurden zur Abwehr einer bestimmten Gefahr gebildet, um sich genauso schnell wieder aufzulösen, wenn dieser Notfall vorüber war. Es gab keine permanente Verwaltungshierarchie, keine dauerhafte Struktur und keinen Zentralstaat mit zentraler Autorität, der das Monopol auf Gewaltausübung gehabt hätte, um seinen Willen gegenüber der gesamten Gesellschaft durchzusetzen. Jeder somalische Familienälteste mit seinem Haushalt und drei oder vier Frauen handelte unabhängig von den anderen und machte sich selbst sein Gesetz"(21). Der in Los Angeles ansässige Said Sael Samatar - sein Bruder Ibrahim ist Präsident der interimistischen legislativen Versammlung - ist der Meinung, daß "die einzige moralische und effektive Autorität, die die Clan-Leute akzeptieren und denen sie folgen, die Clanführer sind. Deshalb ist es nötig, daß die Macht und Autorität weg von den bewaffneten Opportunisten und Selbstbereicherern zurück zu den traditionellen Ältesten kommt."

Dem widersprechen die Interessen der Invasoren. Die Absicht des Pentagons ist es, das Land unter Kontrolle zu bekommen und sich ein loyales Marionettenregime zu schaffen. Ein Artikel mit dem Titel "Die Marines versuchen, in Somalia eine Stadtregierung wiederaufzubauen"(18) beschreibt diese Bemühungen. Unter dem Deckmantel, die Somalier in "Demokratie" zu unterrichten, versuchen die Marines, Kollaborateure in einem "Sicherheitskomitee" zu organisieren, und zwar in Baidoa, einer Stadt, die jahrelang schwer von der Hungersnot betroffen war. Falls dieses "Versuchskomitee" ein "Erfolg" wird, könnten in anderen Städten ebenfalls Komitees mit den USA gegenüber loyalen Somaliern etabliert werden, die die Aktionen der Invasoren "genehmigen" würden. Diese Marionettenregierungen könnten dazu dienen, den Waffenstillstandsvertrag, der von 14 verschiedenen somalischen Gruppen bei einer von den USA initiierten Konferenz in Äthiopien unterzeichnet worden ist, im Sinne der USA zu interpretieren. Wie die Invasoren diese "Demokratisierungskampagne" verstehen - und wie rassistisch sie dabei argumentieren, abgesehen davon, daß sie die tatsächlichen Verhältnisse in der somalischen Gesellschaft negieren -, veranschaulicht ein Zitat von Colonel Werner Hellmer, der den amerikanischen zivil-militärischen Operationsteams vorsteht: "Es war interessant mitzuverfolgen, wie sich die Somalier in vier Wochen entwickelt haben, Leute mit eigentlich überhaupt kei-



ner Erfahrung in Selbstverwaltung".

Die Bewegungen und die Clans, die sie tragen

Nachdem im Januar 1991 die Diktatur des zunehmend senilen und autokratischen Siad Barre - er stammt nicht aus einem alten, traditionellen Clan und erhielt seine Ausbildung in der italienischen Kolonialpolizei - hinweggefegt worden war, begann der Kampf der verschiedenen Hauptclans um die Macht. Drei sind dabei bestimmend: die Irir, die Darod und die Saab. Zum Clan der Irir gehören die Stämme der Hawiyé an der Grenze zu Äthiopien und in Zentralsomalia, der Issak am Golf von Aden und der Dir an der Grenze zu Djibouti. Aus dem Stamm der Hawiye kommen die wichtigsten Protagonisten der fortwährenden Kämpfe: Ali Mahdi Mohamed und Mohamed Farah Aidid.

Zum Clan der Darod zählen vor allem die Stämme der Ogadeni im Südwesten Somalias, der Marehan, der Majertein und der Warsangali am Horn von Afrika. Als Militärführer der Ogadeni war Omar Jees maßgeblich am Sturz Barres beteiligt und verbündete sich zu diesem Zweck zeitweise mit den Issak in der Nationalen Somalischen Bewegung (SNM) und dem USC. Der Clan der Saab lebt vor allem im Südwesten Somalias. Zu ihren wichtigsten Stämmen, den Rahanwein und Digil, zählen besonders die zahlreichen Bauernfamilien, die sich an den Ufern des Flusses Juba niedergelassen haben.

★ SNF (**Somalische Nationale Front**). Chef ist Siad Barre vom Marehan-Stamm. Ab 1985 betraute Barre alle wichtigen Posten mit Mitgliedern seiner Familie und des Marehan-Stammes. Sie bilden heute die Speerspitze der SNF an der äthiopisch-somalischen Grenze.

★ USC (**Vereinigter Somalischer Kongreß**). General Mohamed Farah Aidid, der militärische Chef des USC, führte einst die Präsidentengarde Siad Barres. Er rekrutiert seine Kämpfer vor allem unter den Gaalkacyo-Nomaden, die zur Gruppe der Habar Gedir des Hawiye-Stammes gehören.

★ SNM (**Somalische Nationale Bewegung**). Bewegung im Norden Somalias, die sich inzwischen durch Ausrufung eines unabhängigen Somaliland, das allerdings international bisher nicht anerkannt wurde, von Somalia abgespalten hat. Basis sind die Mitglieder des Stammes der Issak.(9)

★ **SSDF**. Vertreter der Majeterin

★ **Somalische Patriotische Bewegung**, sie stützt sich hauptsächlich auf die Ogadeni.

★ **Somalische Demokratische Bewegung**, vertritt die Rahanwein

★ **Vereinigte Somalische Front** (Issa)

★ **Somalische Demokratische Allianz** (Gadaboursi)

An Stelle des Zentralstaates trat in den letzten beiden Jahren ein Dutzend kleiner "Emirate", die die zehn wichtigsten Stämme vertreten, eigene Stammesoberste und eigene Armeen haben, was in gewissem Sinne dem Zustand vor der Kolonialisierung entspricht, nur daß diese Entwicklung nicht zusammenpaßt mit den wirtschaftlichen Gegebenheiten des Landes heute.

Die Stämme sind mit chinesischen, belgischen, amerikanischen und russischen Maschinenpistolen, französischen Raketenwerfern, sowjetischen 122-mm-Geschützen, amerikanischen 81-mm-Granatwerfen und sowjetischen 37-mm-Fliegerabwehrkanonen ausgerüstet. Jeder Stamm hat nach wie vor seine Quellen. Äthiopien zu Zeiten Mengistus hatte die SNM unterstützt. Die gut bestückten Arsenale Siad Barres in Mogadischu wurden vom USC geplündert. Djibouti versorgt die Miliz der Vereinigten Somalischen Front. Der Generalstab der kenianischen Armee, an dessen Spitze ein Somali steht, ist teilweise mit der SNF liiert. Die SSDF unterhält enge Kontakte zu Libyen, Ägypten, Pakistan und Sudan. und die Preise jemenitischer Waffenschmuggler sind kaum zu unterbieten ...

Bezahlt wird das alles von im Ausland geparkten Geldern, reichen Somaliern in den Golfstaaten und smarten Unternehmern im Lande. Zu ihnen gehört auch der ehemalige Hotelier und selbsternannte "Präsident" Ali Mahdi Mohamed, während sich sein Gegenspieler General Aidid der Dienste des Immobilienhais Osman Arteh bedient.

Samatar betont, daß "die verschiedenen auf den Clans basierenden Oppositionsgruppen von ehemals zu Barre loyalen Leuten geführt werden, die mit ihm gebrochen haben, weil sie der Meinung waren, ihre politischen Ambitionen würden durch den Macchiavellismus des alten Mannes durchkreuzt. Nachdem sie das Regime verlassen haben, sind sie in der Opposition als Führer anerkannt, und niemand wagt peinliche Fragen über ihre frühere Komplizenschaft mit Herrn Barres Regime zu stellen; in die Vergangenheit zu schauen hätte zur Folge, daß der Clan - und damit die Opposition - sich in seine Bestandteile nach dem Stammbaum spalten würde."

Wirtschaft

Die somalische Wirtschaft basiert stark auf Viehexport; früher waren es Kamele, heute werden hauptsächlich Rinder exportiert. Somalia exportiert jährlich Güter im Wert von 85 Millionen US-Dollar, um seine Auslandsschulden zu bezahlen. 75 Prozent des Exportvolumens sind Lebendvieh - eine der Auflagen der Weltbank -, der Rest Rohstoffe, deren Preise am Weltmarkt bekanntlich rapide verfallen. Somalia ist auch reich an leicht abbaubaren Bodenschätzen wie Gold, Silber, Nickel, Mangan und Uran, die Abbaugebiete liegen in Küstennähe. Zur Verarbeitung des Rohöls baute der Irak eine Raffinerie in Somalia.(2) Ein spezielles Problem stellt der Export von Holz dar, zu dem Somalia gezwungen ist: Holz ist nämlich in dem trokkenen Land, das immer mehr versteppt und langsam zur Wüste wird, ein knappes, aber lebenswichtiges Gut, um das immer wieder heftige Streits zwischen ansässigen Bauern, Hirtennomaden und den Insassen der zahlreichen Flüchtlingslager entbrennen. (Vgl. Andrew Buckoke, Fishing in Africa. A guide to war and corruption.)(1)

Die Pläne der UNO, die Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln zu sichern, bieten keine Perspektive für eine Entwicklung des Landes: Die "Zeit" (25.12.1992) berichtete, daß die Menschen in Lagern zusammengefaßt werden sollen, weil die Infrastruktur für eine andersartige Verteilung der Hilfsgüter fehle. Das hätte u.a. zur Folge, daß die Landwirtschaft weiterhin vernachlässigt wird, die Viehherden der Nomaden nicht aufgestockt werden und eine strukturelle Verbesserung der Versorgung mit Lebensmitteln nicht in Aussicht ist.



Sorghum- (Getreide-) Ernte

Geschichte

Seit dem 5. Jahrhundert gab es einen intensiven Waren- und Kulturaustausch zwischen dem Niltal, Somalia und der arabischen Halbinsel. Anders als die Länder der arabischen Welt wurde Somalia in der Epoche der Expansion des arabisch-islamischen Reiches (634 - 750) nicht militärisch erobert. Trotzdem setzte sich der Prozeß der Arabisierung und Islamisierung in den Küstenstädten Ostafrikas durch. Seit dem 10. Jahrhundert ist Arabisch dominant und der Islam vorherrschend, von den Städten ausgehend verbreitete er sich im Binnenland.

1839 gelang es der englischen Marine, Aden zu besetzen. Die Besetzung der gegenüberliegenden afrikanischen Küste - um den Eingang zum Roten Meer von beiden Seiten kontrollieren zu können - scheiterte, solange Ägypten regionale Macht blieb. Die Unabhängigkeit Ägyptens endete 1879, und zehn Jahre später gab es die erste europäische Invasion in Somalia.

Somalia war wegen seiner reichen Bodenschätze und Nahrungsmittelproduktion, vor allem aber wegen seiner strategischen Lage begehrtes Ziel der Kolonialisten. Fast alle Großmächte traten in der kolonialen Phase des Landes auf: Deutschland, dessen Versuche 1880 erfolglos waren, Italien, England und später die USA. Die Kolonialisten teilten das Land in fünf Herrschaftszonen, das Sykes-Picot-Abkommen 1916 zementierte diese Teilung: Die Ogaden wurden Äthiopien zugeschlagen, eine Region Kenia angegliedert, das heutige Somalia wurde geteilt in das südliche Somalia und das nördliche Somaliland, und schließlich wurde der Stadtstaat Djibouti am Roten Meer geschaffen. Italien besetzte Somalia, Großbritannien das nördliche Somaliland. 1952 begannen sich amerikanische Ölmultis für Somalia zu interessieren.(2)

Die bewaffneten somalischen Jugendlichen, die heute die Marines verhöhnen und auf sie schießen, stehen in einer Tradition von militantem Widerstand gegen kolonialistische Vorherrschaft in Somalia. In der Epoche des europäischen Kolonialismus kämpften die britischen, die französischen und die italienischen Imperialisten permanent um eine Neuaufteilung des strategisch gelegenen Landes. Die Somalier leisteten gegen jede Kolonialmacht Widerstand:

Um die Jahrhundertwende besiegte Sheik Mohammed bin Abdullah, Führer einer revolutionären islamischen Bewegung, die Besatzungstruppen des britischen Empire in vier Schlachten. Die Kolonialmacht konnte nur Forts an den Küstenhäfen halten. Erst in den 20er Jahren, als die Briten Luftbombardements einsetzten, wurde Somalia zeitweise als "befriedet" eingeschätzt.(19) Mohammed bin Abdullah stammte aus dem Gebiet der Ogaden. Die Kolonialisten nannten ihn den "verrückten Mullah". Er propagierte den gemeinsamen Aufstand der fünf Teile Somalias und wurde zum Alptraum der europäischen Mächte. Jahrzehntelang war er Symbol für Standhaftigkeit und Durchhaltevermögen der Somalier.(2)

Die kolonialistischen Attitüden der imperialistischen Staaten haben fortbestanden. David Winterford, ein nationaler Sicherheitsberater von der "Naval Post Graduate School", USA, brachte das unlängst wieder zum Ausdruck, als er sagte: "Als Land ist Somalia nichts wert, aber seine geographische Lage ist unbezahlbar. Wer auch immer Somalia kontrolliert, könnte die südliche Einfahrt ins Rote Meer und damit den Suezkanal kontrollieren ... die Gegend ist besonders geeignet, die politische Stabilität des Mittleren Ostens zu beeinflussen." Vielleicht war der Beamte der US-Armee beunruhigt über die Geschichte des somalischen Widerstands, als er am 10.1.1993 zur New York Times sagte, "was wir nicht wollen ist, daß die Leute anfangen, uns hier für eine Kolonialmacht zu halten."(19)

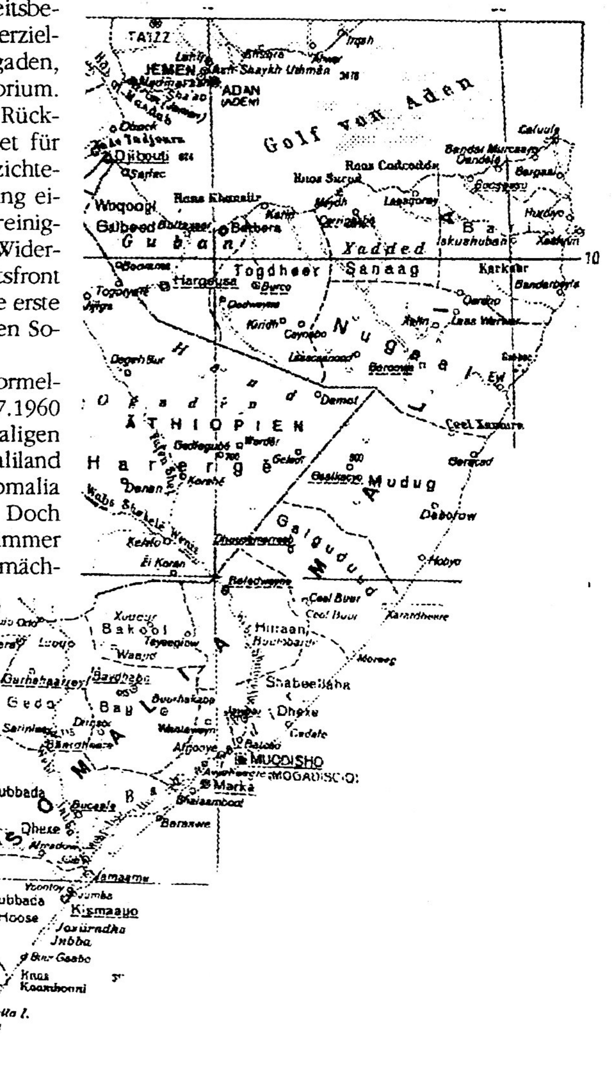
Mit der Machtergreifung der Faschisten in Italien im Oktober 1922 eskalierte der Terror der Besatzungsmacht in Somalia. Die Widerstandsbewegung erlitt große Verluste.(2)

Der Aufstand des Bundes Freier Offiziere in Ägypten im Juli 1952 brachte neue Perspektiven für den somalischen Unabhängigkeitskampf. Das Nasser-Regime unterstützte die Unabhängigkeitsbewegung. Die ersten Erfolge erzielte die Bewegung in den Ogaden, auf äthiopischem Territorium. Dieses Gebiet diente als Rückzugs- und Nachschubgebiet für die Aufständischen. Sie verzichteten jedoch auf die Ausrufung eines eigenen Staates und vereinigten sich mit den anderen Widerstandsgruppen zur "Einheitsfront Groß-Somalia", die dann die erste Regierung des unabhängigen Somalia stellte.

Mit der Erlangung der formellen Unabhängigkeit am 1.7.1960 wurden die beiden ehemaligen Kolonien Somalia und Somaliland zum einheitlichen Staat Somalia zusammengeschlossen. Doch ringsum gab und gibt es immer noch die von den Kolonialmächten willkürlich gezogenen Grenzen. Unter anderem deshalb kam es zum Beispiel 1964 zu einem Konflikt zwischen Somalia und Äthiopien um die Ogaden.

Am 21.10.1969 übernahm die Armee die Macht. General Mohammed Siad Barre begründete seine Machtergreifung damit, dem "politischen Zickzackkurs" ein Ende machen zu wollen. Er gründete das "Somalia Revolutionary Council" (SRC) als Staatspartei und versuchte den Aufbau eines "modernen sozialistischen Staates": Banken wurden nationalisiert, Stammesstrukturen, Berufsvereinigungen und Parteien verboten. Die somalische Mundart wurde 1972 zur Nationalsprache mit einer arabischen, lateinischen und osmanischen Schrift (der somalische Gelehrte Isman Yusuf entwickelte bereits in den 20er Jahren das Schriftsystem Osmani auf der Grundlage eines alten somalischen Alphabets(2)) und es begann eine breite Alphabetisierungskampagne. Die Frauen erhielten Gleichberechtigung. Enge Beziehungen zu den Golfstaaten brachten dem Land Petrodollars.

Im Jahr 1972 kam es zu einer Dürrekatastrophe, die 15.000 Menschen das Leben kostete, im Gegensatz zur Hungersnot 1991/92 aber relativ schnell überwunden wurde. Sowjetische Flugzeuge halfen 140.000 Menschen aus den Dürregegen-



den in sichere Landesteile zu evakuieren. Außerdem wurden Bewässerungsanlagen entlang der beiden größten Flüsse, Juba und Shabeele, angelegt, die neues Ackerland erschlossen. 1974 trat Somalia der Arabischen Liga bei und schloß einen Freundschaftsvertrag mit der Sowjetunion, der jedoch nicht allzu lange hielt.

Somalia galt zu dieser Zeit als ein Hort der Stabilität in Afrika. Diese Periode endete 1977. Siad Barre begann einen Krieg gegen Äthiopien mit dem Ziel, die Ogaden zu erobern. 1978 verlor Somalia den Krieg, und die Widersprüche des Barre-Regimes brachen offen aus. In diesem Jahr endeten auch die guten Beziehungen zur SU, und das Barre-Regime orientierte sich hin zu den USA: "Washington war gierig auf einen strategischen Außenposten in der Nähe der arabischen Ölfelder und schloß einen Vertrag zur Übernahme der alten, sowjetischen Militäreinrichtungen. In den nächsten 10 Jahren steckten die USA hunderte Millionen Dollar in die Aufrüstung des Landes." Gleichzeitig zwang der IWF Somalia einschneidende Maßnahmen auf, gegen die die Dorfbewohner 15 Jahre lang Widerstand leisteten.

Zwischen 1978 und 1988 spielte Barre immer stärker die einzelnen Clans gegeneinander aus, um seine Herrschaft mit dem Marehan-Clan, der nur 2 Prozent der Bevölkerung ausmacht, zu sichern. 1980 wurde der Ausnahmezustand ausgerufen, der erst 1982 wieder aufgehoben wurde.

Das Verhältnis der USA zum Siad Barre-Regime, vor allem die massive militärische Aufrüstung, erinnert an das zu Noriega oder zum Irak vor dem August 1990. Und auch Siad Barre setzte seine Armee gegen den "inneren Feind" ein. "Die Somalier vergessen Siad Barres Massaker Ende der 80er Jahre an 150.000 Bewohnern des früheren Britisch-Somaliland im Norden nicht; oder die nahezu vollständige Zerstörung von Städten im Norden, wie z.B. Hargeysa mit Hilfe von südafrikanischen Bomberpiloten und logistischer Hilfe seitens der USA sowie unter deren diplomatischem Schutz." Mehr als eine halbe Million Somalier wurde obdachlos gemacht und gezwungen, durch die äthiopische Wüste zu fliehen.(16)

Jahrelang war Somalia Ziel von Flüchtlinge aus Äthiopien/Eritrea. Im Jahre 1990 meldete die somalische Regierung 850.000 Flüchtlinge im Land bei einer Gesamtbevölkerung von 4,7 Millionen Menschen (andere Quellen geben die Einwohnerzahl mit 6 Millionen an). 42 Flüchtlingslager wurden eingerichtet. Die internationalen Hilfsorganisationen feilschten mit der somalischen Regierung, sie behaupteten, in die offiziellen Flüchtlingszahlen würden die somalischen Nomaden mit eingerechnet. An die 30 Millionen US-Dollar wurden jährlich für die Flüchtlinge bezahlt. In manchen Lagern war die Versorgung besser als in den umliegenden Dörfern. Daher gelangten Lebensmittel auf den freien Markt. Neben dem erwähnten Problem der verstärkten Abholzung schufen auch diese "Märkte" strukturelle Probleme.(1)

Hungersnot und Bürgerkrieg

1988 schloß Somalia einen Friedensvertrag mit Äthiopien. Die SNM kämpfte trotzdem im Norden des Landes um den Zugang zu ihren Heiligtümern in Äthiopien. Die Folge war eine brutale Repressionswelle der somalischen Armee gegen die Issak (die den größten Teil der SNM ausmachen).(1) 1990 begannen die Hawiye den bewaffneten Kampf, der sich auch in der Hauptstadt Mogadischu ausbreitete.

In den Jahren 1991/92 erreichte die Hungersnot in Somalia einen Höhepunkt. Aber diese Hungersnot war weniger eine Folge der jahrelangen Dürre. Die Hauptverantwortung trugen die Auflagen der Weltbank, die Destabilisierungspolitik der USA und im Land ihr Verbündeter Siad Barre. Er betrieb seit Beginn der 80er Jahre auch eine "Politik der verbrannten Erde". Die Armee verübte Massaker u.a. in Boosaaso im Nordosten und Hergeysa, Burco und Erigavo im Nordwesten Somalias, Gegner waren vor allem die SSDF und die SNM, die zum Kampf gegen die Diktatur Siad Barres angetreten waren. Im Nordwesten Somalias wurden zehn Prozent der Bevölkerung ermordet, 50 Prozent vertrieben.(9) UNO-Beamte, die aus dem unkämpften Norden Somalias und der zweitgrößten Stadt Hargeysa (70.000 EinwohnerInnen) flohen, berichteten von Greueltaten der somalischen Armee. "Ein französischer Spitalstechniker berichtete, er habe 21 Exekutionen von Personen, die verdächtigt wurden, die Rebellen zu unterstützen, direkt hinter seinem Haus beobachtet", schreibt Andrew Buckoke. Einen "Krieg ohne Gefangene" nannten evakuierte Beamte die Kämpfe, Leichen würden in den Straßen der Städte herumliegen. Die UNO evakuierte nahezu alle ihre MitarbeiterInnen und brachte sie nach Nairobi in Kenya. Von ihren Vorgesetzten erhielten sie die Weisung, keine Kontakte zur Presse aufzunehmen. Nur wenige, wie der zitierte französische Techniker, durchbrachen die Anordnung, und erst Anfang 1989 berichteten MitarbeiterInnen einer australischen Hilfsorganisation über Folter und Massaker: Nach dem Tod von zwei somalischen Soldaten durch die Explosion einer Landmine exekutierte die Armee über 100 Männer, Frauen und Kinder.

Die Chance zum Sturz des Barre-Regimes war gekommen, als die USA und Saudi-Arabien, die wichtigsten Stützen des Regimes, mit dem Angriff gegen den Irak Anfang 1991 beschäftigt waren. Die USA mußten Truppen abziehen, die sie gegen den Irak einsetzten (siehe auch Info-Vert. Nr. 17).(2) Bevor Barre am 26.1.1991 nach Kenia flüchtete, ließ er - vom USC belagert - ganze Stadtviertel in Mogadischu dem Erdboden gleichmachen. In Kenia versuchte er noch einmal, seine Anhänger in der SNF zu reorganisieren.(9) Am 27.1.1991 proklamierte der USC die Befreiung Somalias und seine Solidarität mit dem Irak.(2) Bereits drei Tage nach der Flucht Siad Barres aus Mogadischu, am 29.1.1991, rief Ali Mahdi Mohamed sich selbst zum neuen Präsidenten Somalias aus, ohne die anderen bewaffneten Gruppen, die weite Gebiete im Zentrum und im Norden des Landes kontrollierten, und seine eigenen Mitstreiter innerhalb des USC zu konsultieren. Ali Mahdi bestellte Omar Arteb Ghaleb zum Premierminister, eine pro-saudische Figur aus dem Nordwesten, die allerdings von der SNM, die eben diese Region kontrolliert, abgelehnt wird. Das Ergebnis ließ nicht lange auf sich warten: Gebrannt von zwölf Jahren Unterdrückung, erschreckt durch die Aussicht, daß das 1000 Kilometer entfernte Mogadischu erneut alle Macht an sich reißt, proklamierte die SNM am 18. Mai 1991 die Unabhängigkeit des Nordwestens unter seinem alten Kolonialnamen Somaliland und in den alten Kolonialgrenzen.

"Obwohl Ende der 80er Jahre von Siad Barre zerstört und obwohl es dringend Hilfe in der Versorgung und Unterstützung bei der Landwirtschaft benötigt, befindet sich Somaliland nicht in einer solchen Notlage wie der Süden, und seine wichtigste politische Organisation, die SNM, versucht das Recht auf Selbstbestimmung vorzuführen: Im Mai 1991 berief die SNM eine Versammlung von 5000 Leuten ein und wählte eine Interimsregierung mit einem Interimsparlament von 140 Leuten. Obwohl der Issak-Clan dominiert, hat die SNM auch die Minderheiten erreicht.

Samatar betrachtet die US/UN-Intervention als "John Wayne"-Gehabe. Er sieht Interessen von verschiedensten ausländischen Mächten, darunter (UN-Generalsekretär) Boutros-Ghali (wir denken eher, Ghali agiert vor allem für die Interessen der US-Imperialisten), islamische Fundamentalisten mit Unterstützung von Saudi-Arabien und aus den Emiraten, und sogar Italien, dessen Interessen in der Entwicklung ihrer ehemaligen Kolonie genauso groß sind wie die Deutschlands in den früheren abhängigen Staaten der Nazizeit, Kroatien und Slowenien. In geheimen Überlegungen soll eine Militärintervention die Wiedererstehung von Somaliland verhindern, und im selben Atemzug die Kraft schaffen, die enormen Fortschritte, die die eritreische Befreiungsfront in jahrzehntelangem Kampf gegen Italien und Äthiopien (das militärisches Material sowohl aus der Sowjetunion als auch den USA erhielt) erzielt hat, rückgängig zu machen. Letztes Jahr erreichte Eritrea, das eine gemeinsame Grenze mit Somalia hat, endlich seine Unabhängigkeit und begann mit einem sozialistischen Kurs der Reorganisation. Es entbehrt nicht einer Logik zu vermuten, daß das US-Kommando früher oder später Ausreden finden wird, Truppen an die eritreisch-somalische Grenze zu verlegen. Bisher haben die Medien wie die meisten Beobachter es vernachlässigt, von den US-Wünschen, die eritreische Revolution rückgängig zu machen, Notiz zu nehmen, das selbe gilt für die SNM im Norden. Sie haben es stattdessen vorgezogen, die vom Pentagon vorgegebenen Skripten eines

"Kampfes gegen die Warlords" (nachzubeten)."(16) Ob die USA tatsächlich ein Interesse an der Wiedervereinigung von Somalia haben, darf aber bezweifelt werden, waren es doch die Kolonialisten, die willkürliche Grenzen durch das Land gezogen haben.

Bei der "nationalen Versöhnungskonferenz" Ende März in Addis Abeba waren auch nur Vertreter der SNM (als "ausländische Beobachter") anwesend, während Gruppen aus dem Norden, die ein einheitliches Somalia fordern, nicht geladen waren. (ND, 25.3.93)

Bei Ausbruch des Bürgerkrieges evakuierten die großen (US-amerikanischen) Ölgesellschaften ihre Teams aus Somalia. Als letzte der Ölgesellschaften evakuierte Conoco Oil (siehe weiter hinten) im April 1992 die meisten ihrer Mitarbeiter. Die Zentrale in Mogadischu blieb allerdings während des gesamten Bürgerkriegs in Betrieb.(5)

Die Drohungen gegenüber Somalia begannen als Dementi getarnt: Am 7.9.1992 sagte US-Verteidigungsminister Cheney in einem CNN-Interview, die USA würden keine kämpfenden Bodentruppen nach Bosnien oder Somalia entsenden. In Bosnien-Herzegowina seien die Vereinigten Staaten sehr intensiv an der Suche nach einer friedlichen Lösung beteiligt. Er lehne es jedoch ab, kämpfende Bodentruppen in einen Bürgerkrieg zu werfen. Das gleiche gelte für Somalia, das sich "am Rande der Anarchie" befände.(15) In der selben Ausgabe meldete Neues Deutschland, daß die Hungerkatastrophe in Somalia immer schlimmere Ausmaße annähme, obwohl seit einem Monat weltweite Hilfsaktionen angelaufen seien. In der südwestlichen Stadt Baydhabo habe sich der Mangel an Lebensmitteln weiterhin zugespitzt, weil Tausende von Hungernden in der Stadt zusammengekommen seien. Nach Angaben von Helfern stürben täglich 300 Menschen den Hungertod. Die USA flogen am darauf folgenden Wochenende über ihre Luftbrücke erstmals 20 Tonnen nach Baydhabo.

Mit Winterbeginn 1992/93 nahm die Hungersnot endlich ab. Bis dahin, so wird geschätzt, waren über 300.000 Menschen verhungert. Nun setzten wieder Regenfälle ein und damit bestand Hoffnung auf eine Ernte Anfang 1993.(17) Die ehemalige Direktorin von Afrika Watch, Rakiya Omaar, berichtete: "Die Hungersnot und der Krieg sind auf die südwestlichen Regionen beschränkt. Die Hungersnot ist im Schwinden begriffen. Die Märkte in allen wichtigen Städten werden trotz der Plünderungen mit billigem Essen überschwemmt. Akute Unterernährung gibt es in verstreuten ländlichen Nestern."(23) Genau zu diesem Zeitpunkt begann die Invasion der USA und ihrer Verbündeten.

Obwohl anfangs von einer zeitlich begrenzten humanitären Aktion zur Lebensmittelversorgung die Rede war, stellte sich rasch heraus, daß die USA eine langfristige Besetzung des Landes planten. Am 5.12.1992 erklärte der Chef des gemeinsamen Stabes der Interventionstruppen Colin Powell, "wir wollen eine Truppe schikken, die stark genug ist, daß wir das gesamte Land dominieren können". Monate vorher begannen internationale Hilfsorganisationen die US-Regierung aufzufordern, die LKW-Lieferungen und Lufttransporte, die die Lebensmittel direkt in die somalischen Dörfer bringen, zu schützen. Während eine riesige Anzahl von Somaliern verhungerte, kam keine Unterstützung.

Die US-Luftwaffe ist die bei weitem größte der Welt. Sie hätte durch Abwürfe von Flugzeugen aus die Hungernden in jedem Dorf und jeder Stadt leicht und billig versorgen können. Internationale Hilfsorganisationen, denen es an Flugzeugen mangelt, konnten nur an bestimmten wichtigen Plätzen in Somalia Lager anlegen und dann versuchen, diese Güter mittels Überlandkonvois zu verteilen. Die bürgerlichen US-Medien zeigten große moralische Empörung, daß verschiedene Milizen - die in den letzten 18 Jahren vom Pentagon bewaffnet und finanziert worden waren - diese Konvois plünderten, wenn auch weniger aus Profitinteressen, sondern zwecks Selbstversorgung.

Indem es diese Ausgangslage benutzte, ist das Pentagon nun eingeschritten, um die bewaffneten Gruppen, die es selbst geschaffen hatte, zu bekämpfen und zu unterdrücken. Die Art und Weise, wie diese Operation verläuft, hat wenig mit Schutz der Hungerhilfe zu tun oder damit, die Überlebenden zu füttern. Tatsächlich hat die Hungersnot bereits Wochen vorher nachgelassen, nachdem der Regen eingesetzt hatte und neues Getreide zu wachsen begann.

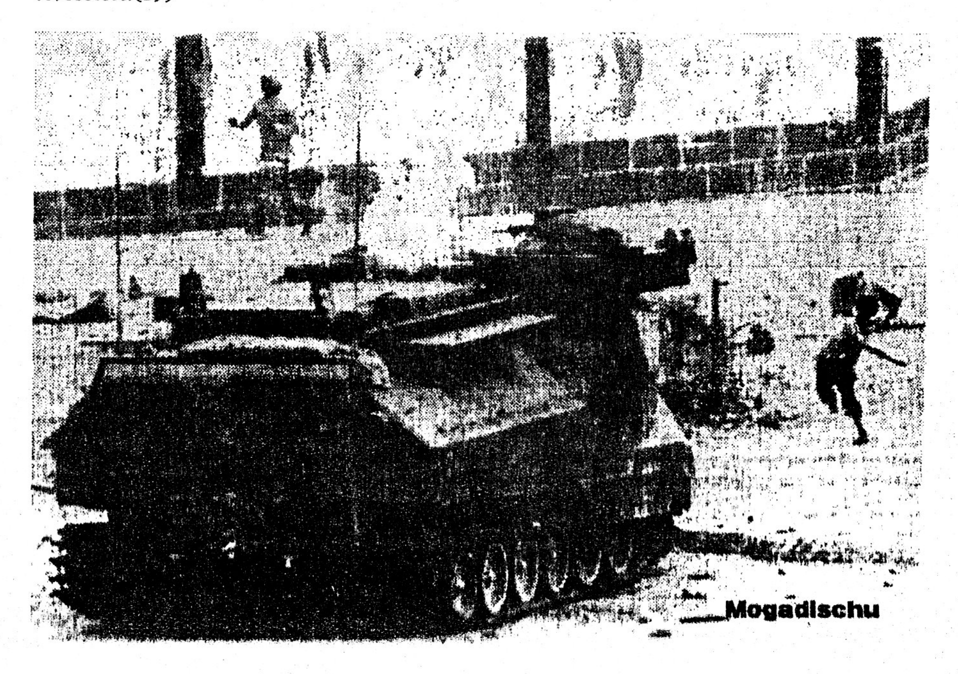
Sogar heute könnten die USA bedeutend mehr Hungernde ernähren, bedeutend schneller und billiger, nämlich mit einer ausgedehnten Luftbrücke. Aber Washington hat sich für Luftwaffentransporter, Zerstörer und Panzer zur Verteilung von Nahrungsmitteln entschlossen - was beweist, daß es die strategische Lage Somalias ist, die das Pentagon am meisten interessiert.(19)

Invasoren - jeder will dabeisein

In der Nacht vom 8. zum 9.12.1992 landeten die ersten Interventionstruppen am Flughafen von Mogadischu. "Den größten Teil der Truppen stellen die USA mit 28.000 Soldaten. Dazu leitet mit Robert Johnston - im Golfkrieg enger Mitarbeiter von Kommandeur Schwarzkopf - ein US-General die Operation "Neue Hoffnung"."(9)

"Die zweitgrößten Kontingente werden mit je etwa 2000 Soldaten aus Frankreich und der früheren Kolonialmacht in Somalia, Italien, erwartet. 550 Fallschirmjäger kommen aus Belgien. Weiterhin wollen Kanada, die Türkei, Ägypten, Marokko (laut Regierungsmitteilung vom 17.12.1992 sollen 1250 Mann entsandt werden), Tunesien, Neuseeland, Australien, Schweden, Norwegen und die Niederlande Truppen schicken. Pakistan kündigte am Donnerstag die Entsendung von weiteren 2500 Soldaten an. Die schon stationierten 500 pakistanischen "Blauhelme" sollen in Somalia bleiben."(13)

Wie im Konflikt im ehemaligen Jugoslawien, wo deutsche Militärs in AWACS-Flugzeugen das Flugverbot über Bosnien überwachen bzw. bei Verstößen dagegen Abfangjäger dirigieren sollen, möchte Verteidigungsminister Volker Rühe auch in Somalia deutsche Soldaten sehen. Angeblich handelt es sich nur um Pioniere, Fernmelder und Sanitäter, die zum Einsatz kommen sollen.(10) Die Regierung werde bis zu 1500 Bundeswehrsoldaten nach Somalia schicken, darunter auch militärische Einheiten. Diesen Beschluß des Kabinetts verkündete Kanzler Kohl am 17.12.1992 vorab auf einer Pressekonferenz in Bonn. Auch über Einsätze im ehemaligen Jugoslawien und anderen Gebieten der Erde müsse beraten werden. SPD-Vorsitzender Engholm wies am gleichen Tag darauf hin, daß dieses Vorhaben der Verfassung widerspreche. Er relativierte diese Aussage



Mogadischu

aber gleich wieder und verkündete erneut die SPD-Bereitschaft, vorerst über Blauhelm-Einsätze unter UNO-Flagge mit der Regierung zu reden.

Der Einsatz in Somalia soll in zwei Phasen starten. Sofort würden die Hilfsflüge von Mombasa (Kenia) durch weitere Bundeswehrmaschinen verstärkt. In zwei Monaten solle dann ein verstärktes Transport-Bataillon mit etwa 1500 Soldaten direkt nach Somalia geschickt werden. Da verfassungsrechtlich nicht erlaubt, versuchte Kohl die Bewaffnung als "Selbstschutzkomponente" zu beschreiben. (Auf eine ähnliche Idee kam ein Jahr zuvor auch der österreichische Faschist und Chef der VAPO, Gottfried Küssel: Er propagierte die "Entsendung" eines "Technischen Sanitätskorps" für den Söldnereinsatz in Kroatien, um so das Verbot für österreichische Staatsbürger, in einer fremden Macht zu dienen, zu umgehen. - Siehe Invo-Vert. Nr. 31) Die Eierei ging weiter, als Kohl nach konkreten Angaben dazu befragt wurde. Vorgabe sei, daß der UN-Generalsekretär eine angebliche "Befriedung" von Somalia oder Gebieten des Landes feststellt. Danach würde dann die Bundeswehr eingesetzt und mit entsprechenden Waffen zum Schutz von Personen und Gerät ausgerüstet.

Noch am 15.12.1992 hatte Verteidigungsminister Rühe erklärt, frühestens im Oktober 1993 hätte er 1500 Mann so ausgebildet und ausgerüstet, daß sie zu derartigen Einsätzen geschickt werden könnten. Das hieße, die Truppen würden nicht nur gesetzlich ungeschützt sondern auch noch ungenügend vorbereitet in das Kriegsabenteuer gejagt. Die gegenwärtige Verfassung erlaubt Bundeswehreinsätze lediglich auf NATO-Gebiet. Kohl zweifelt allerdings daran, daß so das Grundgesetz richtig ausgelegt werde.

Mit angeblichen Forderungen aus der Bevölkerung und aus dem Ausland begründete Kohl einen deutschen Truppeneinsatz im ehemaligen Jugoslawien. Ein Land von der Größe und Bedeutung wie Deutschland könne sich nicht länger davor verschließen, alle Rechte und Pflichten der UNO wahrzunehmen. Solche Maßnahmen seien ungeheuer wichtig für das Ansehen Deutschlands in der Welt.(13)

Japan, das noch durch eine starke Opposition und verfassungsrechtliche Verbote von einer Truppenentsendung abgehalten wird, schickt Geld für die militärische Besetzung.(26) Am 15.2.1993 traf UN-Generalsekretär Boutros-Ghali zu einem fünftägigen Besuch in Japan ein. Im Zentrum seiner Gespräche mit der Regierung in Tokio standen die Beteiligung der Japaner an militärischen UNO-Einsätzen zur Friedenssicherung und ein ständiger Sitz im UN-Sicherheitsrat.(11) Boutros-Ghali forderte Japan bereits wiederholt auf, sich am Einsatz in Somalia zu beteiligen.

Gegen Desinformation

Von Anfang an kritisierten Vertreter verschiedener Hilfsorganisationen die Invasion, z.B. die oben erwähnte Direktorin von Africa Watch, Rakiya Omaar. Sie meinte zur Feststellung Bushs, das Land schlittere in totale Anarchie: "Das stimmt nicht. Zirka drei Viertel des Landes sind relativ befriedet, mit zivilen Strukturen von größerer oder kleinerer Ausdehnung. Die Clanältesten spielen eine wichtige Rolle in der Erleichterung der Verteilung von humanitärer Unterstützung und im Abschluß von Friedensabkommen im größten Teil des Landes.

Der Großteil der Lebensmittel wird nicht geplündert. Der Fonds "Save the Children" hat 4000 Tonnen in Mogadischu verteilt, ohne daß auch nur ein einziger Sack verloren gegangen wäre. Andere Agenturen, die eng mit den Somaliern zusammenarbeiten, haben einen Verlust von 2 bis 10 Prozent, weil sie sich mit somalischen Ältesten und Leuten, die humanitäre Hilfe leisten beraten. Die Zusammenarbeit mit den Somaliern ist der Schlüssel zum Erfolg." Die UN-Agentur Care wird geplündert wegen ihrer Weigerung, mit somalischen Institutionen zusammen zu arbeiten.(20) Omaar und ihr Mitarbeiter de Waal wurden wegen ihrer Kritik an der Invasion Somalias von ihren Posten bei Africa Watch gefeuert.

Obwohl also die Hungersnot bereits am abklingen war, und obwohl der Bürgerkrieg deutlich abflaute, besetzten US-Marines und französische Fremdenlegionäre den Flughafen, den Hafen und Teile von Mogadischu. Diese Operation kostete alleine in den ersten anderthalb Monaten über 500 Millionen US-Dollar.

Präsident Bush begründete die Invasion damit, daß die US-Truppen dringend benötigt würden, weil Somalia in totale "Anarchie" schlittere. Es scheine, daß die Hungersnot sich ausbreite und Millionen daran sterben würden. Beide Erklärung sind falsch. Weil die Medien wiederholt Bilder von hungernden Menschen und zivilen bewaffneten Einheiten gesendet haben, glauben viele an Bushs Argumente. Letzte Umfragen, falls man diesen Glauben schenken kann, zeigen eine hohe Akzeptanz der Aktion des Präsidenten. Aber dies ist keine "humanitäre Aktion". Es ist eine militärische Operation zur Etablierung der imperialistischen Vorherrschaft in einer Region von strategischer Wichtigkeit.(20)

Der Marine-Leutnant-General i.R. Bernard E. Trainer schrieb unlängst eine Kolumne mit dem Titel "Bush schickt Jugoslawien eine Nachricht via Somalia". Darin argumentiert er, der "Wille (des Pentagons), in Somalia zu intervenieren, ist eine indirekte Warnung an die Serben, daß die Vereinigten Staaten das selbe am Balkan machen könnten."(20) Andere Gründe liegen sicherlich darin, daß das Land reich an Bodenschätzen ist und in seiner strategischen Lage (siehe weiter hinten).

"Hungerhilfe" & überschwemmte Märkte

Die Besetzung Mogadischus war ein rein militärisches Unternehmen. Gleichzeitig verhängte das US-Oberkommando für die ersten 48 Stunden der Invasion eine Ausgangssperre für die humanitären Hilfsorganisationen. Während die Besatzungstruppen mit dem Aufbau ihrer Infrastruktur bzw. der Nahrungsmittelsicherung für ihre Angehörigen beschäftigt waren, brachte eine einzige Hilfsorganisation in den drei Tagen vor der Invasion 2800 Tonnen Lebensmittel quer durch das Land.

Jane Perlez von der Times berichtete: "Ein Plan für die 200 Marines am Flughafen, den Ältesten in der community 30 Säcke Reis im Austausch für ihre Waffen zu geben, verlief im Sand. Die Ältesten kamen ohne die Waffen und fragten nach Arbeit statt Nahrungsmitteln. Sie waren am Reis nicht in-



Kismayo

teressiert, den bekommt man zur Zeit billig auf den Märkten."

Wie das? Offensichtlich übertrifft das Angebot bei weitem die Nachfrage. Perlez berichtete auch, daß die somalischen Bauern aufgehört hätten, Getreide und andere Grundnahrungsmittel anzubauen, "weil es wegen dem ganzen Reis in den Küchen und den Trockenfutter-Verteilungen durch die Hilfsorganisationen in Mogadischu keinen Markt dafür gibt."(20) Damit werden wiederum die Strukturen zur Selbstversorgung des Landes angegriffen.

Die neuen alten Kolonialherren

Während im Dezember 1992 der UN-Sicherheitsrat tagte, und Boutros-Ghali dabei war, *verschiedene afro-arabische Vorschläge zur Lösung der Krise in Somalia* vorzustellen, platzte in die Sitzung die Nachricht von der US-amerikanischen und anglo-französischen Invasion. Sofort nach ihrer Ankunft in Mogadischu besetzten Marines und Fremdenlegionäre den Flughafen, den Hafen und wichtige Punkte der Stadt. Die Berichte, die über die Invasion durchsickerten, erinnerten an die Besetzung von South-Central San Francisco nach dem Urteil gegen die Folterer Rodney Kings und die darauf folgenden riots:

Die Marines errichteten Straßensperren, führten Haus-zu-Haus-Durchsuchungen durch, verhafteten Leute und beschlagnahmten Waffen. Wie "freudig" die "Helfer" von den Somaliern erwartet worden waren, zeigte sich bereits am Donnerstag, dem 2. Tag der Invasion. Berichte sprachen von Angriffen bewaffneter "Banden" auf französische und amerikanische Einheiten, angeblich gab es dabei keine Verletzten. Wegen der Besetzung von Hafen und Flughafen konnten die Hilfsorganisationen keine Flüge zur hungernden Bevölkerung durchführen, teilte Caritas mit.(6)

Bereits am folgenden Wochenende wurde der erste schwere Zwischenfall gemeldet: US-Kampfhubschrauber zerstörten in der Hauptstadt Mogadischu drei somalische Kampffahrzeuge, nachdem sie angeblich vom Boden aus beschossen worden waren. Dabei gab es auf Seiten der Somalier zwei Tote und drei Verletzte. UN-Generalsekretär Boutros-Ghali erneuerte daraufhin seine Forderung nach einer vollständigen Entwaffnung der "verfeindeten Banden" in Somalia. In der Stadt Kismayo im Süden nahmen bewaffnete Banden zwei Mitarbeiter einer Hilfsorganisation als Geiseln.

Am 11.12.1992 beschossen Marines und französische Fremdenlegionäre neun unbewaffnete Somalier an einer Straßensperre, als die Bremsen an deren LKW versagten. Die Medien übernahmen sofort die Pentagon-Version: der LKW sei mit Waffen beladen gewesen. Später mußten sie zugeben, daß es keine Waffen in dem LKW gegeben hatte und daß die Passagiere möglicherweise eine Familie waren. Zwei der neun Verletzten starben. Das US-Oberkommando verlautete, daß es sich für die Schießerei nicht entschuldigen werde, weil die Truppen in Übereinstimmung mit den "rules of engagements" gehandelt hätten, "die es erlauben, auf jeden zu schießen, den sie als Angreifer 'begreifen'".

Die US-Truppen waren hauptsächlich mit einer riesigen logistischen Operation zur Versorgung ihrer eigenen Leute mit Wasser und Nahrungsmitteln beschäftigt, nicht damit, Somalier mit Lebensmitteln zu unterstützen. Um Kritik vorzubeugen, schickte das Pentagon am 11.12.1992 einen von Marines eskortierten LKW-Zug mit 20 Tonnen Lebensmitteln von einem Lager in Mogadischu zu einem einzelnen Versorgungszentrum im Norden der Stadt.(20)

Am Sonntag, dem 13.12.1992, stießen 230 US-Marineinfanteristen mit Hubschraubern *ins Landesinnere vor*. Sie sollten den 160 km entfernten Flugplatz Bale Dogle besetzen.(8) Am Sonntag errichteten sie in Bale Dogle einen ersten Stützpunkt außerhalb von Mogadischu, von dem aus sie den Vorstoß in Richtung der von Hungersnot und Plünderungen besonders stark betroffenen Stadt Baidoa führen wollten.

Ein aus rund 70 Fahrzeugen bestehender Militärkonvoi mit mehr als 650 US-Marineinfanteristen und französischen Fremdenlegionären verließ am Dienstag, 15.12.1992, Mogadischu. US-Militärsprecher wollten offiziell über das Ziel der Mission keine Angaben machen. Dennoch wurde aus Armeekreisen verlautet, daß der Konvoi bis Mittwoch Morgen die 250 km nordwestlich von Mogadischu gelegene Stadt Baidoa erreichen soll (Anm. Info-Verteiler: Wir fragen uns, ob Baidoa identisch ist mit der Stadt Baydhabo. Diese liegt nämlich ca. 250 km nordwestlich von Mogadischu und hat einen Flughafen). In Baidoa traf am Dienstag bereits der Sondergesandte von US-Präsident Bush, Oakley, ein, um die örtlichen Clanchefs über die Ankunft der internationalen Truppen zu informieren, und sie gleichzeitig vor feindseligen Aktionen zu warnen. Am 16.12.1992 besetzten die Invasoren den Flugplatz der Stadt. Wie der US-Militärsprecher Peck mitteilte, fielen dabei keine Schüsse. Anschließend seien 230 Infanteristen mit Hubschraubern eingeflogen worden. Der Konvoi von rund 70 Militärflugzeugen war im Schutz der Luftwaffe am frühen Morgen in Baidoa eingetroffen. Die bestellten Frontberichterstatter sprachen von "tausenden jubelnden Menschen" und zahlreichen Plakaten, auf denen die "Intervention begrüßt" wurde. Washington hatte nach Angaben von Generalleutnant Brandtner zu diesem Zeitpunkt rund 4500 Soldaten in Somalia. Bis zum Wochenende sollte das US-Kontingent im Land am Horn von Afrika auf 10.000 erhöht sein.(12)

Widerstand und Zwischenfälle gab es beim Einrücken in Baidoa nicht, allerdings waren die organisierten bewaffneten Verbände im Laufe des Dienstag aus der Stadt in Richtung äthiopische Grenze abgezogen. So trieben die Invasoren die Somalier von einer Stadt zur nächsten. Omaar und de Waal behaupten, die US-Militärs haben verfeindete Clan-Militante aus der Hauptstadt Mogadischu nach Baidoa und in andere Städte des Hungergürtels vertrieben. Mit der Ankündigung, die Gegend in Zukunft besetzen zu wollen, haben die USA eine Runde des Kampfes zwischen rivalisierenden Clans initiiert, die sich um bessere Positionen für die Zeit der Ankunft der ausländischen Besatzungstruppen schlugen.

Der Verdacht liegt nahe, daß sich etliche Kriegsfürsten noch schnell Reserven anlegen, um bis zum Abzug der "Heilsbringer" zu überwintern. Doch nicht allein dadurch versuchen sie sich ihre zukünftige Herrschaft zu sichern. Sie buhlen mittels Wohlverhalten um die Gunst der Interimsgewaltigen. Denn wer sich denen als Geeignetster präsentiert, könnte den Zuschlag erhalten.(8) Vermutlich geht es aber nicht um Wohlverhalten, sondern darum, gegnerische Clans aus den Städten zu vertreiben, um sich den Invasoren als "Ordnungsmacht" anzubiedern in der Hoffnung, so zum Zug zu kommen.

In einem Kommentar in der Washington Post vom 13.12.1992 schrieben Omaar und de Waal: "Bis letzte Woche ... arbeiten Hilfsorganisationen innerhalb der Stadt und der sie umgebenden Dörfer mit Verlusten an Plünderer von unter 5 Prozent. Die Grundvoraussetzungen: Das Essen war billig und ausreichend und die Todesraten waren um 90 Prozent gesunken. In den letzten Tagen hat sich all das in Rauch aufgelöst."

Seit die Marines landeten, "halten all die mühevoll (zwischen Ältesten und Clanführern) ausgehandelten Abmachungen nicht mehr". Das führte zur "Vertreibung von tausenden von Menschen und trieb die Hilfsorganisationen dazu, ihr Personal zu evakuieren".

US-General Joseph P. Hoar, der dem "Central Command" vorsteht, sagte am 18.12.1992, daß US-Truppen Basen in Mogadischu, Bale Dogle und Baidoa errichtet haben und beabsichtigen, sich nach Kismayo, Gailalassi, Bardera, Hoddur und Belt Uen ausdehnen wollen. Er prahlte auch, daß die US-Kräfte über ihre ursprünglichen Anweisungen, nur diejenigen Somalier, die sie bedrohen, zu entwaffnen, hinausgehen.

Die türkische Zeitung Hürriyet meldete, daß innerhalb von 25 Tagen seit Ankunft der US-Soldaten 26 Erdöl-Bohrungen eingeleitet worden seien. Eine Vielzahl von Geologen aus den USA sei in Somalia eingetroffen.

Anfang Jänner 1993 erschossen Marines in der Hauptstadt Mogadischu einen 13jährigen Jungen. Er soll, so die Darstellung der beiden Schützen, ihrem Jeep mit einem verdächtigen "Gegenstand" in der Hand nachgelaufen sein. Bei der Leiche fand sich jedoch kein "Gegenstand".(7)

Für den 6.1.1993 forderten die Vereinten Nationen 14 somalische Fraktionen auf, zu einem Treffen in Addis Abeba, Äthiopien, zu erscheinen und ein Abkommen zu unterschreiben, das zu einer "Na-

tionalen Versöhnungskonferenz" für den 15.3.1993 aufruft. Das Treffen legte nicht einmal fest, wer sich an der Konferenz am 15.3. beteiligen wird, was diskutiert werden soll, wie der Waffenstillstand durchgeführt (verwirklicht) werden kann und wer die Interimsregierung bilden wird.(19) General Mohammed Farrah Aidid lehnte es ab zu unterschreiben. Die "Strafe" folgte auf dem Fuß:

Am nächsten Tag verkündeten Marines in der Hauptstadt Mogadischu folgende Nachricht in somalischer Sprache: "Sie haben fünf Minuten Zeit zu verschwinden, oder Sie werden verbrannt." "Einfach gesagt, haben wir sie mit einem Feuersturm geschlagen", prahlte Generalmajor Charles Wilhelm, Kommandeur der ersten Marinedivision. Er beschrieb ein Sperrfeuer, das auf ein somalisches Truppenlager losgelassen wurde. Die Marines setzten Cobra-Helikopter, Anti-Panzer-Raketen, Panzer- und Artilleriefeuer ein. Das Lager wurde in Schutt und Asche gelegt. In ihrer Beschreibung des Angriffs vom nächsten Tag konzedierte die New York Times, die Zahl der Toten und Verwundeten würde wohl nie bekannt werden.(19) Das Lager war eines der Truppen des "unwilligen" General Aidid. Ein zweiter Angriff der USA am selben Tag äscherte ein anderes Lager ein.

Am 8.1.1993 überfielen hunderte Marines in gepanzerten Fahrzeugen, Amphibienfahrzeugen und Kampfhubschraubern einen somalischen Markt, zerstörten Lagerräume, umzingelten somalische Jugendliche und konfiszierten Waffen.

Am 11.1.1993 belagerten mehr als 1000 Marines den Bezirk Baraka im Zentrum der Stadt und führten Haus-zu-Haus-Durchsuchungen durch. Diese Aktion lief unter der Bezeichnung "Operation Nußknacker", und auch sie richtete sich gegen den USC, den die USA als primären Feind betrachten.(2)

Die Somalier antworteten auf die militärischen Angriffe mit steigendem Zorn und mit wachsendem Widerstand gegen die brutale, rassistische Besetzung. Mitarbeiter offizieller westlicher Hilfsorganisationen und Journalisten, die nur drei Wochen zuvor noch geschrieben hatten, daß ihnen mit stiller Besorgnis oder mit Applaus begegnet worden sei, beklagen sich nun darüber, daß Jugendliche sie verprügeln, mit Steinen bewerfen und schreien: "Geht nach Hause! Go home!"(19) Bei einem Besuch in Mogadischu wurde der UN-Generalsekretär Boutros-Ghali von einer wütenden Menschenmenge "empfangen", worauf er sich blitzschnell in der US-Botschaft in Sicherheit brachte. Zuvor war er bereits in Sarajewo ausgepfiffen worden.

Auch in der Mannschaft der US-Soldaten, vor allem unter den Schwarzen, verstärkt sich die Opposition gegen die Rolle, die zu spielen ihnen befohlen wird. Am 9.1.1993 sagte ein Reporter in den "Nightly News" von NBC-TV: "Die Marines murren. Sie wollen raus." Viele GIs glaubten wirklich, sie würden zu einer humanitären Mission geschickt, um hungernde Somalier zu unterstützen. Nun stellen die Truppen fest, daß sie immer mehr zur Zielscheibe für Heckenschützen werden. Aber obwohl die Truppen den Druck für einen Abzug verstärken, und der somalische Widerstand eskaliert, macht die Berichterstattung der Medien hier klar, daß der Truppenaufmarsch in Afrika unbegrenzt ist. Es ist kein Ende in Sicht:

In ihrer früheren Berichterstattung waren sich die großen Medienkonzerne einig, daß diese Intervention ausschließlich eine kurzfristige Hilfsmission sei. Jetzt meinen sie ebenso einhellig, daß ein langfristiges Engagement notwendig sei. Am 10.1.1993 berichtete Associated Press, daß ein Abzug aus Somalia mit dem Ende von Bushs Amtszeit schon rein logistisch unmöglich sei. Es wäre zu viel militärisches Gerät wegzuschaffen. Am selben Tag erklärte die New York Times, daß das Problem über die Logistik hinausgehe. Es gehe darum, die politische Kontrolle über das Land zu konsolidieren.(19)


US-Soldaten bei der Sprengung eines somalischen Waffenlagers in der Nähe von Mogadischu

Bei Kämpfen zwischen bewaffneten Somaliern und australischen Soldaten in der Nähe der westsomalischen Stadt Baidoa wurden am 17.2.1993 ein Somalier getötet und zwei weitere verwundet. In Mogadischu beschossen nach US-Angaben Unbekannte am 16.2.1993 Abend Fahrzeuge von Soldaten aus den Vereinigten Arabischen Emiraten.(14)

Kismayo im Februar: "Schiedsrichter"

Um den 19.2.1993 erlangten Truppen von Siad Hersi "Morgan", einem Schwiegersohn von Siad Barre, die Kontrolle über Kismayo, eine Hafenstadt im Süden Somalias. Davor kam es zu heftigen Auseinandersetzungen mit Truppen des Clanführers Jees. Bei den Gefechten starben 11 Menschen ("Medecines Sans Frontiers sprachen von mehreren Dutzend Toten), 21 wurden verwundet. Laut einem UNO-Sprecher flohen ca. 3.000 Anhänger von Jees aus Kismayo. Jees steht auf der Seite General Aidids und des USC.

Am 24.2.1993 kam es daraufhin in Mogadischu zu einer Demonstration gegen die Invasoren. Ihnen wurde Unterstützung von Morgan bei der Eroberung Kismayos vorgeworfen. Die Demonstranten errichteten Barrikaden mit brennenden Autoreifen und blockierten so die wichtigsten Straßen Mogadischus. US-Fahrzeuge wurden mit Steinen beworfen, die US- und die französische Botschaft bestürmt. Die Invasoren eröffneten wiederum das Feuer auf die Demonstranten und erschossen neun von ihnen. Im Zuge der Auseinandersetzungen sollen auch zwei nigerianische UN-Soldaten getötet worden sein. Aidid drohte der internationalen Eingreiftruppe mit "heiligem" Krieg, wenn sie weiterhin Morgan unterstützen.

Die USA benutzten diese Situation als Rechtfertigung, den geplanten Abzug von 3.300 ihrer 18.000 Soldaten, die in Somalia stationiert waren zu verschieben, gleichfalls platzte der Termin für die Übergabe des Kommandos an die insgesamt 33.000 Mann starke multinationale Streitmacht an die UNO. Das US-Kommando stellte Morgan ein Ultimatum, Kismayo bis zum 25.2. Mitternacht zu räumen. Zu dieser Zeit befanden sich ca. 1.000 US- und 700 belgische Soldaten, die zum Teil bereits in die Kämpfe verwickelt waren, in der Stadt. Morgan beugte sich dem Ultimatum, am Freitagmorgen begannen die Milizen nach Angaben des britischen Senders BBC samt Waffen abzuziehen. 60 Morgan-Kämpfer ergaben sich angeblich den US-Streitkräften, die die Herrschaft über Kismayo übernahmen und nun ihrerseits begannen, Somalier zu entwaffnen. Angeblich wurde dabei u.a. auch eine Handgranate aus deutscher Produktion beschlagnahmt.

Die "Nationale Versöhnungskonferenz"

Am 19.3.93 wurden in Addis Abeba die für 15.3.93 geplanten Friedensgespräche wieder aufgenommen. Auch General Aidid, der wegen erneuter Kämpfe in Kismayo zuvor seine Teilnahme verweigert hatte, erschien nach Drohungen der Invasoren zu dem Treffen: Ein UN-Sprecher hatte die somalischen Parteien gewarnt, die Gespräche von den Ereignissen in Kismayo abhängig zu machen. (ND, 20.3.93) Inzwischen kontrollieren die UN-Truppen Kismayo. (ND, 22.3.93)

An der Konferenz nahmen 15 Milizen, Clan-Älteste sowie Frauenorganisationen etc. teil. Es fehlten aber die Vertreter der SNM. Die Konferenz in Addis Abeba dürfte ihre Position und die de-facto-Abspaltung von Somaliland gestärkt haben. Die SNM trat als "ausländische Beobachterin" auf, Gruppen aus dem Norden, die ein einheitliches Somalia fordern, waren nicht geladen. Nach zehn Tagen ging die Konferenz zu Ende. Die 300 Teilnehmer einigten sich auf die Bildung einer Übergangsregierung bis 1.7.93 und erfüllten damit die Forderungen der USA und der UNO nach Schaffung zentralistischer Strukturen. Die alte Staatselite aus Mogadischu wird also an die Macht zurückkehren. Zudem soll eine zentrale somalische Polizeitruppe gebildet werden, an deren Aufbau die BRD beteiligt werden soll. Die BRD rüstete bereits in den 80er Jahren den polizeilichen Repressionsapparat Siad Barres aus.

Außerdem steht jetzt fest, daß ab 1.5.93 die UNO das Oberkommando über die Invasionsarmee übernehmen wird. Die Kosten für diese Aktion werden mit 1,5 Mrd. US-$ angegeben, das ist mehr als zehnmal so viel, wie die UNO für "humanitäre" Hilfe ausgeben will (130 Millionen US-$).

Die Nahrungsmittelhilfe zeigt weiterhin die bereits beschriebenen Auswirkungen: In Baidoa ist der Preis für einen Sack Sorghum, die in Afrika weitverbreitete Getreideart, seit Oktober 1992 von 40 auf 11 Dollar gefallen, die Bauern im Süden lassen die besten landwirtschaftlichen Nutzflächen deshalb brachliegen.

Während sich die Lebensmittelhilfe auf die großen Städte beschränkte, ist die Versorgung in einigen Gegenden seit dem Beginn der Lieferungen noch schlechter geworden, um Bur Acaba, sechs Autostunden von Mogadischu, sterben nach wie vor Menschen an Hunger. Die Dörfer sind heute unsicherer als vor der Invasion, weil bewaffnete Gruppen vor den US-Truppen hierher geflohen sind.

Das Rote Kreuz beschloß am Wochenende vom 21./22.3.93, seine Niederlassung in Mogadischu zu schließen. Grund dafür ist ein bewaffneter Raubüberfall, bei dem die Täter 300.000 DM aus einem Safe erbeuteten. Die FAO erklärte, daß Somalia bis zur nächsten Ernte im August weiterhin Nahrungsmittelhilfe benötige. Betroffen sind 2,5 Millionen Menschen, die 200.000 Tonnen Getreide brauchen. (ND, 23.3.93)

(Militär-) Strategische Interessen

Die geografische Lage Somalias prädestiniert dieses Land als eine mögliche Basis für die imperialistischen Interessen im arabischen und nordafrikanischen Raum. Es ermöglicht einerseits die Kontrolle über die Transporte durch die Meerenge zwischen Rotem Meer und Indischem Ozean (und damit den Handelsweg zwischen Asien, Ostafrika, Australien und Europa), andererseits liegt es im Zentrum der Arabischen Welt. Wie wichtig gerade das Horn von Afrika sein kann zeigte sich z.B., als beim letzten Angriff gegen den Irak auf Bagdad etc. abgeschossen wurden, von einem im Roten Meer stationierten Flugzeugträger aus Tomahawk-Marschflugkörper auf Bagdad etc. abgefeuert wurden. Die Imperialisten versuch(t)en immer wieder, in dieser Region Stützpunkte zu errichten, um die Kontrolle darüber zu behalten:

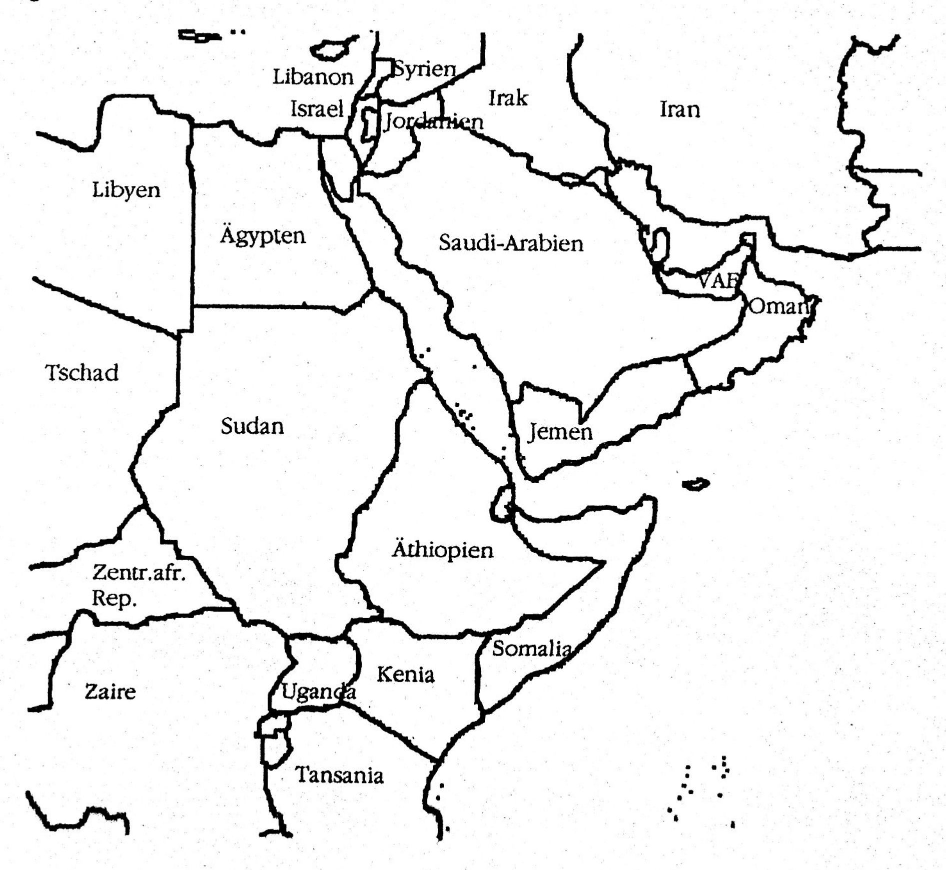
Bis zur Zerschlagung des unabhängigen Ägypten 1879 schafften die europäischen Mächte es nicht, einen Stützpunkt auf der afrikanischen Seite der Meerenge zu erobern. Auf der arabischen Halbinsel besetzte die britische Marine bereits 1839 Aden und errichtete einen Stadtstaat.

Jemen

Nach der Eroberung des südlichen Teils des Jemen benannten die britischen Besatzer diesen in den "Staat Aden" um. Nach dem zweiten Weltkrieg wurde der südliche Jemen für die britischen Besatzer noch wichtiger, weil sie aus vielen arabischen Ländern und auch aus Indien vertrieben wurden. Der Jemen war damals einer ihrer wenigen Stützpunkte in der Region.

In den 60er Jahren endete die Epoche der kolonialistischen Besetzung im Jemen, nach Generalstreiks und Aufständen der Bevölkerung, die mit Bomberangriffen seitens der Kolonialmacht beantwortet wurden, mußte diese sich zurückziehen. 1962 konstituierte sich die Arabische Republik Jemen im Norden, 1967 die Volksrepublik Jemen im Süden. Damit stand der Jemen im Gegensatz zu den US-Statthaltern, der Familie Saud in Arabien (sprich: Saudi-Arabien) auf der Arabischen Halbinsel. So sprach sich z.B. der Vertreter des Jemen vor und während der Aggression gegen den Irak 1991 im UN-Sicherheitsrat, wo er damals gleichzeitig mit Österreich als zeitweiliges Mitglied vertreten war, gegen militärische Sanktionen gegen den Irak aus. 1990 schloß sich die arabische Republik mit der Demokratischen Volksrepublik zum vereinigten Jemen unter dem Namen "Republik Jemen" wieder zusammen. Die imperialistischen Interessen im Jemen beschränken sich nicht auf militärstrategische Überlegungen. An der - nie genau festgelegten - saudi-jemenitischen Grenze werden riesige Erdölfelder vermutet. Außerdem unterhalten die USA im Süden Saudi-Arabiens einen geheimen Militärstützpunkt. Trotz anhaltender Bedrohung von Saudi-Arabien, Oman und der siebenten Flotte im arabischen Meer konnte der Jemen sich behaupten. Mit den USA auf dem Festland wird sich die Lage für den Jemen verschärfen.(2)

Über "die Notwendigkeit" der Zerschlagung des befreiten **Eritrea** seitens der Imperialisten haben wir bereits weiter oben berichtet.



Sudan

Die in London erscheinende arabische Zeitung Al Quds schreibt dazu: "Wichtig ist die Veränderung im Sudan und dessen politische Orientierung, gefolgt von der verstärkten Aktivität des Iran in der Region. Sudan wird ein zentrales amerikanisches Anliegen: Hassan al-Turabi's Nationale Islamische Front (NIF) war früher vielleicht nützlich in der Verstärkung des Einflusses von konservativen Kräften gegen panarabische und kommunistische Konkurrenz. Diese Rolle der religiösen Kräfte war Teil einer universellen Strategie zur Verteilung regionaler Macht. Aber diese Rolle wurde abrupt beendet, sobald viele der gegenwärtigen den Islam repräsentierenden Kräfte sich gegen ihre Herren wandten, gegen die saudische "Hohe Pforte" und mit anderen Kräften, deren Strategie es war, den Kampf gegen die amerikanische Politik aufzunehmen, gemeinsame Sache machten. Die Front und ihre Führer werden beschuldigt, eine "Islamische Internationale" zu finanzieren, und Trainingslager für Mudschaheddin-Armeen einzurichten, die dann in ihre Heimatländer zurückgeschickt würden, um auf den Ruf nach dem Djihad zu warten ähnlich, wie es in Afghanistan geklungen hat.

Sudan war wegen seiner Nachsicht mit der islamischen Bewegung bei mehreren Gelegenheiten mit Erpressung seitens des Dreiergespanns Amerika-Ägypten-Saudi (-Arabien) konfrontiert. Ägypten hat sogar damit begonnen, den Sudan als gefährliche Bedrohung seiner nationalen Sicherheit zu bezeichnen. Das war ein willkommener Anlaß für die US-Administration, Pläne für eine Intervention im Sudan auszuarbeiten, um dessen Minderheiten zu "beschützen" und die Demokratie dort zu "fördern". Es gibt keinen Zweifel, daß die Intervention in Somalia mit den Plänen zusammenhängt, die für den Sudan vorbereitet wurden und zu der unabhängigen Linie, die dieser einschlägt, was zu Konflikten mit den allgemeinen Tendenzen zur Unterwerfung der Region führt."(25).

Iran

"Wie der Sudan, so ist der Iran das (zweite) direkte Ziel der amerikanischen Intervention in Somalia. Wie auch immer die iranische Politik zu beurteilen ist, die regionale Hegemonie über die arabischen Nachbarn (zu erlangen) und die "Revolution" - durch materielle Unterstützung langfristiger Meinungsverschiedenheiten in diversen arabischen Ländern, die für den Einfluß der "Islamischen Republik" anfällig sind - zu exportieren, bleibt die Tatsache, daß der Iran von Amerika ins Visier genommen wird. Die intensive Propaganda gegen die iranische Aufrüstung ist nur der Startschuß einer Kampagne, politisch und psychologisch den Boden zu bereiten für einen strategischen Schlag gegen Irans wachsenden Einfluß am Golf, dem Roten Meer, dem "Mittleren Osten" und dem Maghreb. Das erinnert an die breitgefächerte Medienkampagne gegen den Irak, die den Boden bereitete für die Agression gegen ihn."(25)

"Bei den jüngsten Großrazzien in Ägypten wurden hunderte Personen festgenommen. Sie sollen fundamentalistischen Gruppen angehören, denen Übergriffe auf Sicherheitskräfte und ausländische Terroristen angelastet werden. Die Behörden hatten bisher bei der Suche nach den Verantwortlichen für die Gewaltakte nur vage auf Teheran gezeigt. Jetzt ist von Ausbildungslagern, Waffenschmuggel und massiven Geldspenden die Rede. Gefangene hätten zugegeben, in Afghanistan und Sudan für Terrorakte geschult worden zu sein. Präsident Mubarak schloß die Wiederaufnahme diplomatischer Beziehungen mit dem Iran aus, nachdem über Jahre die Normalisierung des Verhältnisses betrieben wurde. Kairo und Teheran befinden sich nach Ansicht eines westlichen Diplomaten im "verbalen" Kriegszustand. In ihrem Expansionsdrang versuchten die Mullahs, das Land am Nil ebenso wie Algerien und Tunesien zu unterwandern. Die Sicherheitsexperten der drei Länder tauschen inzwischen Informationen darüber aus. Algerien hat den Iran zur Reduzierung seiner Diplomaten in Algier aufgefordert, da die Botschaft "Spionagenest" sei.

Ägypten versucht, sich als Hüter der panarabischen Sicherheit zu profilieren. Recht deutlich wurden die Golfstaaten aufgefordert, ihre Haltung gegenüber Iran zu überdenken. Man sollte Ägypten als Schutzmacht akzeptieren und endlich die nach dem Golfkrieg gemachten Versprechungen einlösen. Kairo fürchtet, am Golf ausgebootet zu werden und damit als arabische Führungsmacht an Glaubwürdigkeit und Presitge zu verlieren. Angesichts der Krise bei den von Ägypten mitinitiierten Friedensverhandlungen für den Nahen Osten kommt die Iran-Affäre gerade recht."(10)

Pentagon

Daß die Invasion der USA in Somalia eine militärische Operation zur Etablierung imperialistischer Dominanz in einer Region von strategischer Wichtigkeit ist, wird auch vom Pentagon selbst "bestätigt":

"Im März 1992 sickerte ein "White Paper" des Pentagons, das einen Plan zur Aufrechterhaltung der Vorherrschaft der USA in der Welt nach dem Kalten Krieg beschrieb, an Reporter durch. Der Plan richtete sich sowohl gegen Dritte Welt-Länder als auch gegen die imperialistische Konkurrenz in Europa und in Asien. Das Pentagon plant, jedes Machtvakuum aufzufüllen. Keine Gelegenheit klarzustellen, daß die USA die Militärmacht Nummer 1 sei, würde ausgelassen werden.

Auch der frühere US-Justizminister Ramsey Clark glaubt, daß die USA eine militärische Präsenz in Somalia etablieren wollen, weil das Land an der Einfahrt zum Roten Meer liegt. Clark sagt, Bush schicke "die Marines dort hin, um ihnen Zeit zu geben, eine (gegenüber den Vereinigten Staaten) unterwürfige Regierung zu bilden."

Ein weiterer Grund dafür, daß die Invasion in Somalia gerade jetzt stattfindet, könnte darin liegen, daß die US-Truppen auf den Philippinen von den anhaltenden Schlägen der Volksbefreiungsarmee zermürbt waren und nach dem Abzug wegen des Ausbruch des Pinatubo im Herbst 1992 und in Somalia eine ebenbürtige Alternative zu den Philippinen sehen.

Das Pentagon unterstützt nicht nur die weitreichenden Interessen der herrschenden imperialistischen Klasse als ganze. Es berücksichtigt ebenso seine eigenen politischen und ökonomischen Interessen als eine semi-selbständige Macht. Präsidenten kommen und gehen, das Pentagon-Establishment aber bleibt. Die Pentagonleute kontrollieren ein jährliches 300-Millionen-Dollar-Budget. Und sie sind eng verbunden mit den 70.000 militärischen Partnern und Subpartnern.

Der militärisch-industrielle Komplex wehrt sich gegen jede signifikante Kürzung seines aufgeblasenen Budgets nun, da der sogenannte Kalte Krieg vorbei ist. Diese Leute haben Angst vor dem lautstarken Protest, daß das Geld für Arbeitsplätze, Ausbildung, Gesundheitsversorgung und Wohnungen ausgegeben werden soll statt für high-tech-Waffen zur Massenvernichtung. Ohne eine Weltmacht wie die Sowjetunion als Gegner, sucht der Pentagon-Apparat neue Missionen und neue Feinde, um seine Existenz zu rechtfertigen. In diesem Sinn könnte die US-Invasion von Somalia nur das Vorspiel zu größeren Abenteuern sein."(19)

Der saubere Norden

Aus einigen Quellen ist zu erfahren, daß massenhaft Sondermüll und Problemstoffe nach Somalia, aber auch in andere afrikanische Länder, geschafft werden, um sie möglichst billig und weit entfernt endzulagern.

Monate bevor die Vereinigten Staaten Truppen nach Somalia schickten, schloß Italien Verträge, um den giftigen Sondermüll des Landes nach Somalia zu verschiffen. Anfang September hatten italienische Firmen "die Errichtung zweier Verbrennungsanlagen in Somalia für jeweils bis zu 550.000 Tonnen Sondermüll im nächsten Jahr, mit einem geschätzten Gewinn von vier bis sechs Millionen US-$ bringen" nahezu beendet. Der regionale UN-Chef Mostafa Tolba sagte, die Mülldeponierung könnte die Zerstörung des Ökosystems Somalias verschlimmern und weitere Leben in dem verwüsteten Land kosten.(17)

"Afrika", schreibt Silvia Federici, Professorin an der Hofstra Universität und Autorin des "Komitees für akademische Freiheit in Afrikas Zeitung", "wird zum chemisch/nuklearen Mistkübel der Welt, die Region, in der abgelaufene Pharmaprodukte, giftige Rückstände und Material, das in anderen Ländern verboten ist, von Medikamenten bis zu Pestiziden, abgeladen werden."

Ölmultis

In den Jahren des Siad-Barre-Regimes gelangten vier große US-Ölkonzerne, Conoco, Chevron, Amoco und Phillips in den Besitz von Exklusiv-Konzessionen zur Erforschung und Ausbeutung von 10 Millionen Acres Land, das sind fast 2/3 des Landes. In einer Studie der Weltbank 1991 wurde festgestellt, daß Somalia und Sudan die afrikanischen Länder mit den kommerziell aussichtsreichsten Ölvorkommen sind. Die Vorkommen befinden sich haupsächlich in Nord-Somalia, wobei die der Küste vorgelagerten Regionen im Meer ebenfalls vielversprechend sind. Geologen der Hunt-Oil, die die Ölfelder im Jemen ausbeutet, behaupten, daß die jemenitischen Ölfelder Teil eines riesigen Tales sind, das sich vom Jemen bis über Nord-Somalia hinwegzieht.

Conoco scheint von den vier Firmen die mit der stärksten Verankerung in Somalia zu sein. Conoco Oil mit Sitz in Houston wurde 1981 vom Chemie-Multi Du Pont gekauft. Die Gesellschaft ist der weltweit siebtgrößte Erdölmulti. Conoco beutet seit 1952 somalisches Öl aus, an den Konzessionen in Nord-Somalia hat sie sich die vielversprechendesten gesichert. Nach dem Sturz von Siad Barre war Conoco die einzige multinationale Gesellschaft, die ein funktionierendes Büro in Mogadischu aufrechterhielt und - laut Firmensprecher John Geybauer - mit Ali Mahdi Mohamed ein 'Stillstandsabkommen' aushandeln konnte.

Die Invasion in Somalia wurde mit direkter logistischer Hilfe von Conoco durchgeführt. Die US-Botschaft wurde während des Bürgerkrieges zerstört, und Conoco stellte den Interventionstruppen sein Hauptquartier zur Verfügung. Der lokale Conoco-Mangager Raymond Marchand - ein französischer Staatsbüger, der vorher im Tschad sein Unwesen trieb - wurde von US-Militärs offiziell für seine "couragierte und selbstlose Unterstützung" belobigt, ohne diese Unterstützung "hätte die Operation scheitern können".

Chevron ist auch nicht ohne Erfahrung, wie multi-nationale Konzerne die Reichtümer der drei Kontinente plündern. Chevron - ursprünglicher Name Socal: Standard Oil of California - ist eine der Gesellschaften, die 1911 aus der Aufteilung der Standard-Oil hervorgegangen sind. Die Eigentümer von Standard Oil und ihrer Nachfolger waren und sind aber der Rokkefeller-Clan, zumindest nach unseren bisherigen Informationen.

Chevron war der erste US-Ölkonzern, der mit Konzessionen im arabischen Raum Fuß faßte (1932). 1933 schloß Chevron einen Vertrag mit Ibn Saud über die Ausbeutung der arabischen Ölfelder. Als sich herausstellte, wie riesig die saudischen Ölvorkommen waren, wurde gemeinsam mit Texaco, Standard Oil of New Jersey (heute Exxon = Esso) und Standard Oil of New York (heute Mobil) ein Konsortium zur gemeinsamen Ausbeutung gegründet. Chevron förderte bis Ende 1973 820 Millionen Tonnen Erdöl in Saudi-Arabien. Chevron war außerdem mit 7% am iranischen Öl-Konsortium beteiligt (bis 1973: 147 Millionen Tonnen für Chevron aus dem Iran). Chevron war 1980 der sechstgrößte Ölkonzern und das siebtgrößte Industrieunternehmen weltweit. Der Reingewinn betrug 1980 30 Milliarden öS, der Umsatz 300 Milliarden öS. Dieser Umsatz entspricht den Exporterlösen dieses Jahres von China, Dänemark und Neuseeland zusammen.

Über **Amoco** haben wir nur herausgefunden, daß sie eine weitere Standard Oil-Gesellschaft ist: Standard Oil of Indiana.

Phillips ist eine sogenannte "unabhängige" Ölgesellschaft, d.h. sie ist nicht mit einem der großen Öl-Konzerne verflochten. Durch die US-Anti-Trust-Gesetze müssen auch "kleinere" Gesellschaften an großen Konsortien beteiligt werden. Phillips war z.B. 1955 an einem Konsortium zur Ausbeutung des iranischen Öls beteiligt.

Die Standard-Oil-Gesellschaften

1905: Der Petroleummarkt der Welt ist im wesentlichen unter zwei großen Finanzgruppen aufgeteilt: die amerikanische Standard Oil Company Rockefellers und die Beherrscher des russischen Baku-Öls, Rothschild und Nobel. Beide Gruppen stehen in enger Verbindung, sind aber in ihrer Monopolstellung bedroht: von den überseeischen Ölquellen, vornehmlich in den holländischen Kolonien (die steinreichen Firmen von Samuel und Shell, die überdies mit dem englischen Kapital verbunden sind).(24, S.85) Rockefeller kontrollierte außerdem gemeinsam mit Morgan die beiden größten US-Bankkonzerne.(24, S.45)

1911 wurde der Standard Oil-Konzern wegen der Anti-Trust-Gesetzgebung in mehrere 'kleine' Gesellschaften aufgeteilt. Diese Aufteilung änderte jedoch nichts an den Besitzverhältnissen: Hauptaktionär der Nachfolgegesellschaften blieb weiterhin Rockefeller.

Die wichtigsten Nachfolgegesellschaften von Standard Oil sind:

Standard Oil of New Jersey: heute unter dem Namen Exxon (auch **Esso**), nach wie vor der größte Ölkonzern der Welt. Exxon ist der Hauptproduzent US-amerikanischen Öls. An kolonialem Öl bezog der Konzern zwischen 1930 und 1973 1,5 Milliarden Tonnen Öl aus Venezuela, er hat auch Konzessionen in Mexico und anderen südamerikanischen Ländern. Exxon ist auch an der Ausbeutung des arabischen Öls beteiligt (siehe Chevron): 800 Mio. Tonnen aus Saudi-Arabien, 150 Mio. Tonnen aus dem Irak, 147 Mio. Tonnen aus dem Iran bis 1973. 1981 betrug der Umsatz 115 Milliarden US-$ und der Gewinn 5,65 Milliarden US-$. (Vergleich: sämtliche Exporteinnahmen Japans betrugen 1980 103 Milliarden US-$)

Standard Oil of New York (Socony): fusionierte 1931 mit einer anderen Rockefeller-Gesellschaft, Vacuum Oil, zur heutigen **Mobil**. Socony wuchs durch die Ausbeutung des irakischen, iranischen und saudi-arabischen Öl.

1980 vermarktete Mobil 120 Mio. Tonnen Öl, davon 18 Mio. aus amerikanischen und 12 Mio. Tonnen aus Nordsee-Quellen. Der Umsatz betrug 1980 750 Milliarden öS, der Reingewinn 42 Milliarden öS und damit war Mobil der drittgrößte Ölkonzern weltweit.

Weitere Standard-Oil-Gesellschaften: Chevron, Amoco, Standard Oil of Ohio, ...

Exxon, Mobil und Chevron bilden gemeinsam mit Shell, BP, Gulf (USA) und Texaco (USA) ein weltweites Monopol über die Erdölproduktion und Vermarktung, die sogenannten 'Seven Sisters'. Seit Ende des 2. Weltkrieges erfolgt die Aufteilung der Rohstoffquellen in den drei Kontinenten und die Aufteilung der Märkte über Absprachen und fixe Quoten. Sind die Rohstoffquellen bedroht, so kommt es zu koordiniertem Eingreifen der Stammländer der Konzerne - so geschehen z.B. 1951, als eine bürgerlich-nationale Regierung im Iran die Ölquellen verstaatlichte und den Konzernen eine ihrer Meinung nach zu geringe Profitrate anbot. Die Regierung Mossadegh wurde vom CIA gestürzt, während die englische Kriegsmarine vor den Küsten Irans aufgezogen wurde.

Trotz der gewaltigen Ölförderung in den USA selbst stieg die Abhängigkeit der USA von Ölimporten kontinuierlich. Während 1920 der Inlandsbedarf an Öl 483 Mio. Barrels betrug, wovon 6% importiert wurden, betrug der Bedarf 1975 5.786 Mio. Barrells, die Importquote lag bei 37%. 1925 hatten die USA einen Weltmarktanteil an der Ölproduktion von 70%, 1965 "nur" mehr 27%. Gleichzeitig stieg jedoch der Reingewinn des "Inlandsproduzenten" Exxon von 1911: 95 Mio. $ auf 1981: 5.650 Mio $.

(Einige) Reaktionen

Bereits Mitte Dezember verurteilte Fidel Castro die Invasion in Somalia.(3)

Am 21.12. gingen Demonstranten in fünf Städten in den USA auf die Straße, um gegen die Militärintervention des Pentagon in Somalia zu protestieren und forderten den sofortigen Abzug von US- und alliierten Truppen. Die Proteste fanden statt in New York, San Francisco, Houston, New Orleans und in Washington D.C. vor dem Weißen Haus.

Zu den Demonstrationen war vom International Action Center aufgerufen worden. Es waren die ersten landesweit koordinierten Proteste gegen den Schritt des Pentagon. Auf der Demo in New York sagte die Sprecherin des IAC, Monica Moorehead, "nach einem Jahr des Nichtstuns, in dem hunderttausende somalische Menschen verhungerten, entschloß sich Bush plötzlich, Somalia militärisch zu besetzen. Sie intervenierten nicht so sehr, um hungrige Kinder zu ernähren, sondern um das Horn von Afrika zu beherrschen und es in eine weitere strategische Militärbasis im ölreichen Mittleren Osten zu verwandeln."

An diesem Abend sprach Brian Becker von Workers World vor einem Live-Forum in New York, das von Samori Marksman von WBAI-Pacific Radio moderiert wurde. Das multinationale Publikum beklatschte Beckers Denunzierung der US-Militärintervention in Afrika heftig.(25)

Aus: Flugi "Mehr Mut Leute", 1070 Wien, Stiftgasse 8

Somalia, ein aktuelles Beispiel für imperialistische "Humanität"

Man muß keinen allzu tiefen Blick in die Geschichte werfen, um festzustellen, daß die USA, Belgien, Frankreich usw. neokoloniale Wölfe im (humanitären) Schafspelz sind, die sicher nicht auf das Wohl der Volksmassen von unterdrückten Völkern bedacht sind.

Die "Operation Hoffnung" ist von Unstimmigkeiten zwischen den beteiligten Mächten begleitet: "Le Monde" vom 12.12.92 zitiert den ehemaligen französischen Präsidenten Giscard zu den militärischen Operationen in Somalia folgendermaßen: "'das Alter der Verbindungen zwischen diesem ehemaligen italienischen Territorium und Europa und die engen Verbindungen Europas mit Afrika' hätten Europa dazu führen sollen, in dieser Operation eine 'Leader'-Rolle zu spielen." Ein Wettbewerb der Hilfe für das hungernde somalische Volk? Herr Fillon, ehemaliger Vorsitzender der Verteidigungskommission der Nationalversammlung, meint, daß "es keinen Unterschied der Natur zwischen einer klassischen Militärintervention und militärischen Operationen mit humanitären Zielen gibt" (ebenda). Genauer ausgedrückt von Herrn Pierre Lellouche, Berater des Herrn Chirac für strategische Fragen zur laufenden Aktion: eine "typische Operation der Wieder-Kolonialisierung" ("Le Monde", 9.12.92).

Hinter all diesen Namen wie "Restore Hope", "Nachbar in Not" oder "Desert Shield" steckt nur der Kampf der Imperialisten um die Neuverteilung der Kolonien. Ein Kampf, der sich so zugespitzt hat, daß sie sogar überlegen, die rein formale Unabhängigkeit der Neokolonien rückgängig zu machen, um die Rohstoffe direkter zu kontrollieren und sich gegenseitig leichter vertreiben zu können. Daher "diese immer öfteren Fragestellungen im Schoß der Militärkollektivität in Frankreich, in Bezug auf ein Friedenskorps, (...) dessen Aufgabe es sein würde, zumindest das, was (...) von einer lokalen Administration übrig geblieben ist (...) abzulösen, wenn nicht zu ersetzen." Und weiter: "Manche sehen in dieser Orientierung ein eventuelles Zurück zur sogenannten "sozialen" Rolle des Offiziers, wie es der Marschall Lyautey vor etwa 70 Jahren definierte und auf Marokko angewendet hat." ("Le Monde", 9.12.92) (Lyautey war der Führer der französischen Kolonialtruppen, die durch planmäßige Massaker Marokko erobert haben und das System der Kolonialsklaverei dort eingeführt haben.) Herr Kouchner, der französische Minister, der partout behauptet, es ginge um einen Kampf gegen den Hunger, "deklarierte, daß die "Operation Hoffnung" eine historische Kurve war, die andere Aktionen vom gleichen Typus mit sich ziehen müßte. "In Somalia agieren ist nur ein Anfang. Man stirbt auch anderswo: im Süd-Sudan, in Liberia, in Mozambique, in Angola, in Burma und in Bosnien", sagte er." (ebenda)

Aus: Interim 234, 1.4.1993

Weiter so, Weiterstadt

Es hat sich nichts daran geändert, daß wir den Einschnitt in unsere Geschichte, den wir gemacht haben, brauchen und wollen, denn wir sind auf einen Prozeß aus, in dem soziale Gegenmacht von unten und daraus eine neue Vorstellung für den revolutionären Umwälzungsprozeß entwickelt werden kann. Das hat für uns nach wie vor die größte Priorität, doch die Bedingungen dafür müssen erkämpft werden. Wir haben im August letzten Jahres geschrieben, daß wir uns dabei nicht aus der Verantwortung ziehen werden.

Der Weiterstädter Knast steht exemplarisch dafür, wie der Staat mit den aufbrechenden und sich zuspitzenden Widersprüchen umgeht: gegen immer mehr Menschen Knast, Knast, Knast - und er steht als Abschiebeknast für die rassistische staatliche Flüchtlingspolitik. In seiner technologischen Perfektion von Isolation und Differenzierung von gefangenen Menschen ist er Modell für Europa.

Freiheit für alle politischen Gefangenen!

Für eine Gesellschaft ohne Knäste!

Der Weg zur Befreiung führt über den sozialen Aneignungsprozeß, der Teil wird in einem neuen internationalen Kampf für die Umwälzung.

Rassismus von Staat und Nazis bekämpfen!

Rassistisches Bewußtsein in der Gesellschaft im Kampf für das soziale unter den Menschen aufheben - auch dafür brauchen wir eine Basisbewegung von unten, die von Solidarität und Gerechtigkeit, von Kampf gegen soziale Kälte, Perspektivlosigkeit und Armut bestimmt ist.

Wir grüßen alle, die in den Knästen für ihre Menschenwürde kämpfen - in Preungesheim, in Santa Fu, Plötzensee, Rheinbach, Stammheim, Straubing...

Solidarität mit den internationalen Gefangenenkämpfen!

RAF

"Um 1.10 Uhr klettern vier Personen - drei Männer und eine Frau - mit einer Aluleiter auf die Gefängnismauer, an einer Strickleiter hangeln sie sich in den Hof. Im Wachhäuschen werden drei Wachleute überrascht und gefesselt, weitere 8 JVA-Beamte werden in verschiedenen Stockwerken gefangen genommen. Dann werden ca. 200 kg Sprengstoff an den Stützpfeilern des Verwaltungsgebäudes deponiert und mit Zeitzündern versehen. Die Wachleute werden in einen Mercedes-Bus gebracht, in einen nahen Wald gefahren und der Bus mit Ketten versperrt. Um 5.12 Uhr explodieren die Sprengladungen gleichzeitig. Die Grundmauern verschieben sich, alle Fenster werden rausgefetzt, der Knall ist bis Darmstadt zu hören. Großalarm bei der Polizei." (Frankfurter Rundschau, 29.3.1993)

Knast Weiterstadt

Der Gefängnisbau Weiterstadt ist mit 700 Haftplätzen einer der größten Knäste Europas. Er ist nach dem Bau der Frauenhaftanstalt Berlin-Plötzensee die zweite einer Reihe völlig neu konzipierter Haftanstalten.

Gefangene Frauen im Knast Plötzensee, die mit einem Hungerstreik für die Abschaffung des dort praktizierten "Wohngruppenvollzuges" gekämpft haben, beschreiben diesen Vollzug so: "Die Situation ist gekennzeichnet durch ein Ausmaß an Kontrolle und Repression, wie es in seiner Totalität kaum vorstellbar ist. Die Plötze ist sowohl architektonisch wie auch personell so konzipiert, daß ein Kontakt zwischen den Frauen gar nicht zustande kommt oder aber bis ins letzte Detail registriert wird. Die Frauen werden in voneinander abgetrennte Zwangsgemeinschaften, den sogenannten Wohngruppenvollzug gepfercht, in denen sie danach

ausgesucht werden, wie gut sie sich anpassen und wie sie sich am besten gegenseitig fertig machen. Die schallisolierten Zellen haben eine Gegensprechanlage, durch die die Frauen jederzeit akustisch überwacht werden können. Die Stationsgänge sind mit Kameras bestückt und der Gruppenraum, in dem die Gefangenen sich in ihrer Freizeit treffen, verglast - kurz, die perfekte Überwachung jeder Lebensäußerung. Sehen die Frauen sich nicht bei der Arbeit, haben sie durch die totale Abschottung keine Möglichkeit, zusammenzutreffen."

Der Standort

Dem Bau des Gefängnisses Weiterstadt stimmte auch die Grüne Fraktion im hessischen Landtag zu, obwohl im Grünen Parteiprogramm Knastneubauten abgelehnt werden. Der Knast steht auf einem 10 Hektar großen Gelände außerhalb der Ortschaft. Zu erreichen ist dieser Bau nur per Auto (es wurde extra eine Zufahrtsstraße gebaut), was Anwalts- und Angehörigenbesuche erschwert. Dafür liegt er in der Nähe einer Autobahn und nur 10 Minuten vom Frankfurter Flughafen entfernt, dadurch eignet er sich auch als Abschiebehäfen bzw. fallen Gefangenentransporte nicht auf, weil sie nicht durch bewohntes Gebiet führen.

Der Boden des Neubaus ist mit HCH, Blei und Kadmium verseucht. HCH ist ein Mittel zur Vernichtung von Läusen (u.a. Bestandteil des Medikamentes "Jacutin"), hochgiftig und krebserregend. Die (früher ansässige?) Firma Merck lagerte ihr HCH teilweise offen, das Gift wurde vom Wind verweht und vom Regen in den Boden gespült, teilweise auch einfach von Merck vergraben oder in Parkhäuser und Straßen einbetoniert. Das Gelände ist so stark verseucht, daß man absolut nichts damit anfangen konnte, außerdem war die Stadt Weiterstadt ohnehin pleite. Da kam die Suche des hessischen Justizministers 1977 nach einem Standort für einen Knastneubau gerade richtig, mit dem Verkauf des Geländes sanierte Weiterstadt seine Gemeindekasse und sicherte gleichzeitig örtlichen Baufirmen lukrative Aufträge während des Knastbaus.

Der Bau

Im Gegenteil zu üblichen Gefängnisbauten durften in Weiterstadt sehr bald die Gärtner ihre Arbeit aufnehmen: die sechs Kilometer lange, 6,5 Meter hohe Außenmauer mit ihren vier integrierten Wachtürmen soll von außen unsichtbar sein, es wurde ein Erdwall aufgeschüttet, der begrünt wurde. Innerhalb des Geländes sollte es keine Bäume geben. Der Bau besteht aus 6 Trakten, einer Krankenstation, die Ausführungen wegen Krankheit verhindert, einem Heizkraftwerk, Werkstätten für Frauen, Werkstätten für Männer, einem Zu- und Abgangstrakt, die einzelnen Trakte sind im dritten und letzten Stock durch Plexiglasgänge miteinander verbunden, die Versorgungskanäle liegen in einem Schacht in der Mitte der Gebäude. Die Energieversorgung ist autark, es gibt ein Notstromaggregat.

Der gesamte Knast unterliegt der höchsten Sicherheitsstufe, Sichtblenden an den Fenstern entfallen, da die Architekten (Architektenbüro FORUM aus Darmstadt) gegenüber den Zellenfenstern Verwaltungsgebäude planten, um unkontrollierten Kontakt von Fenster zu Fenster zu unterbinden.

Die einzelnen Wohngruppen mit 10 - 20 Gefangenen sind untereinander vollständig getrennt und verfügen über eine Teeküche und einen 30 x 35 Meter großen Hof. Die Gruppenräume sind kameraüberwacht, die Zellen durch Gegensprechanlagen abhörbar.

Gerichtsverhandlungen können auch im Knast durchgeführt werden. Entsprechende Räumlichkeiten - z.B. eine Mehrzweckhalle - sind vorhanden. Auch diese Möglichkeit erinnert an Stammheim und die Prozesse, die dort weitgehend unter Ausschluß der Öffentlichkeit geführt werden.

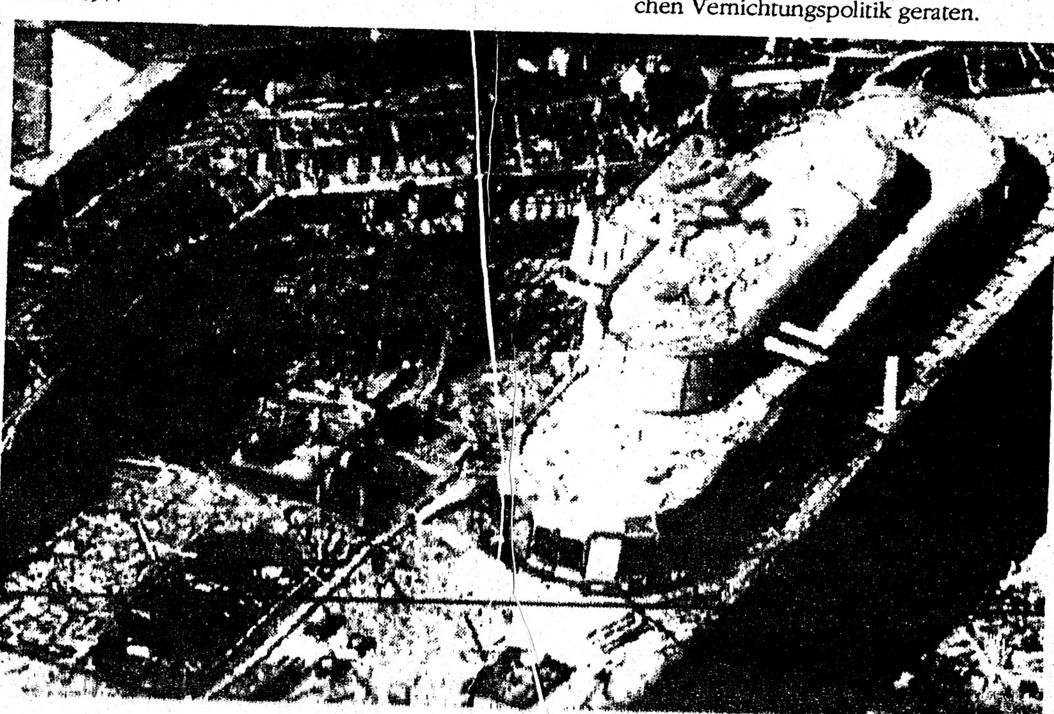
Therapie

Typisch für die neuen Knäste ist, daß für jeden Gefangenen ein Arbeitsplatz zur Verfügung steht, denn es herrscht Arbeitszwang. In Plötzensee erhalten die Frauen 80 Pfennig/Stunde bei Akkordvorgaben, werden diese nicht erreicht, gibt es 10% Lohnabzug. Therapieziel ist, die Gefangenen daran zu gewöhnen, daß es Hafterleichterungen, zwischenmenschliche Kommunikation und andere Vergünstigungen nur gibt, wenn die sklavischen Arbeitsbedingungen exakt eingehalten werden. Wer die Arbeit verweigert, sitzt 23 Stunden totalisoliert in der Zelle.

Innerhalb der Gruppen herrscht ein pausenloser Konkurrenzkampf, die Gruppen sind hierarchisch gestaffelt - angefangen von unbeugsamen oder unkooperativen bis hin zu anpassungswilligen Gruppen. Das Ziel ist der "Aufstieg" in die konformste Gruppe. Du bist der Meinung, Aufrüstung schade dem Frieden? Natürlich Unsinn, weil jeder weiß, daß es ohne Aufrüstung keinen sicheren Frieden geben kann. Du denkst, im Supermarkt eine Salami zu klauen sei für einen Sozialhilfeempfänger legitim? Gefährlicher Gedanke, weil erstens werden damit Straftaten gebilligt und zweitens leidet bei uns niemand soviel Not, daß er stehlen müßte. Du bist mit den Gegenargumenten nicht einverstanden? Solltest du aber, weil wer an seiner geistigen Gesundung nicht mitarbeitet und die Normen nicht akzeptiert, sitzt in völliger Isolationshaft rund um die Uhr.

Du plapperst einfach ihr Geschwafel nach, um deine Ruhe zu haben? Reicht nicht, denn die Gesellschaft braucht aktive Bürger - also überzeuge deine Mitgefangenen von deinen neuen Einsichten und melde sie, wenn sie allzu heftig widersprechen.

Knäste wie Weiterstadt und Plötzensee gibt es in den USA schon länger. Auch in Europa (z.B. Frankreich und GB) werden sie gebaut. Hier werden die Erfahrungen mit den politischen Gefangenen, die seit Jahren der Isolationshaft ausgesetzt sind, ausgewertet und verallgemeinert. Hier fließen die wissenschaftlichen Ergebnisse aus den Bereichen sensorische Deprivation, Gehirnwäsche, Isolationshaft und Gruppendynamik zu einem architektonisch-soziologischen Zerstörungsprogramm der weißen Folter zusammen. Es sind NATO-Projekte. Sie werden von den Herrschenden auch als solche, das heißt als Kriegsknäste begriffen. Für den Krieg nach innen gegen die Teile der Bevölkerung, die immer stärker in Widerspruch zur staatlichen Vernichtungspolitik geraten.



Aus: Rote Hilfe, 1/93, HL (Zitate: Innenpolitik 7/92)

AFIS in Betrieb

Unter dem Kürzel AFIS ist beim BKA Anfang Dezember 1992 eine neue Phase des elektronischen Polizeiapparates in Betrieb gegangen. Hinter den vier Buchstaben AFIS verbirgt sich das Automatische-Fingerabdruck-Identifizierungssystem. Mit dem neuen System soll die elektronische Erfassung der Fingerabdrücke von Flüchtlingen verbessert und beschleunigt werden.

"Das bisherige System hat nach den Worten des Ministers (Seiters) nicht mehr genügt. Bei dem alten System waren für die Erfassung eines einzelnen Fingerabdrucks ca. 60 bis 90 Minuten erforderlich. Mit AFIS werden nur noch 3 Minuten benötigt".

Interessanterweise wird das neue System zunächst in einer "erste(n) Stufe für das Erfassen von Asylbewerbern" erprobt.

Legitimiert wird dieses rassistische Vorgehen durch den angeblichen Mißbrauch der Sozialhilfe.

In einer ersten Testphase sollen dann auch unter der Stichprobenauswahl bei 85.000 Fingerabdrücken bereits die gigantische Anzahl von "immerhin 62 Doppelidentitäten festgestellt worden" sein.

Daß dies eine vorgeschobene Argumentation ist, liegt auf der Hand. Bleibt also die Frage, warum sich das BKA als vorläufigen Schwerpunkt bei der Einführung völlig neuer Technologien ausgerechnet für den "Sozialhilfebetrug" hergibt, zumal dies eigentlich Angelegenheit der Länder ist?

Die Antwort ist im "Gesetz zur Neuregelung der Asylverfahren" zu finden, das nämlich "eine generelle erkennungsdienstliche Behandlung (ED-Behandlung) aller Asylwerber" verlangt.

Bei den Flüchtlingen ist es dem BKA möglich, eine vollständige und systematische Erfassung einer genau abzugrenzenden Personengruppe vorzunehmen und dadurch die Lücken in ihrem System zu erkennen und es zu erproben.

Daß die Flüchtlinge zudem besonders Ziel der Innenbehörden sind, ist das zweite Standbein des eigentlich verwunderlichen BKA-Vorgehens.

Es gibt also noch andere Interessen. Die zeigen sich in der geplanten Praxis, denn das BKA will seine Ergebnisse keineswegs nur für sich behalten.

Im Gegenteil:

"Die Auswertungsergebnisse des BKA werden jeweils unmittelbar an das Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge weitergegeben, und zwar durch direkte Eingabe in dessen Datenverarbeitungssystem ASYLON".

Angesichts dieser Tatsache kann einem nur der kalte Schauer über den Rücken laufen. Die methodische ED-Erfassung aller Menschen, die in Deutschland politisches Asyl beantragen, kommt damit einer faktischen Vorkriminalisierung dieser Menschen gleich, die nur ein Ziel haben kann, die Ausweisung oder Abschiebung.

Das ganze neue System erinnert stark an die Machenschaften der Nazis, die ja auch eine vollständige Katalogisierung der Juden vor ihrer Vernichtung vorgenommen haben.

Es wird jedoch auch diesmal keinen Aufschrei geben, wenn die Bullen-Technokraten per Knopfdruck über die Existenz von Menschen entscheiden. Es paßt eher in die aktuelle Situation, in der z.B. der Schleswig-Holsteinische Unsozialminister Jansen bereits im Frühling 1992 die Zwangsvorführung von Asylbewerbern vor den Sozialämtern befahl.

Diese Personengruppe, die schon von allen offiziellen Seiten als Freiwild zum Verbrennen freigegeben wurde, liefert für die Technokraten das beste Material zur Erprobung ihres menschenverachtenden Systems.

Natürlich ist das neue AFI-System nicht nur für die Flüchtlinge gedacht worden, sie sind nur das beste Experimentierfeld der Wiesbadener Computer-Täter.

"Die zweite Ausbaustufe soll im Herbst 1993 starten und im Bereich der kriminalpolizeilichen Anwendung wesentliche Verbesserungen für die Verbrechensbekämpfung bringen."

Dann ist es nur eine Frage der Zeit, wann, nach den Flüchtlingen, sich der Rest der unliebsamen Bevölkerungsteile in den neuen Speichern der Bundespolizei wiederfindet.

AFIS ist also ein weiterer Schritt in den immer perfekteren und unkontrollierbar gewordenen Polizeiapparat.

Aus: Demo-Rede vor dem LG II, Mitteilungen von Leuten, die sich um Schubhäftlinge kümmern; Flüchtlingsbulletin Nr.4 - März 1993 des Flüchtlingsverbindungskomitees; Löschnak im Parlament (Anfragebeantwortung auf eine Anfrage der Grünen Fraktion), 13.3.1993

Zu Schubhaft

Den Mächtigen in diesem Land ist es gelungen, mit den vier jetzt geltenden Sondergesetzen (Asyl-, Fremden-, Aufenthalts- und Ausländerbeschäftigungsgesetz) ein fast lückenloses System der rassistischen Selektion und Repression zu schaffen. Österreich übernimmt damit eine Vorreiterrolle im sogenannten "europäischen Einigungsprozeß" (z.B. die BRD zieht bei ihrer rassistischen Gesetzgebung nach):

- die Zahl der Asylanträge ging drastisch zurück
- ein Großteil der AsylwerberInnen wird von Anfang an in die Illegalität gedrängt
- nur sehr wenige schaffen es, überhaupt in ein reguläres Asylverfahren zu gelangen
- tausende AsylwerberInnen wurden aus der Bundesbetreuung entlassen, während kaum Neuaufnahmen erfolgten
- Schubhaft und Abschiebung werden immer mehr zur Regel der österreichischen Asylpraxis.

Die Zahl der Asylanträge ging 1992 auf 16.238 gegenüber 27.306 1991 zurück. Davon stammen 10.908 aus der Zeit vor August 1992 (im Juli trat das neue Asylrecht in Kraft). Die Anzahl der Anträge bei außereuropäischen Flüchtlingen ging um 50% zurück. Viele Flüchtlinge versuchen Österreich als Ziel ihrer Flucht zu meiden, weil sich mittlerweile herumgesprochen hat, daß es praktisch unmöglich ist, hier Asyl zu bekommen bzw. auch nur ausreichend versorgt zu werden.

Es ist völlig unkontrollierbar, was an den - vom Bundesheer kontrollierten - Grenzen passiert. Statistisch laut Löschnak wurde in den letzten zwei Jahren kein einziger Asylantrag an der Grenze gestellt, 110.000 Personen wurden aber zurückgewiesen (nach Ungarn, das inzwischen bekanntlich Flüchtlinge in Sammellagern konzentriert und weiter abschiebt).

Von den 23.485 Asylanträgen 1992 wurden 9,7% (2.289) Personen als Flüchtlinge anerkannt. Mit der Teilung der Kompetenzen in Asylverfahren (Asylgesetz - Asylbehörden) und Aufenthaltsverfahren (Fremdengesetz - Fremdenpolizei) wurde erreicht, daß AsylwerberInnen auch während des laufenden Verfahrens abgeschoben werden können: das Asylverfahren läuft (so die AsylwerberInnen die Möglichkeit und das Wissen haben, zu berufen - Asylanträge werden in erster Instanz zu nahezu 100% abgelehnt), womit der Flüchtlingskonvention "genüge getan" wird, während gleichzeitig die Menschen nach dem Fremdengesetz abgeschoben werden. Womit natürlich auch das Recht auf Asyl außer Kraft gesetzt ist. Erschwerend kommt dazu, daß die meisten Verfahren inzwischen in der Schubhaft ablaufen, d.h. die Menschen haben praktisch keinerlei Zugang zu einem Anwalt, nicht mal zu Flüchtlingsorganisationen. *(Quelle: Flüchtlingsbulletin)*

Schubhaftgefängnis LG II

Das ehemalige Strafbezirksgericht am Hernalser Gürtel 6 - 12 dient als Außenstelle für das völlig überfüllte Schubhaftgefängnis "Liesl" an der Rossauer Lände. Hier sitzen derzeit ca. 100 Gefangene - türkische Besucher nennen sie verzweifelt-zynisch "yolcu" ("Reisende") - und warten auf ihre Abschiebung. Die Fluktuation hier ist fast unüberschaubar. Den Gefangenen wird ihr gesamtes Geld, so sie welches hatten, abgenommen, um damit die Kosten für "Unterkunft" und Abschiebung zu begleichen; für Zigaretten und Aufbesserung der Gefängniskost werden ihnen höchstens öS 100,– pro Woche ausgehändigt. Die Einkaufsmöglichkeiten werden von den Wärtern willkürlich eingeschränkt, z.B. wird zwar Kakao angeboten, darf aber nicht gekauft werden. Solange in diesem Gefängnis noch U-Häftlinge einsaßen, gab es in jeder Zelle eine Kochmöglichkeit für Tee und Kaffee, die

Gefangenen durften über bis zu öS 1.500,– verfügen.

Diejenigen, die als Asylbewerber hier auf den - meist negativen - Ausgang ihres Verfahrens warten, sind in ihren Rechten, z.B. gegen einen ablehnenden Bescheid zu berufen, stark eingeschränkt, von den Beamten im Häfn erhalten sie keine vernünftige Auskunft und sie haben auch keine Möglichkeit, einen Anwalt zu engagieren. Wenn sich die Tendenz duchsetzt, daß Asylverfahren nur mehr in Schubhaft abgewickelt werden, werden alle Asylberatungsstellen zur Farce. *(Demo-Rede)*

In den Schubknästen befinden sich permanent Leute im Hungerstreik aus Protest und als Widerstand gegen ihre Inhaftierung: Adrian N., staatenlos, ehemaliger rumänischer Staatsbürger, war über vier Wochen im Hungerstreik, die letzten vier Tage vor seiner Entlassung auch im Durststreik; Nihat N., 30 Tage Hungerstreik bis zu seiner Entlassung; N. N., iranischer Staatsbürger, war 32 Tage im Hungerstreik in der Rossauer Lände, zusätzlich Selbstmordversuch, weil er bei einer Abschiebung in den Iran die Todesstrafe zu erwarten hat.

Die Praxis der Fremdenbullen: Image wahren, Ökonomie berücksichtigen. "Bevor uns hier jemand abkratzt - stirbt -, werfen wir ihn raus." "Wenn wir Kranke von uns aus ins Spital überstellen, muß die Republik die Krankenhauskosten bezahlen." (Aussagen von Bullen und Ärzten im LG II) Deshalb werden die Leute, wenn sie aufgrund ihres Protestes in körperlich kritischen Zustand kommen, "entlassen". Die Entlassung wird begründet mit Haftunfähigkeit. Das bedeutet, daß sie, wenn sie sich wie auch immer erholt haben, wieder zum Freiwild für Bullen werden, wieder im Schubhäfen landen.

Nihat N. z.B. wog bei seiner Entlassung weniger als 50 kg. Adrian N. hatte schwere Sehstörungen. N. N. (der Iraner) kotzte noch tagelang Blut, nachdem er entlassen worden war. Alle müssen sich überlegen, wie sie illegal hier weiter leben können, und das unter Umständen unter Bedingungen, daß sie kein Wort deutsch sprechen/ verstehen.

Polizei-/Rassismus-Minister Löschnak bei der Anfragebeantwortung:

Schubknäste gibt es in: Wien, Eisenstadt, Schwechat (Flughafen), Wr. Neustadt, St. Pölten, Hirtenberg, Korneuburg, Hollabrunn, Krems/Donau, Linz, Steyr, Wels, Ried i. I., Suben, Leoben, Graz, Judenburg, Klagenfurt, Villach, Salzburg, Innsbruck, Feldkirch. Bullenabschubknäste gibt es in: Wien, Eisenstadt, Schwechat, Wr. Neustadt, St. Pölten, Linz, Steyr, Wels, Leoben, Graz, Klagenfurt, Villach, Salzburg, Innsbruck.

(Die Anfrage beinhaltete 24 konkrete Fragen, die wir hier nicht dokumentieren. Eine Kopie der Anfrage und der Beantwortung bekommt ihr bei Bedarf im Infoladen Wien oder bei den Grünen.)

Frage 10: Wieviele von den zu Frage vier aufgezählten minderjährigen Schubhäftlingen befanden sich in Begleitung ihrer gesetzlichen Vertreter, wieviele davon waren unbegleitet? Antwort: Eine Beantwortung ist mir nicht möglich, da keine Statistik geführt wird. (Ist eine Standardantwort) Auf die Frage nach den Kosten, die der Republik wegen Schubhaft entstehen, antwortet Löschnak: In 10 der Verordnung bla bla wurde ein Kostenpauschale von 170,-- pro Tag festgesetzt. Die Fragen, ob Schubhäftlinge die Möglichkeit haben, mit Organisationen, die sich um die Betreuung und Beratung von AusländerInnen und Flüchtlingen einsetzen, Kontakt aufzunehmen bzw. ob der UN-Flüchtlingshochkommissar von Schubhaft verständigt wird, beantwortete Löschnak: Nein, es besteht keine gesetzliche Verpflichtung.

Schlagt die Rasssisten, wo ihr sie trefft!
Weg mit den rassistischen Gesetzen!
Kampf denen, die sie erlassen und denen sie nützen!
Proletarier aller Länder vereinigt euch!

Arbeitskreis Schwarzau

Zur Situation ausländischer Frauen in österreichischen Gefängnissen

Der prozentmäßige Anteil aller inhaftierter Frauen an der Gesamtzahl der inhaftierten Männer beträgt ca. 4%, das sind zwischen 400 und 500 inhaftierte Frauen im Jahr in ganz Österreich. Ungefähr ein Drittel davon sind Frauen aus dem Ausland, insbesondere aus den sog. "ehemaligen Ostblockländern" und aus Südamerika.

Im Wiener landesgerichtlichen Gefangenenhaus I, das derzeit zu einem modernen Hochsicherheitshäfen ausgebaut wird (die Kosten betragen über 3 Milliarden Schilling), waren Ende 1991 1069 Frauen und Männer in Zellen, die für max. 650 Menschen geplant waren, inhaftiert. 39,2% waren Ausländer - nach der Herkunft stellten Menschen aus Jugoslawien, Ungarn, Polen, Rumänien, CSFR und der Türkei die größte Gruppe.

Frauen sind auch dort körperlichen Übergriffen ausgesetzt. So wurde uns ein Vorfall bekannt, wo eine spanische Frau niedergeprügelt wurde, weil sie den Wachebeamten zu oft und zu laut nach dem Verbleib ihres kleinen Kindes fragte, das sie bei ihrer Verhaftung (wegen Ladendiebstahl) zurücklassen mußte.

Eine Frau aus Schwarzafrika, die als sog. "Drogenkurierin" verhaftet wurde, wurde nach einer Zwangsuntersuchung, wo in ihrem Körper nach Drogen gesucht wurde, gleich gynökologisch mituntersucht, angeblich eine bösartige Geschwulst festgestellt und diese - ohne ihre Einwilligung - entfernt. Als sie nach der Operation dagegen protestierte, wurde ihr mitgeteilt, daß sie froh sein könnte, die gute medizinische Behandlung eines westlichen Landes "genossen" zu haben.

Aus Platzmangel kommen viele Frauen schon in Untersuchungshaft nach Schwarzau, der einzigen Frauenstrafvollzugsanstalt Österreichs (in NÖ) bzw. ins Gefangenenhaus Wiener Neustadt. Frauen, die der deutschen Sprache nicht mächtig sind, sind besonderen Repressionen ausgesetzt, haben uns betroffene Frauen berichtet. Auch in Schwarzau, wo von derzeit 170 inhaftierten Frauen ca. 50 aus dem Ausland kommen, sind ausländische Frauen besonderen Repressionen, die bis zur körperlichen Gewalt führen, ausgesetzt. So wurde 1991 eine polnische Inhaftierte brutal zusammengeschlagen, weil sie sich weigerte, einen Brief an die Wachteln herauszugeben. In der Folge wurde sie zu 5 Monaten Freiheitsstrafe wegen "Widerstand gegen die Staatsgewalt" usw. verurteilt. Ihre Anzeige gegen ihre Peiniger wurde von der zuständigen Staatsanwaltschaft zurückgelegt. (Siehe auch Info-Vert. Nr. 23)

Als "Endstation" steht die sog. "Liesl" (Wien - Roßauerlände), wo derzeit ca. 80 Frauen auf ihre Abschiebung warten. Der Großteil dieser Frauen stammt aus Rumänien und aus Sri Lanka. Neben den dort herrschenden unmenschlichen Haftbedingungen sind Frauen auch sexuellen Übergriffen seitens der bewachenden Polizei ausgesetzt. So wurde ein Fall bekannt, wo eine junge Rumänin vergewaltigt wurde.

Interim 234, 1.4.1993

Gegen die Bleiberechtslüge der Regierenden!

Jetzt wird es ernst! Klammheimlich soll bereits bis Mitte April der Seiters-Entwurf zur endgültigen Regelung der Situation der ehemaligen DDR-VertragsarbeiterInnen vereinbart werden. Offiziell wird damit eine humanitäre Lösung geheuchelt. Tatsächlich beinhaltet der Plan die Abschiebung der meisten ehemaligen VertragsarbeiterInnen. Lassen wir es nicht zu, daß die Biedermänner ihren staatlichen Rassismus klammheimlich organisieren.

Kämpfen wir jetzt gemeinsam mit den VertragsarbeiterInnen für ihr Recht zu bleiben!

Interim 229

Barbara ist im Kampf gefallen

Die schweizer Staatsbürgerin Barbara Kistler ist Anfang Februar im Kampf für die kommunistische Revolution in den Bergen von Türkei/Nordkurdistan im Gefecht gefallen.

Seit über 20 Jahren kämpfte Barbara in der kommunistischen Bewegung. "Ich lebe für den Sozialismus", erklärte sie schon als 18jährige anfangs 1974 in einem langen Interview gegenüber der Zeitschrift "POP". Die entscheidende Rolle der revolutionären Gewalt für die Befreiung des Proletariats war ihr von Anfang an klar und ihre damalige engagierte Stellungnahme hat nichts an Richtigkeit und Aktualität eingebüßt. "Durch die Konfrontation mit der Polizei wurde ich schon früh mit der Frage der Gewalt konfrontiert. Ich glaube, daß man da zuerst einmal von der Gewalt zu sprechen hat, die die Gesellschaft anwendet, um aus Kindern sogenannte Bürger zu machen. Oder jene Gewalt, die gebraucht wird, um zu verhindern, daß Jugendliche und Arbeiter ihre Interessen verteidigen. Denkt nur an Chile. Dort versuchte die Arbeiterbewegung mit demokratischen Mitteln eine gerechtere Gesellschaft zu verwirklichen. Eine Gesellschaft, in der sich nicht nur die Reichen sattfressen können. Die Kapitalisten und ihre Generäle, die ihre Privilegien bedroht sahen, schreckten vor nichts zurück. Die Arbeiter wurden in KZs gesteckt, gefoltert und zu Tausenden umgebracht.

Einen Fehler haben die chilenischen Arbeiter gemacht: Anstatt sich abschlachten zu lassen, hätten sie sich auf den bewaffneten Kampf mit den Schergen der Kapitalisten vorbereiten müssen!" (Barbara im Januar 1974)

Bereits in diesem Interview sind die Schwerpunkte ihrer künftigen Praxis angelegt. Als Kommunistin war es für Barbara klar, daß der Hauptwiderspruch innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft zwischen Arbeit und Kapital liegt und sich die ausgebeutete Klasse nur selber befreien kann. Ausgehend vom Bruch mit reformistischen Gewerkschaftspositionen zu neuen, revolutionären Ansätzen innerhalb der ArbeiterInnenbewegung zu kommen, war ihr von daher immer von größter Wichtigkeit. Sie engagierte sich zuerst in einer revolutionären Lehrlingsgruppe und später im Kampf gegen den größten Verrat der schweizerischen Gewerkschaftsführung, den Arbeitsfrieden. Über diese Praxis kam sie auch mit revolutionären türkischen Arbeiterinnen und Arbeitern mehr und mehr in Kontakt.

Ihre aktive Solidarität mit den politischen Gefangenen in Westeuropa, insbesondere mit den Gefangenen aus der RAF, bildete einen weiteren Schwerpunkt ihrer politischen Aktivitäten. Seit den ersten Hungerstreiks der Gefangenen aus der RAF kämpfte sie im KGI (Komitee gegen Isolationsfolter) für die Zusammenlegung der politischen Gefangenen. Bis zu ihrer Entscheidung, den Kampf in der Türkei/Nordkurdistan weiterzuführen, hat sie während langer Jahre Rolf Clemens Wagner im Knast besucht.

Kurz nach ihrer ersten Einreise in die Türkei wurde Barbara anfangs 1991 in Istanbul von einer Spezialeinheit der türkischen Polizei verhaftet und gefoltert. Die Bullen sind allerdings am revolutionären Bewußtsein von Barbara gescheitert: Sie hat kein Wort mit ihnen gesprochen. Nach 7 Monaten Knast im Gefangenenkollektiv von Bayranbassa wurde sie provisorisch entlassen.

Dieser Einschnitt änderte aber nichts an Barbaras Bestimmung, ihren Beitrag für die kommunistische Weltrevolution in der Türkei/Kurdistan zu leisten.

In unserem Kampf lebt sie weiter!

(Zur Festnahme von Barbara Kistler 1991 und der Repression gegen das KGI siehe auch Info-Verteiler Nr.22)

Infoblatt zum Prozeß gegen Stephan Waldberg

Erklärung der Gefangenenvertretung im Gefängnis Diyarbakir

"... Es gibt zur Zeit mindestens 200 verletzte Gefangene; diejenigen mit Kopfverletzungen nicht mitgezählt, weil inzwischen nahezu fast jeder Kopfverletzungen und Augenschwellungen aufzuweisen hat. Sogar bei den Nationalitäten haben sie keine Ausnahme gemacht. Auch der deutsche Journalist Stephan Waldberg, der unter den Gefangenen "Berxwdan" (Widerstand) genannt wird, wurde dabei brutal zusammengeschlagen ("korkunc dayak"). Von den 200 Verletzten sind ungefähr 50 - 60 schwerverletzt. Wir haben lediglich 30 - 35 von ihnen ins Krankenhaus liefern lassen können. Weil einige sehr schwer verletzt waren, konnten wir sie sogar mit Wolldecken nicht tragen. Obwohl wir danach fragten, wurden uns keine Bahren zur Verfügung gestellt..." (Übersetzung durch Internationaler Verein für Menschenrechte in Kurdistan e.V., Info per Fax vom 12.2.1993)

Nach neuester Information von Stephans Rechtsanwalt wurde Stephan bei dem Angriff verletzt, befindet sich jedoch nach ärztlicher Betreuung wieder in seiner Zelle. Nach diesem brutalen Angriff, der mit einer Durchsuchung der Zellen begründet wurde, haben die Gefangenen, die sich in einem befristeten Solidaritätshungerstreik befanden, beschlossen, in einen unbefristeten Hungerstreik zu treten. Inzwischen wurden weitere Repressalien gegen die Gefangenen verhängt, u.a. wurde verboten, daß BesucherInnen ihnen Verpflegung mitbringen können und es können nur noch alle 15 Tage Besuche stattfinden. Die gewählte Gefangenenvertretung - als Errungenschaft von langen Kämpfen im Gefängnis - wurde abgeschafft, die einzelnen Gefängnisabteilungen sind untereinander nunmehr isoliert. Das war bereits der zweite Überfall in kurzer Zeit in Diyarbakir, am 3.2. war bereits ein ähnlicher Angriff durchgeführt worden. Auch auf das Gefängnis in Mardin kam es Anfang Februar 1993 zu einem derartigen Überfall.

Aus: Angehörigen-Info Nr. 109, info heidelberg Nr.6 - 1.4.1993 (Presseerklärung Prozeßgruppe 14.3.93)

Gerhard Bögelein ist tot

Gerhard Bögelein, geb. 16.1.1924, war als 19jähriger das erste Mal mit der NS-Militärjustiz in Konflikt geraten. Er hatte sich geweigert, an der Erschießung einer Gruppe von ZivilistInnen, darunter auch JüdInnen, teilzunehmen. 1944 gelang ihm die Desertion aus der deutschen Wehrmacht und bis Ende des Krieges kämpfte er auf der Seite der sowjetischen Roten Armee.

Nach 1945 war er wegen seiner Sprachkenntnisse neben anderen Aufgaben damit betraut, als Offizier der Roten Armee faschistische Kriegsverbrecher zu überführen. In diesem Zusammenhang verhörte er auch den NS-Militärrichter Erich Kallmerten, der daraufhin ein Geständnis unterzeichnete, wonach er persönlich verantwortlich war für 178 Todesurteile, die er in seiner Eigenschaft als oberster Militärrichter der Kurlandarmee verhängte. Erich Kallmerten wurde 1947 im Kriegsgefangenenlager Klaipeda erschlagen.

Schon 1949 versuchte die BRD-Justiz, Gerhard Bögelein für die Tötung des NS-Blutrichters Kallmerten verantwortlich zu machen. Die Untersuchungen in diesem Fall wurden von dem Hamburger Ermittlungsrichter Kurt Steckel geführt. Steckel, der wie fast alle NS-Richter mit einer weißen Weste durch die sogenannten Entnazifizierungsverfahren rutschte, war noch 1945 als Staatsanwalt beim Volksgerichtshof in Potsdam tätig. Das nunmehrige Verfahren wurde fast vollständig auf Grundlage der von Steckel erstellten Ermittlungsakten geführt.

Gerhard Bögelein lebte seit 1956 in der DDR und war somit bis zu seiner Verhaftung nach der Annexion 1989 vor den Auslieferungsersuchen der BRD-Justiz geschützt. Das Hamburger Verfahren 1992 war dadurch gekennzeichnet, daß der Staatsanwalt Harald Duhn die Anklage im Sinne seines Lehrers Kurt Steckel führte. Die 22. Strafkammer unter Richter Diethelm Erdmann folgte dieser Vorgabe. In diesem Verfahren wurden die Rollen vertauscht: Aus dem NS-Richter Erich Kallmerten wurde das Opfer eines "heimtückischen Mordes", während der Antifaschist und Widerstandskämpfer Gerhard Bögelein trotz einer nur lückenhaften Indizienkette und ohne Tatzeugen zum Täter konstruiert wurde. ▶▶

Aus: Degisim, Monatszeitschrift für Kultur, Kunst, Literatur und Politik, Corlu, März 1993.
Seit 6. Juli 1992 streiken in der Humanic-Fabrik in Corlu, ca. 100 km nordwestlich von Istanbul, alle 270 Arbeiterinnen und einige der 10 Arbeiter. Es ist der drittlängste und einer der ersten von Frauen getragene Streik in der Türkei und Nordkurdistan seit dem Militärputsch 1980. (Siehe auch Info-Verteiler Nr. 33)

Interview mit Aysegül Tok, Lederarbeiterin bei Humanic-Corlu

Frage: Kannst du uns etwas über Arbeiterfrauen erzählen?

Antwort: Arbeiterfrauen sind Roboter, die von der Arbeit nach Hause, von zu Hause in die Arbeit rennen, und falls sie zu spät kommen, werden sie entweder vom Ehemann oder, wenn sie noch ledig sind, von den Eltern ins Verhör genommen, warum sie zu spät gekommen sind.

Frage: Im Moment befindet ihr euch im Streik, was möchtest du zu streikenden Frauen sagen?

Antwort: Der Streik begann mit großer Begeisterung. Wir alle haben uns erwartet, daß unsere Forderungen auf jeden Fall erfüllt werden und haben gedacht, daß der Streik erfolgreich enden wird. Die ersten Tage des Streiks sind wir alle gemeinsam an dem Ort des Streiks geblieben. Nachher haben sich Gruppen gebildet, und wir haben begonnen, Streikposten einzurichten. Inzwischen sind aus der Umgebung zahlreiche Besucher gekommen, um den Streik zu unterstützen. Jeder von denen hat uns etwas erzählt und versucht, uns in eine Richtung zu lenken. Mögen wir auch vorher die Lösung unserer Probleme den Männern überlassen haben, so haben wir doch spätestens da begonnen zu lernen, daß jeder für seine eigenen Rechte kämpfen muß, ohne nach dem Geschlecht zu fragen. Da haben wir begonnen, uns die Frage nach der Gleichheit von Frauen und Männern zu stellen, was wir vorher nicht getan haben.

Frage: Zeigte sich im Streikverlauf ein Unterschied zu den verheirateten Frauen?

Antwort: Die verheirateten Frauen kümmerten sich wieder zu Hause um Mann und Kind. Sie kamen nur zum Streikposten, wenn sie an der Reihe waren. Aber in ihren Gedanken hat sich nicht viel verändert. Sie sind zu Hause gesessen und haben darauf gewartet, daß irgendwer etwas für sie macht. Sie haben nicht versucht, eigene Ideen zu produzieren. Aber man muß auch klarstellen, daß alle Beschlüsse zu Aktionen gemeinsam gefaßt wurden. Wichtig war ihr Beitrag dafür, daß unsere Aktionen erfolgreich durchgeführt werden konnten.

Frage: Habt ihr im Streikverlauf Probleme gehabt, weil ihr Frauen seid?

Antwort: Noch vor Beginn des Streiks ist der Chef mit dem Vorurteil: "Frauen können nicht lange durchhalten" an die Sache herangegangen und hat eine ungesetzliche Aussperrung verhängt. Er hat sich natürlich gewundert, als er unsere Einheit und unseren Widerstand in den Aktionen der folgenden Tage gesehen hat. Als wir begannen, in Gruppen zum Streikposten zu gehen, wurden wir einige Male von Besoffenen belästigt. Einmal wollten sogar ein paar Männer mit Gewalt in unser Zelt reingheen. "Hier wartet ihr umsonst", solche Beschimpfungen haben die gesagt. Aber sie konnten uns nicht einschüchtern, stattdessen gehen wir noch immer regelmäßig zum Streikposten.

Frage: Kommt Hilfe von den Ehemännern der verheirateten Frauen beim Streikposten?

Antwort: Die meisten Ehemänner unterstützen uns, aber es gibt natürlich auch solche, die stattdessen ihren Frauen, die zum Streikposten gehen, Probleme bereiten.

Frage: Was denken denn die Kinder über ihre streikenden Mütter?

Antwort: In den ersten Tagen wußten sie, daß ihre Mütter im Recht sind, und unterstützten sie. Mit der Zeit zog sich der Streik in die Länge und bei einigen Vorfällen hat sich das Ergebnis, obwohl wir im Recht waren, gegen uns gewendet. Die Kinder, die das gesehen haben, meinen jetzt: "Der, der das Geld hat, gewinnt."

Frage: Was möchtest du über dich vor dem Streik und im Streik sagen?

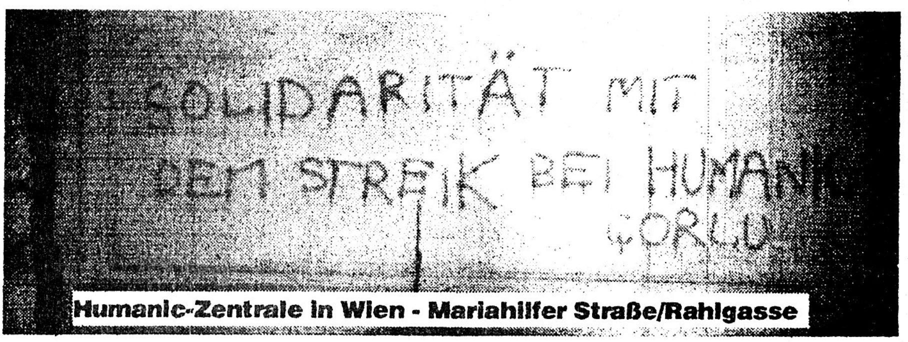
Antwort: Vorher war ich eine Arbeiterin, die von zu Hause in die Arbeit, von der Arbeit nach Hause rennt. Ich habe nur gehackelt und mein Geld verdient. Ich habe mir noch nicht einmal gedacht, daß, sobald ich mit einem Problem konfrontiert bin, ich dagegen kämpfen muß. Es ist mir nicht komisch vorgekommen, daß mich meine Familie ausfragt, wenn ich zu spät nach Hause komme. Aber mit dem Streik hat sich das alles verändert. Wenn wir Versammlungen hatten, bin ich irrsinnig oft spät nach Hause gekommen. Ich mußte also auf der einen Seite gegen den Chef um materielle Rechte kämpfen. Auf der anderen Seite wurde mir bewußt, daß ich, auch wenn ich eine Frau bin, ein Individuum bin, und ich habe bemerkt, daß ich meine eigenen Probleme nur selbst lösen kann. Darum habe ich den Kampf mit vier Händen gepackt. Mir blieb nichts anderes übrig, als mich auch gegen meine Familie aufzulehnen. Eines weiß ich jetzt: Nicht im Schatten eines Vaters oder eines Ehemannes kann ich den Angriffen etwas entgegensetzen, sondern nur mit meiner eigenen Kraft.

Frage: Eine letzte Frage. Euer Streik zieht sich ordentlich in die Länge, es gab eine Wahl in der Gewerkschaftszentrale, die Funktionäre wurden ausgewechselt, wie es ausschaut, gibt es keine Neuentwicklung. Was erhofft ihr euch?

Antwort: Wenn es auch Widersprüche gibt, wir fahren fort mit unseren Bemühungen, den Streik zu einem Ende zu bringen. Allerdings, wenn es notwendig ist, lassen wir uns neue Aktionen einfallen.

Nach rund zwei Jahren Gefängnis erhielt Gerhard Bögelein am 8.12.1992 Haftverschonung und wurde entlassen. Das Urteil, lebenslänglich, war noch nicht rechtskräftig, weil die Verteidigung Revision eingelegt hatte. Gerhard Bögelein war die ganzen zwei Jahre seiner Haft schwer krank. Er war gegen den Willen seiner behandelnden Leipziger Ärzte verhaftet und im Untersuchungsgefängnis Hamburg auf fragwürdige Weise medikamentös behandelt worden. Er erhielt (suchtbildende) Psychopharmaka verabreicht, die er auch nach seiner Freilassung nicht absetzen konnte. Die zweijährige Untersuchungshaft, der Prozeß und die Verurteilung haben Bögeleins Leben verkürzt.

Die Haftverschonung ist aus unserer Sicht deshalb zustande gekommen, weil es klar war, daß Gerhard Bögelein nur noch eine geringe Lebenserwartung hatte. Das Urteil sollte in der Öffentlichkeit nicht als das erscheinen, was es für Gerhard Bögelein war: "ein Todesurteil".



Humanic-Zentrale in Wien - Mariahilfer Straße/Rahlgasse

Informationsveranstaltung und Diskussion
10 Monate Streik bei Humanic in Çorlu/Türkei

Porrhaus - Informatikhörsaal der TU - Do., 29.4.1993, 19 - 22 h

Ob bei Humanic, Hallein-Papier, Assmann: Gegen das Kapital, für die ArbeiterInnenselbstorganisation international!

Spenden auf das Kto. bei Türkiye Vakiflar Bankasi/Vakif-Bank, Çorlu subesi (Filiale) auf den Namen Ayse Dülger und Aysegül Gültok, Nr. 00-7927-7.

Aus: Yeni Dünya Icin (Für eine neue Welt), Jg.1, Nr.6, 12/92, Übersetzung von GenossInnen in Wien.
(Anm. Übers.: Der folgende Artikel besteht aus zwei Teilen. Der erste ist eine kurze Zusammenfassung über die Teilnahme von türkisch/nordkurdischen KommunistInnen an der Oktoberrevolutions-Demo 1992 in Moskau. Der zweite Teil besteht aus drei Interviews, die anläßlich dieses Moskau-Besuchs gemacht wurden. Wir haben sie aus dem türkischen fast wörtlich übersetzt, weil uns einige Sachen nicht klar bzw. wir nicht damit einverstanden waren. Yeni Dünya Icin, der wir die Texte entnommen haben, versteht sich als marxistisch-leninistische Propaganda-Zeitschrift, die internationalistisches Bewußtsein fördern und der Revolution in Türkei/Nordkurdistan und weltweit dienen soll. Dementsprechend schreibt die Zeitschrift auch immer wieder über verschiedenste Länder und Regionen.)

Oktoberfeier 1992 in Moskau

An den Oktoberrevolutionsfeiern 1992 in Moskau hat sich eine starke Gruppe türkischer Bolschewiken, Frauen und Männer, beteiligt. Die Bolschewiken wußten, daß die Propaganda der reaktionären Medien in Türkei/Nordkurdistan über diese Demonstration nicht der Wahrheit entspricht ("eine Handvoll Menschen"), aber sie wußten nicht, wie stark die Massen sind, die nach dem Sturz des Sozialimperialismus an die Sache des Sozialismus glauben und sich darum jetzt auch kümmern. Darüber hatten sie keine objektive Information und Erfahrung. Deswegen war für die Bolschewiken die Demonstration anläßlich des Jahrestages der Oktoberrevolution in Moskau von großer Bedeutung. - An der Demo beteiligten sich über 100.000 Menschen.

Die Bolschewiken aus der Türkei/Nordkurdistan hatten vor der Demonstration über 10.000 Flugblätter und über 60.000 Wurfzettel in russischer Sprache vorbereitet, und haben sich mit einem Transparent mit der Unterschrift von Bolsevik Partizan, wo in türkisch und in russisch stand: "Entweder Barbarei oder Sozialismus - die Welt braucht neue Oktober" an der Demonstration beteiligt.

Auf Vorschlag eines aserischen Kommunisten, der Mitglied der All Einheitlichen Kommunistischen Partei/Bolschewiki ist, wurde die Erlaubnis erteilt, daß die türkisch/nordkurdischen Bolschewiken einen Redebeitrag halten durften. Als der Bolschewik auf das Podium ging, stand er mehreren Delegationsvertretern aus verschiedenen Ländern gegenüber.

Nach dem Ende der Demo drang trotz des Verbots der Regierung, den Roten Platz zu betreten (mit dem Argument, daß es dort Reparaturen gäbe, weshalb die Demo auch nicht dort stattfinden durfte) und trotz der massenhaft anwesenden Polizeikräfte eine Delegation von 500 Menschen mit einem Kranz und roten Fahnen auf den Platz durch und ging in das Lenin-Mausoleum, um eine Mahnwache abzuhalten.

Interview mit dem Verantwortlichen für internationale Beziehungen der AEKP/B

All Einheitliche Kommunistische Partei/Bolschewiki (Anm. Übers.: In türkisch heißt die Partei "Tüm Birlik Komünist Partisi/Bolsevik", wir haben es wörtlich übersetzt.)

AEKP/B, Verantwortlicher für internationale Beziehungen: "Bevor wir mit unserem Gespräch beginnen, möchte ich Sie im Namen unserer Partei und unseres Generalsekretärs begrüßen und möchte betonen, daß ich stolz bin, Sie in der Heimat Lenins und des Großen Oktober zu sehen. Es hat uns gefreut, Ihre Türkei-Nordkurdistan Partei hier zu sehen. Eure Dokumente (gemeint sind damit die Broschüre und das Flugblatt der TKP/ML(Bolschewiki), die in Moskau auf der Oktober-Revolutions-Demo verteilt wurden - Anm. Yeni Dünya Icin) habe ich gelesen und finde ich richtig. Ich bin bereit, eure Fragen zu beantworten und euch unsere Parteidokumente zukommen zu lassen. Ihr könnt euch dementsprechend daraus informieren."

Frage: Welche Arten von Zeitungen habt ihr? Habt ihr neben aktuellen Zeitungen auch theoretische Organe?

Antwort: Auf Beschluß des ZK gibt es acht verschiedene regionale Zeitungen. Einige Namen dieser Zeitungen sind: "Einheit", "Unser Kompaß" - der Name gefällt uns auch nicht -, "Die Wirklichkeit Andropows", "Der kaukasische Bolschewik", "Stimme des Volkes", "Ziel". Alle öffentlichen Zeitungen werden in der Verantwortung einer Person herausgegeben, ihre Aufgabe ist es, legale Parteiorgane zu sein. Ein "Komitee für Publikation" besorgt die Redaktion all dieser Zeitungen. Die Partei hat momentan kein theoretisches Organ. Unsere Partei hat im Juni dieses Jahres (1992) beschlossen, ein theoretisches Organ herauszugeben. Wenn einige finanzielle und technische Hindernisse überwunden sind, wird dieses theoretische Organ erscheinen. In den Dokumenten, die ich euch übergeben werde, und in einigen Schriften unseres Generalsekretärs werden theoretische Probleme bearbeitet. Manche unserer Schriften über theoretische Fragen lassen wir in den Zeitungen "Prawda" und "Sowjetrußland" veröffentlichen, weil diese breiter verteilt werden.

Frage: Wird in den angesprochenen Zeitungen und Dokumenten auch die Frauenfrage behandelt?

Antwort: Die Frauenfrage bearbeitet unsere Partei innerhalb und als Teil der Arbeit in Massenorganisationen - wie Gewerkschaft, Jugendorganisationen. Im Zentralkomitee unserer Partei ist eine Frau Mitglied. Auch in Leningrad gibt es eine Frauenbewegungsarbeit, die unsere Partei leitet.

Frage: Gibt es veröffentlichte Dokumente zur Frauenfrage? Besitzt ihr Statistiken über die Lage der werktätigen Frauen in Rußland?

Antwort: Das, was ich sage, könnt ihr als statistische Information nehmen. Laut staatlicher Erklärung leben 93% der Bevölkerung unter dem Existenzminimum. Die Außenschulden sind auf ein paar Trillionen Rubel gestiegen. Jeder zweite Mensch steht vor dem Verhungern. Die jetzige Todesrate ist höher als im zaristischen Rußland. In Rußland gibt es heute einen Bevölkerungsrückgang um 12%, der Grund dafür sind die Sterbefälle. Es gibt mehr Nachfrage nach Särgen als nach Wiegen. In dem Hotel, in dem ihr übernachtet, verdienen die Frauen in einer Nacht durch Prostitution mehr als ein arbeitender Akademiker. Unsere Frauen und Werktätigen werden in einen Abgrund gezogen. Die Frauen sind die, die hauptsächlich die Arbeitslosen bilden. Die Kosten für einen Kindergartenplatz entsprechen dem Monatseinkommen eines Arbeiters. Auch die schulpflichtigen Kinder müssen in den Ferien arbeiten. Sie verkaufen Zeitungen, waschen Autos und machen Straßenverkauf mit Kleinigkeiten.

Frage: Auf welchem Niveau liegt das durchschnittliche Einkommen von ArbeiterInnen, BeamtInnen und PensionistInnen?

Antwort: Der durchschnittliche Lohn von ArbeiterInnen beträgt 2.500 Rubel, es müßten aber mindestens 5.700 Rubel sein. Das Einkommen von BeamtInnen wie LehrerInnen, ÄrztInnen ist niedriger als das der ArbeiterInnen. Die durchschnittlichen Pensionen betragen 900 Rubel. Ein Kilo Brot kostet 30 Rubel. Das heißt, daß die PensionistInnen mit ihrer Pension nur auskommen, wenn sie nur Brot essen. Indem Jelzin die Löhne mancher ArbeiterInnen auf 40.000 Rubel erhöhte, säte er Zwietracht unter sie und versucht sie dadurch zu spalten.

Frage: Wie ist die Lage der Gewerkschaften und auf welchem Niveau bewegt sich eure Arbeit in den Gewerkschaften?

Antwort: Die Gewerkschaftsführer sind Opportunisten und unterstützen die Regierung. Wir arbeiten in den Gewerkschaften. Wo es keine Gewerkschaften gibt, bauen wir unsere eigenen auf. Zum Beispiel haben wir eine Gewerkschaft in der Stadt Kaluca, von der 8% der Mitglieder unsere Partei unterstützen.

Frage: Könnt ihr uns Informationen geben, wieviel Prozent eurer Mitglieder ArbeiterInnen sind?

Antwort: Da wir noch keine Computer haben, besitzen wir keine statistischen Zahlen. Außerdem werden nicht alle, die unsere Partei unterstützen, als Mitglieder eingetragen. Es werden nur diejenigen als Mitglieder eingetragen, die in der Legalität für die Partei auftreten. Zum Beispiel

tragen wir diejenigen, die in der Armee arbeiten, nicht ein.

Frage: Gibt es von der Regierung Druck auf eure Partei? Bereitet sich eure Partei vor, sich in einem solchen Fall in die Illegalität zurückziehen zu können?

Antwort: Wir sind vorbereitet auf illegale Arbeit. Aber wir glauben nicht, daß Jelzin unsere Partei verbieten wird. Jelzin sollte schon wissen, daß, wenn er unsere Partei verbietet, das Prestige unserer Partei in der Bevölkerung steigen wird.

Frage: Hat eure Partei in naher Zukunft einen Kongreß oder eine Konferenz? Falls es sowas gibt, wird es die Möglichkeit geben, daß wir eingeladen werden?

Antwort: Unsere Kongresse werden einmal in drei Jahren abgehalten. Ich möchte mit euch bis zu unserem nächsten Kongreß Dokumente und Informationen austauschen und euch zu unserem nächsten Kongreß einladen.

Frage: In welchen Gebieten ist eure Partei am stärksten?

Antwort: Die Gebiete, in denen wir am stärksten sind, sind Leningrad und Kaliningrad. Auf Druck unserer Partei wurden in Kaliningrad Neuwahlen durchgeführt, und unsere Partei ging erfolgreich aus diesen Wahlen heraus. In den Gewerkschaften, Jugend- und Frauenbewegungen in Leningrad und Umgebung hat unsere Partei starken Einfluß. In diesen Gebieten können unsere Parteiorganisationen aus eigener Kraft Aktionen durchführen. Dort sind wir noch stärker und besser als die anderen linken Organisationen. Da wir besonders den Kampf gegen Revisionismus führen, sind wir fortgeschrittener als die anderen Organisationen.

Frage: Wie schätzt ihr die Weltlage, Revolution und die Kräfte der Konterrevolution ein?

Antwort: Diejenigen, die in der Welt die Hauptrolle spielen, sind Monopole und Banken. Der Grund für den Wohlstand der europäischen Imperialisten ist, daß sie die rückständigen Länder ausbeuten. Der Kampf zwischen den Imperialisten heute findet statt zwischen europäischen Imperialisten und dem US-Imperialismus. Heute muß der Kampf hauptsächlich gegen den europäischen und den amerikanischen Imperialismus geführt werden. Und dazu ist die Einigkeit und der gemeinsame Kampf der ArbeiterInnen und unterdrückten Völker aller Länder notwendig.

Frage: Gehören dazu für euch auch die europäischen ArbeiterInnen?

Antwort: Sie sind Hauptglied der Kette. Wenn wir die Nationalitäten einschätzen, können wir sie nicht als eins hernehmen. Jede Nation ist in ArbeiterInnen und Ausbeuter geteilt. Der Imperialismus hat allen Völkern und auch den eigenen Elend gebracht. Vor Nationalitäten ist die Einheit der ArbeiterInnen wichtiger. Parallel zu den sich entwickelnden nationalistischen Strömungen auf der Welt verstärken sich die nationalistischen Bewegungen auch in Rußland. Diese haben eine Front, die "Nationale Heilsfront" heißt, gegründet.

Frage: Schätzt ihr die leninistische Feststellung von der "Epoche von Imperialismus und proletarischen Revolutionen" als aktuelle ein?

Antwort: Wir sind der Meinung, daß diese Feststellung noch immer gültig ist.

Frage: Was denkt ihr in Angelegenheit zur Schaffung der Einheit der internationalen kommunistischen Bewegung?

Antwort: Die Zeit, die Komintern wieder zu schaffen, ist gekommen. Der Bolschewismus sollte die ideologische Grundlage der internationalen kommunistischen Bewegung werden. Die internationale kommunistische Bewegung sollte von Chruschtschow- und Breschnew-Revisionismus und von Antistalinismus gereinigt werden. Als Klassiker des Marxismus-Leninismus müßten Marx, Engels, Lenin und Stalin akzeptiert werden. Um die Einheit der internationalen kommunistischen Bewegung zu schaffen, sollten zwei und auch mehrere Gruppen zusammen kommen.

Frage: Was für Arbeiten macht ihr für die Schaffung der Einheit der internationalen kommunistischen Bewegung?

Antwort: Wir haben Beziehungen zu ca. 90 linken Bewegungen, und wir diskutieren mit diesen. Von diesen Gruppen und Parteien ist Basis für unsere Beziehungen, daß sie den 20. Parteitag der KPdSU ablehnen, sich konkret gegen den Chruschtschow- und Breschnew-Revisionismus aussprechen und Stalin verteidigen. In dieser Richtung gibt es in Belgien die Arbeiterpartei, bekannt als "Solidar". In Brasilien gibt es die "Bewegung 8. Oktober". In Griechenland gibt es die "Kommunistische Partei Griechenlands/ML".



Frage: Gibt es Widersprüche zwischen euch und diesen Parteien?

Antwort: Unsere Widersprüche sind keine ersten oder zweiten Grades, sondern hauptsächlich unwichtige. Aber in unseren Zusammenkünften und Besprechungen sind wir noch nicht zu konkreten Ergebnissen gekommen. Die Diskussionen gehen weiter.

Frage: Was denkt ihr über die aktuelle Lage in Rußland?

Antwort: Heute wechseln in Rußland die Führer, aber die Lage ändert sich nicht. Die Kompradoren-Bourgeoisie verliert ständig an Macht. Stattdessen kommt nationale, rassistische, russische Bourgeoisie.

Frage: Aus wem besteht die russische Bourgeoisie?

Antwort: Aus alten KP- und Gewerkschaftsführern.

Frage: Schätzt ihr Rußland heute als eine imperialistische Großmacht wie die USA, Deutschland oder Frankreich ein?

Antwort: Jetzt nicht. Früher, als es den Namen sozialistisch trug, war es so, aber jetzt nicht.

Frage: Wie ist die Lage der werktätigen Bauern?

Antwort: Nachdem die Kolchosen auseinandergegangen sind, hat sich die Lage der Bauern sehr verschlechtert. Im Süden sind wir unter den Bauern besonders stark vertreten.

Frage: Nach der Oktoberrevolution gab es eine Periode von Kritik und Angriffen gegen Stalin, z.B. in Verbindung mit der Kollektivierungsbewegung. Was denkt ihr in dieser Angelegenheit?

Antwort: Wir teilen die Zeit seither in zwei Perioden: die Periode von 1917 bis zum 20. Parteitag und die Periode vom 20. Parteitag bis heute. Obwohl es in der ersten Periode an einigem mangelte, war diese (Anm. Übers.: Kollektivierung) nicht das Hauptsächliche. Wir haben unter der Führung Stalins, sei es innerhalb des Landes, sei es auf internationaler Ebene Siege errungen. Wir können nicht akzeptieren, daß die Stalin-Periode als Barbarei bezeichnet wird. Außerdem: eine Periode an Führern festzumachen, ist nicht materialistisch.

Frage: Die KP China und die Partei der Arbeit Albaniens haben am 20. Parteitag Kritiken angebracht. Wie schätzt ihr diese ein?

Antwort: Über die Partei der Arbeit Albaniens kann ich nichts sagen. Wir haben überhaupt keine Dokumente darüber erhalten. Was China betrifft, ist folgendes zu sagen: Der Maoismus hat zwei Richtungen, eine linksradikale und eine sozial-revisionistische.

Frage: Wer sind nach eurer Meinung die Verantwortlichen für die Lage, in die die Sowjetunion gekommen ist?

Antwort: Wir haben das in unseren Dokumenten vorgebracht. Wenn ich es kurz erklären sollte, wie Stalin sagte, waren in der Führung der Partei Opportunisten. Diese haben später die Bourgeoisie

gebildet. Das realisierte sich in einem sehr langen Zeitabschnitt.

Frage: Hat dabei eine Rolle gespielt, daß im 2. Weltkrieg sehr viele KommunistInnen umgekommen sind?

Antwort: Das war auch eine der Hauptursachen. Während des Krieges verlor die Partei 3 von ihren 5 Millionen Mitgliedern. In diesem Krieg sind die Wertvollsten, die (Anm. Übers.: ideologisch) Reinsten und die Überzeugtesten gestorben. Sie haben sich nie gedacht, daß während des Krieges Leute wie Chruschtschow die Partei verraten könnten. Nachdem die Revisionisten an die Führung kamen, haben sie von der Autorität, die die Partei bis dahin hatte, profitiert.

Frage: Welche perspektivische Voraussicht, um aus der heutigen Lage rauszukommen, hat eure Partei?

Antwort: Die Partei möchte das Volk politisieren, in die sich spontan entwikkelnde Bewegung Bewußtsein tragen, und einen ganz Rußland umfassenden politischen Streik organisieren. Unsere Parole ist, das Verfassungssystem, das System der Präsidialherrschaft beseitigen und die Wiedereinführung des sowjetischen Systems.

Frage: Wird das Sowjetsystem über den parlamentarischen Weg oder einen anderen wiedereingeführt?

Antwort: Das Parlament ist für uns ein Hilfsmittel, nicht das Hauptmittel. Wir möchten den Generalstreik dazu benützen. Wenn die Konterrevolution auf uns zukommt, werden wir auch unsere Waffen ziehen. Schon jetzt haben wir Schutzorganisationen wie z.B. die "Jungen Garden". Die "Jungen Garden" beschützen z.B. unsere FührerInnen.

Frage: Was denkt ihr in Angelegenheit Sozialimperialismus?

Antwort: Eine sehr ernsthafte Problematik. Die Sowjetunion hat bis Anfang der 80er Jahre eine Entwicklung gezeigt, hat bis 1980 eine fortschrittliche Rolle gespielt. Sie hat Kuba und Vietnam geholfen, ist aber mit den USA auf Kompromisse eingegangen. Wir sehen den Einmarsch der Sowjetunion in Ungarn als berechtigt.

Frage: War die Sowjetunion, als sie in der Tschechoslowakei und Afghanistan einmarschierte, auch fortschrittlich?

Antwort: Die KPdSU war sozial-nationalistisch und hat den anderen Völkern ihre Standpunkte aufgezwungen, und war eine antiproletarische Internationalistin. In der Tschechoslowakei haben die Kapitalisten eingegriffen, um sie zu wenden. Die Sowjetunion hat die Zentralisten an die Macht gebracht. Der Prager Frühling war eine Form von Perestroika. Aber daß die Sowjetunion ihr Eingreifen auf diese Art gemacht hat, war nicht gut.

Frage: Habt ihr ein Parteistatut?

Antwort: Ja, haben wir.

Frage: Gibt es in Rußland eine Partei oder Parteien außer euch, die ihr als kommunistisch bewertet?

Antwort: Als wir noch keine Partei waren, sondern eine Gruppe, gab es Gruppen, die wir als kommunistisch eingeschätzt haben. Früher gab es innerhalb der KPdSU Gruppen, die sich in illegalen Plattformen zusammengeschlossen haben. Im Mai 1989 haben wir unsere erste Konferenz gemacht. In dieser Konferenz wurde eine Einheit geschaffen. Im April 1990 haben wir unsere zweite Konferenz verwirklicht. Im Oktober des selben Jahres haben wir unsere dritte Konferenz verwirklicht. In dieser Konferenz wurde beschlossen, den Namen "bolschewistische Partei" anzunehmen. Im Juli 1991 haben wir unsere 4. Konferenz gemacht, und es wurde bekanntgemacht, daß Gorbatschow und seine Anhänger aus der Partei rausgeschmissen werden. Am 8.11.1991 haben wir unseren ersten Kongreß durchgeführt und die Einheit der KommunistInnen verwirklicht. Von unserem ersten Kongreß wurde die Plattform unserer Partei, die noch immer gültig ist, akzeptiert.

Interview mit dem Sekretär des Moskauer Komitees der AEKP/B

Frage: Ihre Partei sagt, daß sie dem bolschewistischen Weg folgt. Was verstehen Sie unter bolschewistischem Weg?

Antwort: Nach Lenin wurden die Bolschewiken zersplittert. Auch Sinowjew und Kamenew nannten sich Bolschewiken. Aber wir finden den Bolschewismus von Stalin richtig und wir sind stalinistische Bolschewiken. Stalin hat nach Marx, Engels und Lenin die sozialistische Wissenschaft weiterentwickelt. Indem unser Land in der Periode Stalins auf den Gebieten der Industrie und Landwirtschaft schnelle Fortschritte machte, wurde es zum zweitstärksten der Welt.

Frage: Können Sie uns Informationen zur Lage und Stärke Ihrer Partei geben?

Antwort: Unsere Partei ist in 54 Städten Rußlands organisiert. Unsere Partei ist keine eingetragene Partei. Sie kann nicht eingetragen werden, weil sie im Namen der gesamten Sowjetunion auftritt. Unsere Partei ist noch immer jung. Am ersten Kongreß, der am 8.11.1991 in Leningrad stattfand, wurde unsere Partei gebildet. Indem wir unsere Partei "All Einheitliche Kommunistische Partei/Bolschewiki" genannt haben, wollten wir proklamieren, daß wir die Tradition des Bolschewismus weiterleben lassen wollen.

Frage: Wie schätzen Sie den Charakter der Sowjetunion in ihrer geschichtlichen Entwicklung ein?

Antwort: Bis zum August-Umsturz war das Land sozialistisch. Ab dem 20. Parteitag begann die Restauration durch die revisionistische Führung und mit dem Verrat von Gorbatschow ging diese Periode zu Ende.

Frage: Wie erklären Sie, daß, trotzdem ab dem 20. Parteitag eine massive Angriffskampagne gegen Stalin begann, gegen diesen Angriff kein wichtiger Widerstand kam?

Antwort: In der Sitzung, in der Chruschtschow den geheimen Bericht vorlas, schrie ein Delegierter "wo warst du?". Daraufhin fragte Chruschtschow, wer dieser Schreier sei und forderte ihn auf, sich zu melden. Aber niemand stand auf. Darauf sagte er, "eben deswegen konnte ich meine Stimme in der damaligen Zeit nicht erheben". Also der Grund, daß von der Partei kein Widerstand gegen Stalin kam, war Angst.

Frage: Gegen den 20. Parteitag der KPdSU haben Mao und Envar Hodscha Stellung bezogen. Wie schätzen Sie diese Stellungnahmen ein?

Antwort: Chruschtschow hat Mao den Krieg erklärt, weil Mao ehrlich war und Stalin verteidigte. Damals waren hier sehr viele StudentInnen aus China. Wir arbeiteten und diskutierten mit ihnen gemeinsam. Aber später hatte ich keine Möglichkeit mehr, die Polemiken zwischen der KPdSU und der KP China zu bekommen.

Frage: Wie schätzen Sie die aktuelle



politische Lage ein?

Antwort: Die neuen Entwicklungen haben die Widersprüche zwischen denen, die die Macht in der Hand haben, vermehrt und verschärft. Die Einheit, die bis heute zwischen den Führern herrschte, löst sich immer mehr auf. Die Widersprüche zwischen den Führern und dem Volk verschärfen sich und das Vertrauen, das das Volk in Jelzin hat, sinkt sehr schnell. Das, was im Namen westlicher Hilfe genommen wird, geht in die Taschen von Spekulanten und Mafia. Das Kapital der Mafia hat sich heute zu enormen Mengen vergrößert. In den ehemaligen Einheitsrepubliken sind die nationalen Konflikte in einem noch größeren Maß explodiert. Die ökonomische Krise hat die Sowjetunion, die früher eines der größten Länder war, in ein Chaos gezogen; die Armee, Polizei und Diplomatie sind funktionsunfähig geworden, und diese Lage hat die Krise noch mehr vertieft. Die Regierung, die die Unterstützung des Volkes verloren hat, stützt sich direkt auf die Unterdrückungsorgane und die großen Medien. Der heutige Führungsstil geht in die Richtung eines Systems einer Einpersonendiktatur. Ob die Regierung an der Macht bleibt, hängt von der weiteren Unterstützung durch die Armee und Polizei ab.

Frage: Was sind eure Ansichten in der Angelegenheit der Frauenfrage?

Antwort: Die Frauenfrage ist ein ganz schön schweres und gesellschaftliches Problem. Daß die Frauen in dieser oder jener Organisation politisch arbeiten, hängt vorrangig von ihrem Willen ab. Weil die Frauen körperlich schwächer sind, müßte man dagegen auftreten, daß sie schwere Arbeiten verrichten. Die Frau macht neben ihrer schweren oder auch leichteren Arbeit noch Hausarbeit und Kindererziehung. Somit kommt die Frau in eine sehr schwere Lage. Die Forderung nach Gleichberechtigung der Frau sollte aber nicht zu einem Verständnis von absoluter Gleichberechtigung und zu Unsinn führen. Zum Beispiel sollten die Frauen nicht sehr schwere Arbeiten, wie sie Männer verrichten, machen müssen. Auch heute gibt es wieder zum Teil Reste reaktionärer Traditionen, z.B. Kopfgeld (das die Eltern eines Mannes bei der Heirat an die Eltern der Frau bezahlen). Aber in der Periode des Sozialismus besaßen die Frauen und Männer volle Gleichberechtigung. Ab der Gorbatschow-Periode wurden die Frauen in großem Rahmen zur Kündigung und zur Kindererziehung gezwungen. Wir machen in der Frauenangelegenheit keine spezielle Arbeit. Wir machen eine Arbeit, die generell an die vom Kapitalismus unterdrückten Massen und deren allgemeinen Massenorganisationen gerichtet ist. 25% der Mitglieder des Moskauer Komitees, in dem ich arbeite, sind Frauen. Wenn sie es wollen, können noch mehr Frauen beitreten.

Interview mit Mitgliedern der "Zentrale der linken Information"

Frage: Könnt ihr uns Informationen über eure Gruppe und Tätigkeiten geben?

Antwort: Wir haben unsere linke Informationszentrale im November 1991 gegründet. Wir haben Beziehungen zu einer Reihe anderer Gruppen in mehreren Städten Rußlands, die in die gleiche Richtung wie unsere Gruppe arbeiten. Unsere Gruppe in Moskau hat keine offizielle Struktur. Bis in die nahe Vergangenheit hat es unter unseren Mitgliedern eine ständige Fluktuation gegeben, mehrere sind weggegangen, und statt ihnen haben sich neue Mitglieder an uns angeschlossen. Unsere Gruppe hat acht aktive Mitglieder, die ständig arbeiten und die aus unterschiedlichen Strömungen kommen. Unter unseren aktiven Mitgliedern gibt es nur eine Frau. Wir arbeiten auch unter den ArbeiterInnen, aber meistens finden unsere Arbeiten unter StudentInnen und Intellektuellen statt. Unsere Arbeit ist hauptsächlich gerichtet auf die Schaffung eines Informationsaustausches zwischen verschiedenen linken Gruppen.

Frage: Wie schätzt ihr die heutige Regierung ein?

Antwort: Den Charakter der heutigen Regierung schätzen wir als eine Struktur ein, die verräterisch, reaktionär und Knecht des fremden Kapitals ist.

Frage: In unserer vorherigen Unterhaltung habt ihr gesagt, daß das Ziel eurer Gruppe die Demokratie der ArbeiterInnen sei. Was versteht ihr unter Arbeiterdemokratie? Wie schätzt ihr die Verbindung von Arbeiterdemokratie und proletarischer Diktatur ein?

Antwort eines Mitglieds: Arbeiterdemokratie und proletarische Diktatur sind das gleiche.

Antwort eines anderen Mitglieds: Proletarische Diktatur ist keine Lösung. Die Lösung liegt in einer richtigen Analyse der Industriegesellschaft.

Antwort eines weiteren Mitglieds: Egal in welchem Typus es sei, das Ziel, einen Staat aufzubauen, ist falsch. Die Lösung ist eine Selbstverwaltung ohne Staat, die sich auf Kommunen stützt.

Antwort eines anderen Mitglieds: Ich unterstütze eine Arbeiterdemokratie, wo es ein Staatseigentum an der Industrie und Kollektive in der Landwirtschaft gibt.

Frage: Welche Feststellungen habt ihr in der Angelegenheit der Verbindung des heutigen offenen Kapitalismus und der Vergangenheit?

Antwort eines Mitglieds: Die Breschnew-Periode war eine Zeit, wo in Richtung revisionistischer Restauration wichtige Schritte gesetzt wurden. Die Stalin-Periode war einerseits eine Zeit, wo wichtige Fortschritte in der Industrie und am Land erreicht wurden, andererseits eine Periode, wo ein System aufgebaut wurde, das nicht demokratisch war. Das System war eine bürokratische Struktur. Auch in der Zeit Stalins wurden die Wurzeln für die heutige Periode geschlagen.

Antwort eines anderen Mitglieds: Die Errungenschaften der Stalin-Periode können nicht geleugnet werden. Aber in dieser Periode wurden Kollektivismus und kollektive Traditionen zerstört.

Antwort eines anderen Mitglieds: In der Periode Chruschtschows wurden an Stalin nicht nützliche, sondern nur der Propaganda dienende Kritiken vorgebracht.

Frage: Was ist eure Einschätzung in Angelegenheit der Frauenfrage und Frauenbewegung?

Antwort eines Mitglieds: Da die Frauen in der Periode des Sozialismus große Rechte errungen und die Gleichberechtigung erreicht haben, ist es nicht mehr nötig, eine besondere Arbeit in dieser Richtung zu machen. Der Frauenanteil an den aktiven Mitgliedern der linken Organisationen beträgt schätzungsweise an die 5%. Von diesen Organisationen und auch von unserer Organisation wird der 8. März, Tag der Frau, nicht mit irgendwelchen Aktionen gefeiert.

Antwort eines anderen Mitglieds: Die Frauenfrage ist ein künstliches Problem, auf das ein paar Feministinnen versuchen zu bestehen. Diese machen das, was der Bourgeoisie in den Kram paßt. Für uns ist wichtig nicht, daß es eine Frau, sondern eine Werktätige ist

Antwort der Frau, die Mitglied ist: Bis heute habe ich mich nicht speziell um die Frauenfrage gekümmert. Generell gesehen, ist die Lage der Frauen in Rußland im Vergleich zu den westlichen Frauen sehr schwer. Es gibt eine Gleichberechtigung in dem Sinn, daß die Frau mit dem Mann gleichermaßen ein Arbeitsrecht hat, aber die Frau ist ein Familienmitglied, das außerhalb ihrer Arbeit gezwungenermaßen die Pflege von Haus und Kindern auf sich nehmen muß. Die Tradition früherer Zeiten geht in einer starken Art und Weise weiter. Die Schwierigkeit der Frauen hat sich noch um eine Stufe verschlimmert, weil die Küchen- und Haushaltsgeräte keine elektronischen sind. Obwohl im Westen die Küchen in großem Maß elektronisch sind, wurde das in Rußland bis heute immer noch nicht verwirklicht. Wenn die Frauen hier die Regel bekommen, können sie nicht einmal die Watte, die sie brauchen, finden. Auch vor der jetzigen Periode haben sich Frauen bei uns verkauft. Die Prostitution hat aber jetzt in einem erschreckenden Maß zugenommen und es gibt eine Reihe von Prostitutionskategorien. Zum Beispiel von denjenigen Prostituierten, die in Luxushotels arbeiten, haben die meisten eine Hochschule absolviert, in Nebenstraßen verkaufen sich Prostituierte für eine Flasche Wodka oder Wein, und es gibt auch Kinderprostitution, die sich schnell ausdehnt. Früher gab es "sowjetische Frauenkomitees", die dem Staat verbunden waren. Diese sind auseinandergegangen. Und jetzt gibt es überhaupt keine Frauenorganisation.

Die beiden folgenden Interviews machten ÖsterreicherInnen während eines Palästina-Aufenthaltes im Sommer 1992

Interview mit Studentinnen in Ber Zeit

Frage: Wie sind die Studienbedingungen unter der israelischen Besatzung?

Antwort: Seit zwei Monaten läuft der Uni-Betrieb wieder, doch immer noch inoffiziell. Die Besatzer sehen in den Universitäten "terroristische Zellen". Seit Beginn der Intifada 1987 ist der Universitätsbetrieb von der Besatzung geschlossen. In den ersten 2 Jahren waren wir nicht an der Universität. Später haben unsere Professoren Vorlesungen im Untergrund in Ramallah und Jerusalem geführt.

In dieser Zeit gab es für uns viele Probleme. Eine Vorlesung gab es in Ramallah, die nächste in Jerusalem. Zu der Zeit mußten wir keine Studiengebühren zahlen. Vor kurzem gab es eine Promotion für viele Studierende. Israel lehnt jedoch die Anerkennung ab, da die Universitäten in dieser Zeit geschlossen waren. Davon waren nur hier in Ber Zeit 750 Studierende betroffen. Das selbe geschah auch an den anderen palästinensischen Universitäten. Zur Zeit sind die Universitäten wieder geöffnet, doch gibt es durch Straßensperren der israelischen Militärs immer wieder Behinderung und Aussperrungen.

Als der Unterricht im Untergrung stattfand, wurde dieser häufig in den Privatwohnungen der Universitätslehrer betrieben, die dadurch mit militärischen Repressionen konfrontiert waren. Wir hatten Angst, unsere Bücher unter dem Arm zu tragen. Wurden wir von den Militärs aufgegriffen, wurden wir festgenommen. Öfters passierte es, daß Wohnungen von Professoren gestürmt wurden und der Professor und die Studierenden festgenommen und verurteilt wurden, weil sie "illegal" studierten. In der "Jerusalen Post" gab es einen Artikel, wonach der Unterricht im Untergrund als Tarnung für terroristische Zellen beschrieben wurde.

Um ein Beispiel zu bringen. Wir stehen vor dem Tor der Uni, und das Militär verlangt unsere Personalausweise. Wird jemand verdächtigt und abgeführt, gibt es Solitaritätskundgebungen und Streiks, was natürlich den Studienfortgang behindert. Wir und unser Volk leben unter ständigen Repressionen, die israelische Armee verfolgt uns überall, nicht einmal das feiern von Festen, wie die Feiern zu Ehren von Gassan Ghanafani, können zustande kommen. Nicht einmal unsere minimalsten Rechte werden uns zugestanden.

Die Studierenden aus dem Gaza-Streifen haben es sehr schwer, weil sie eine Ausreisegenehmigung vorweisen müssen, die nur schwer zu erlangen ist. Diese müssen mit den Arbeitern aus Gaza zeitig in der Früh wegfahren. Wenn sie von Soldaten aufgegriffen werden, werden sie für einige Wochen festgenommen und müssen 350 Shekel an Strafe zahlen. Der israelische Geheimdiest stürmte einmal die Universität, schrieb anti-palästinensische Parolen und zerstörte einiges auf dem Gelände. Dies ist unser Alltag.

Die Wasserleitung zu dem angeschlossenen Dorf wird absperrt, obwohl die angrenzenden israelischen Siedlungen genug Wasser haben, dieses sogar verschwenden, während wir sogar an der Uni unsere Zähne putzen müssen. Außerdem ist Ber Zeit ein Agrardorf.

Die Universität Ber Zeit hat die israelische Presse nie interesiert, doch seitdem bekannt ist, daß verschiedene Uni-Lehrer an den Friedensverhandlungen teilnehmen, kommt die israelische Presse hierher, um Intervies zu machen. Einmal wurden die Studierenden interviewt. Am nächsten Tag, als ich den Artikel las, war alles verfälscht wiedergegeben. Dies ist ein Teil der israelischen Propaganda für die israelische Öffentlichkeit.

Frage: Du bist aus dem Gaza-Streifen. Mit welchen Problemen bist Du konfrontiert?

Frage: Ich bin am Ende meines Studiums, ich muß noch meine Abschlußprüfung absolvieren. Ich bin für einen Tag zu meinen Eltern in den Gaza-Streifen gefahren. In dieser Zeit gab es Sperre über den Gaza-Streifen, wodurch ich an der Rückreise gehindert wurde. Ich habe versucht mit Pilgerreisenden aus Gaza wegzukommen. Aber sie haben uns zurückgeschickt. Ich bin aus Jaffa und habe meine Familie dort angerufen, damit sie mich abholen. Als ich versuchte mit ihnen auszureisen, haben sie mich wieder zurückgeschickt. Sie haben mich bedroht, falls ich nicht zurückfahre, werden sie mich erschießen. Das hat ca. 33 Tage gedauert. Dann habe ich es riskiert und mich in einem Traktor unter dem Gemüse versteckt, um aus Gaza rauszukommen. Ich wußte nicht, was mit mir passieren würde, wenn sie mich entdeckten. Viele KollegInnen aus Gaza trauten sich zu den Feiertagen nicht zu ihren Familien zu fahren, weil sie Angst hatten, daß ihnen die Ausreise verweigert wird. Jene, die doch gefahren sind, konnten ihr Semster nicht beenden, weil ihnen die Ausreise verweigert wurde. Besonders die männlichen Jugendlichen litten mehr darunter als die Mädchen.

Frage: Was bezweckt die israelische Politik mit der Schließung der Universitäten?

Antwort: In erster Linie wollen sie die Analphabetisierung des palästinensischen Volkes. So können sie dann ihre Repression problemlos durchführen. Dann sehen sie die Universitäten als "Brutstätten" terroristischer Umtriebe. Die meisten, die deportiert wurden oder heute politisch tätig sind sind StudentInnen.

Frage: Was sind die Aufgaben der palästinensischen Frauenbewegung und was sind die Unterschiede zwischen ihr und der europäischen Frauenbewegung?

Antwort: Die palästinensische Frauenbewegung ist eine politische Bewegung, die nicht von der Politik der PalästinenserInnen gegen die Besetzung zu trennen ist. Wir haben 4 verschiedene Frauenorganisationen. Jede gehört zu einer politischen Organisation. Unterschiede in der politischen Ideologie gibt es zwischen uns, aber der Feind ist der selbe.

Am Anfang der Intifada haben die Frauenbewegungen Aktionen gesetzt, indem sie aufs Land gefahren sind. Es wurde versucht, die sozialen Probleme in den Griff zu kriegen. Die 4 Organisationen arbeiten unter einer Dachorganisation zusammen. Die palästinensische Frau ist auch auf die Straße gegangen und hat gegen die Besatzung gekämpft. Sie wurde verletzt, geschlagen. Wir unterstützen die Frauen auch bei ihren Problemen.

Antwort: Ich sehe hier einen Widerspruch zu meiner Kollegin. Es stimmt, daß gemeinsame Aktionen gemacht werden können für das allgemeine Interesse. Aber es gibt trotzdem politische Widersprüche. Und da können wir nicht sagen, daß fortschrittliche Organisationen unbedingt unter einem Dach mit anderen Organisationen zusammenarbeiten müssen. Z.B. was man heute die Friedensdelegation nennt, kann nicht mit einer Opposition zusammenarbeiten, die gegen die sogenannten Friedensverhandlungen ist. Das gilt auch für das soziale Leben, daß sie sich in diesen Punkten nicht treffen können.

Frage: Was sind die Probleme, die die palästinensische Frau hat?

Antwort: Die Intifada, die die Fortsetzung der Revolution ist. Auf der ganzen Welt, wo es Revolutionen gibt, hat die Frau eine wichtige Rolle. Am Anfang der Intifada war die Frau auf der Straße. Sie verteilte Flugblätter, hat die Gefangenen und die Familien der Märtyrer besucht. Sie hat den Jugendlichen geholfen, sich zu verstecken. Wenn einer im Gaza-Streifen oder auf der Westbank vorbeigegangen ist, hat er in vorderster Front die Frauen gesehen. Da eine Revolution im Gange ist, kann der Mann der Frau nicht sagen, daß sie zu Hause bleiben soll. Er muß sie auch unterstützen. Leider hat entweder die Frau persönlich unter Problemen gelitten, d.h. sie ist keine starke Persönlichkeit, die sich durchsetzen kann, oder die islamische Bewegung heute ist stärker geworden. Einige Frauen reihen sich dort ein und wirken negativ auf andere Frauen. Das hat auch mit der jetzigen Situation und den Friedensverhandlungen zu tun. Der Fehler ist, daß es von Anfang an keine klare Definition der Rolle der Frau in den Frauenbewegungen gab. Wir müssen auch sagen, daß die Kollaborateure die Situation der Frau erschweren.

Die Frauen selbst haben Fehler gemacht, indem sie manchmal Kopftücher getragen haben, und das aber nicht aus Überzeugung, sondern nur, um nicht in Konfrontation mit Hamas zu kommen. Die Frauenbewegung hätte das Bewußtsein der Frauen verstärken sollen, daß sie, wenn sie in solche Konfrontationen kommen, schnell reagieren können. Viele fortschrittliche Frauen haben den Fehler gemacht, Kopftücher zu tragen. Es war eine negative Reaktion darauf von anderen Frauen.

Frage: Was sind die Unterschiede zwischen der palästinensischen und der europäischen Frauenbewegung und wo treffen sie zusammen?

Antwort: Die arabische und die palästinensische Gesellschaft unterscheidet sich von der europäischen Gesellschaft. Der Fortschritt der europäischen Gesellschaft ist auf Kosten anderer Gesellschaften erfolgt. Die Probleme der palästinensischen Frauen sind anders als die der europäischen Frauen. Die palästinensische Frau leidet unter einer Besatzung. Darunter leidet die europäische Frau nicht. Sie leidet unter religiöser Verfolgung. Aber das gibt es auch in Europa. Vielleicht ist das in Europa nicht so deutlich. Aber wenn man sich damit auseinandersetzt, kann man das auch feststellen. Vor allem die Rolle der Kirche in Europa. Das erniedrigt die Frau als Mensch. Die sexuelle Unterdrückung der Frauen auf der ganzen Welt. Das gilt für alle Gesellschaften. Die palästinensische Frau sieht im Vordergrund ihre Rolle als Befreierin, da sie unter einer Besatzung lebt. Darunter hat auch die algerische, die vietnamesische, die kubanische Frau gelitten. Die Länder, die sich befreit haben, haben die soziale Frage der Frau behandelt und die Rechte der Frau gefestigt, wie z.B. in China. Die algerische Frau hat das nicht erreicht, was die chinesische oder kubanische Frau erreicht hat. Nach der Revolution ist sie zu ihrer früheren Rolle zurückgekehrt. Der Fehler lag darin, daß sie nicht nach ideologischen Grundlagen gehandelt hat, sondern es war für sie wichtig, daß Algerien befreit wurde. Das ist richtig. Aber das muß mit Ideologie verbunden sein, damit sie zu ihrer Befreiung gelangt. Die algerische Frau hat Waffen getragen, gekämpft. Für sie war das Kopftuch nicht die Frage. Die palästinensische Frau ist wie alle Frauen, die ihre Länder befreien wollen. Sie sind während der Revolution auf die Straße gegangen. Die europäische Frau sieht den Mann als Feind, weil das Patriarchat herrscht. Sie fordert die Abschaffung des Patriarchats. Für die palästinensische Frau ist der Mann nicht das Feindbild sondern die Besatzung. Sie kämpft mit ihm zusammen dagegen.

Es gibt Fragen, die in der palästinensischen Frauenbewegung aufgeworfen wurden. Das sind: sexuelle Unterdrückung, die Frau, die am Land lebt und nicht in die Stadt kommen kann. Die werden behandelt und brauchen Zeit zur Bewältigung. Daher sehe ich einen großen Unterschied zwischen der Frauenbewegung in Europa und der Befreiungsbewegung der Frauen.

Vor kurzem gab es eine Frauenkonferenz in den USA. Es haben sich viele Frauenbewegungen aus der ganzen Welt daran beteiligt. Viele Frauen aus den unterdrückten Ländern haben gesagt, daß sie Hoffung setzen in die palästinensische Frauenbewegung, weil sie einen Befreiungskampf führt und gleichzeitig mit dem Kampf um die Rechte der Frauen verbindet. Viele Frauen aus Europa, die zu uns kommen um uns zu unterstützen, sehen die Lage der Frau hier und meinen, es sei bei ihnen nicht viel schlimmer. Meiner Meinung nach haben die Frauen in Europa viel Zeit, um sich mit Themen zu beschäftigen, die für uns nicht relevant sind. Es gibt bestimmte Frauenbewegungen in Europa, die sich sinnlos radikalisieren gegen die Männer. Es gibt eine europäische Kollegin, die 50% Frauenanteil im Parlament gefordert hat. Ich habe sie gefragt, warum nur 50% warum nicht 60%. Ihre Antwort war, daß die Frauen die Hälfte der Gesellschaft ausmachen. Es hängt für mich nicht davon ab, wer im Parlament vertreten ist, sondern welche Gedanken vertreten werden. Frauen können auch eine sehr reaktionäre Rolle spielen.

Frage: Findet die Frau in ihrer Arbeit Anerkennung bei den Männern?

Antwort: Natürlich. Es gibt bei den Frauen selbst Probleme, weil sie nicht die Türe aufmachen und ihre Stimme erheben. Die Frau erhält keine Unterstützung bei den Männern in ihrer Arbeit. Sie lassen sie entscheiden. Die politische Anerkennung ist eine Tatsache. Z.B. wenn die Frau einen Stein gegen die Besatzer wirft oder einen Jugendlichen schützt, wird das von den Männern anerkannt. Die Frauen müssen die Barrikaden der Männer überwinden und sie zwingen und überzeugen, daß die Frau auch ein wichtiger Faktor in der Gesellschaft ist.

Im Westen gibt es viele Frauen, die FKK gehen und glauben, daß sie unabhängig und frei sind. Aber sie sind es nicht. Bei uns gibt es das nicht. Ich persönlich lehne das ab. Oder die Werbung mit nackten Frauen, die die Frauen als billige Objekte zeigen.

Interview mit Frauen im Golan

Frage: Was sind die Aufgaben der Frauenbewegung im Golan?

Antwort: Die Frauenbewegung hat sich im Golan 1985 organisiert. Die Frauen, die diese Bewegung organisiert haben, waren im gesellschaftlichen Bereich sehr aktiv. Die Zielsetzung lag in einer zielgerichteteren Organisierung der Frauenarbeit. Seit der Besetzung des Golans waren die Frauen aktiv gegen die israelischen Besatzer. Natürlich wollen wir in der Organisation die gleiche Stufe erreichen wie die Männer, in Bezug auf die gesellschaftliche Gleichstellung von Mann und Frau. Ohne die Aktivitäten der Frauen in einer Gesellschaft kann sich diese nicht zivilisieren. Wir haben hier mehrere Aufgaben. Wir haben einen Kindergarten eröffnet, Veranstaltungen für die Frauen organisiert in bezug auf ihre Rolle in der Gesellschaft, wir machen Näh- und Stickkurse. Als wir zu arbeiten begonnen haben, stellte sich eine Veränderung im Bewußtsein der Frauen ein. Später nahm unsere Arbeit aus zwei Gründen ab: 1. Wir erhielten keine finanzielle Unterstützung und waren von den Mitgliedsbeiträgen abhängig. 2. Die israelische Besatzung hat jede unserer Aktivitäten sabotiert. Die israelische Besatzung weiß, daß, wenn die Frauen sich ihrer Situation bewußt werden, es schwerer wird, ihre Besatzungspolitik durchzusetzen. Die Frauen sind Erzieherinnen einer Generation, verantwortlich für die Persönlichkeitsentwicklung der Kinder. Ich kenne Jugendliche, die die Besatzung ablehnen. Aber das allein genügt nicht. Es muß verbunden sein mit Wissen. Wir haben diese Lücke gefüllt, indem wir für die Frauen, die die Möglichkeit nicht hatten, weiter auf die Schule oder die Universität zu gehen, Weiterbildungsmöglichkeiten geschaffen haben. Leider waren wir wenige und hatten nicht viel Kraft, unsere Arbeit weiter fortzusetzen.

Frage: Was sind die besonderen Schwierigkeiten für die Frauen unter der Besatzung?

Antwort: Nicht nur die Frau, sondern wir alle, Frauen wie Männer leiden unter der Besatzung. Aber für Frauen gibt es mehr Probleme. Hier auf dem Golan gibt es vier Dörfer, in denen die Frauenbewegung aktiv ist. Wir haben in den vier Dörfern für die Frauen keine Arbeitsplätze. Wie jedem politischen Menschen bekannt, ist die wirtschaftliche Unabhängigkeit Voraussetzung für die Unabhängigkeit der Frau. Denn dann kann sie sich frei bewegen und ihre Ziele erreichen. Die Frau hier hat keine Möglichkeit sich zu erholen. Es gibt in den vier Dörfern auf dem Golan keine Kindergärten. Daher hat die Frau mehr Arbeit, da sie auf ihre Kinder aufpassen und diese erziehen muß. Sie muß auf die Interessen der Kinder achten. Wir haben keine Spitäler. Die schwangere Frau muß immer weit für die Untersuchungen fahren, was sehr anstrengend ist. Es ist sogar öfter vorgekommen, daß Frauen auf dem Weg zum Spital im Auto ihre Kinder geboren haben. Das alles schafft für die Frau ein unruhiges Leben und überlastet sie seelisch. Auf der Bildungsebene wollen z.B. unsere Mädchen weiter studieren, an die Universität gehen, was in Israel aber sehr schwer möglich ist. Daher wird ihre Weiterbildung behindert. Die jungen Männer wollen Sportclubs aufmachen oder Vereine gründen, wo die Mädchen auch hingehen können. Aber das wird von der Besatzung verboten. Die Mädchen können sich nicht weit vom Dorf entfernen. Daher sind sie gezwungen im Dorf zu bleiben und haben keine Ausgehmöglichkeit. Dies zur sozialen Lage.

Die politische Situation ist noch schlimmer. Die Frauen werden festgenommen und in israelische Gefängnisse gesperrt. Außerdem werden auch ihre Kinder festgenommen. Sie dürfen ihre Kinder nicht besuchen. Die Kinder werden nach ihrer Entlassung weiter verfolgt, es wird ihnen die Berufsausübung verboten, sodaß sie ihre Mütter finanziell nicht unterstützen können. Daher haben die Frauen auf politischer Ebene den Kampf gegen die Besatzung an der Seite der Männer von Anfang an aufgenommen. Das ist der Rahmen, in dem sich der Widerstand der Frauen manifestiert. Das ist wie überall am Land, daß die Frauen beschränkte Mög-

lichkeiten haben. Die Frauen hier leiden sehr unter der israelischen Besatzung. Wenn z.B. ihr Mann in einem israelischen Gefängnis sitzt, leidet sie auf finanzieller, sozialer und auf der Gefühlsebene. Sie leidet auch unter der Verfolgung der israelischen Behörden, wenn sie ihren Mann besuchen will. Sie darf das Dorf nicht verlassen. Wir haben mehrere Märtyrerinnen, die auf Demonstrationen ermordet wurden. Viele junge Mädchen wurden verhört und dabei geschlagen. Ich wurde auch bei Verhören geschlagen.

Frage: Warum gibt es hier keine Kindergärten?

Antwort: Wir haben mit einem Kindergarten begonnen. Sie haben von uns dafür Steuern verlangt und den Hauseigentümer bedroht, daß er den Kindergarten kündigen muß. Wir sind ziemlich viel verfolgt und behindert worden. Z.B. hat der Verein von Jugendlichen einen Kindergarten aufgemacht, in dem Frauen und Männer aktiv sind. Wir konnten den Betrieb des Kindergartens nicht weiter aufrechterhalten, weil wir uns die geforderten Steuern niemals leisten können. Auch wenn andere fortschrittliche Organisationen einen Kindergarten eröffnen wollten, wurde dies von den israelischen Behörden verhindert. In das Haus, in dem sich unser Verein befand, drang jemand ein und schrieb Parolen und frauenfeindliche Bemerkungen gegen die Frauenbewegung. Das waren Kollaborateure, die für die israelischen Besatzer arbeiteten.

Frage: Wo ist das Haus der Frauenbewegung?

Antwort: Der Sitz der Frauenbewegung befand sich in Mashtal Shams.

Die israelische Besatzungsmacht hat versucht, einen Kindergarten zu eröffnen und den Kindern die Geschichte aus israelischer Perspektive nahezubringen. Das wurde von allen boykottiert. Wir brauchen unbedingt Kindergärten hier, das ist sehr notwendig. Wir wissen, daß nicht alle Mütter sich der Probleme ihrer Kinder bewußt sind und daß sie daher weitere Bildung brauchen. Aber die israelische Besatzung verhinderte die Abhaltung solcher Kurse in den Kindergärten.

Frage: Wie war das am Anfang der Besatzung?

Antwort: Anfangs hat die israelische Besatzung versucht, eine neue Geschichte zu erfinden, indem sie behauptet haben, daß wir Drusen und keine Araber sind. Sie wollten uns von unserer syrischen Identität abspalten und haben unseren syrischen Lehrplan verboten und den israelischen vorgeschrieben. Das Ziel ist, daß eine Generation ihr nationales Bewußtsein verliert. Sie haben in ihren Lehrplan "Das drusische Erbe" als Fach eingeführt. Das ist eine Manipulation der Geschichte. Wir sind Araber. Wir haben die gleiche Geschichte, die gleiche Sprache, die gleiche Tradition. Es hat die Besatzung schockiert, daß die Schüler trotzdem ihre arabische Identität nicht verloren haben und weiterhin gegen die Besatzung Position beziehen. Sie waren sich sogar noch mehr als ihre Eltern bewußt, welche Gefahr die Besatzung darstellt. Wenn man sie fragt, was sie sind, dann sagen sie : "Ich bin Syrer. Ich bin Araber". Und sie haben keine Angst vor der israelischen Repression, wenn sie das sagen. Die Lehrer, die dieses Fach unterrichten, werden von den Schülern verachtet.

Trotzdem unsere Anzahl auf dem Golan gering ist, haben wir großen Widerstand gegen die Besatzung geleistet. Wir haben die israelische Staatsbürgerschaft abgelehnt, Streiks organisiert, in denen die Frauen eine große Rolle spielten. Sie nahmen an Demonstrationen teil, trafen ausländische Delegationen und informierten diese. Das hat die Israelis sehr gestört. Unsere Aktionen gegen die Besatzung waren spontan, aber wirksam und ehrlich. Die Frauen versuchen, die Kinder aus den Händen der Soldaten zu befreien. Sie besuchen die Familien inhaftierter Kinder und unterstützen sie finanziell und sozial.

Frage: Wie ist die Situation der Familien, die durch die Besatzung getrennt wurden?

Antwort: Wenn du die Frage sozial meinst, ist es sehr schlimm. Unsere Verbundenheit mit Syrien beruht nicht nur auf familiärer Basis. Wenn eine Familie hier nicht getrennt ist, spürt sie ebenfalls, daß sie unter einer Besatzungsmacht lebt und möchte wieder zu Syrien gehören und nicht unter der Besatzung bleiben. Wir sind auch sozial an unsere Familien gebunden. Es tut uns weh, daß wir so weit weg mit unseren Familien auf syrischer Seite reden müssen. Die Frau ist von ihrer Familie getrennt.

Es gibt Studenten, die in Syrien studieren wollen. Das wird ihnen verboten. Die Besatzung macht manchmal für bestimmte Studenten Ausnahmen. Aber die dürfen dann nicht das studieren, was sie wollen, sondern das, was ihnen die Besatzungsmacht vorschreibt. Die Studenten hier können nicht in Israel studieren, weil das sehr viel Geld kostet. Sie haben kein Recht auf einen Platz im Studentenheim und daher versuchen welche nach Syren zu fahren. Aber das wird zu 98% verboten. Eine Mutter, die von ihrem Sohn 1967 getrennt wurde, ist zum Tal der Tränen gegangen und wollte mit dem Sohn über Mikrophon reden. Sie erlitt einen Herzinfarkt und war auf der Stelle tot. Das mußt du dir vorstellen, wie die Mütter mit ihren Söhnen oder die Verwandten miteinander reden. Wenn man das sieht, wird man sehr traurig. Das verursacht eine große psychische Belastung für die Familien.

Frage: Hat sich im Tal der Tränen auch jemand gefreut?

Antwort: Das kann man nicht so sagen. Aber manchmal, wenn einer auf der jeweiligen Seite heiratet, kommt die Familie und gratuliert. Das passiert auch wenn jemand stirbt. Dann wird Beileid ausgedrückt. Du mußt dir vorstellen, wenn jemand stirbt, dann muß du sie benachrichtigen, daß der Vater, der Sohn, der Onkel gestorben ist, wie traurig das ist, daß man nicht an der Trauerfeier teilnehmen konnte. Bei uns nimmt die ganze Familie an der Trauerfeier teil. Dann ist es für die Betroffenen leichter ertragbar, daß sie jemanden verloren haben. Ich komme z.B. aus dem Libanon. Mein einziger Bruder ist dort gestorben. Aber ich konnte nicht an der Trauerfeier teilnehmen, weil ich nicht hinfahren konnte.

Frage: Was denkst du von den Friedensverhandlungen?

Antwort: Ich hoffe, daß Frieden herrscht auf der Welt und wünsche, daß wir alle unterdrückten Völker befreien können und daß jedes Volk in Frieden mit seinen Nachbarn lebt. Wir sind mit keinem einzigen Volk auf der Welt verfeindet, wir sind nicht gegen die Juden, aber wir bekämpfen die zionistische Bewegung, weil sie ausbeuterisch und unterdrückerisch ist. Sie hat uns unser Land und unsere Identität geraubt. Das gilt auch für jede andere Besatzung auf der Welt. Wir lehnen die Verfolgung eines jeden Volkes ab. Wir rufen auf zum Frieden, daß die Kinder in Freiheit aufwachsen können. Wir wünschen, daß jedes Kind auf der Welt seine Kindheit in Freude verbringt. Die Welt ist so groß. Es gibt Rohstoffe und Nahrungsmittel für alle. Wir fordern alle fortschrittlichen Kräfte auf der Welt auf, daß sie in diese Richtung arbeiten und sich auf der ganzen Welt vereinigen, um ein neues fortschrittliches System zu erreichen und ein Ende der Ausbeutung. Ich glaube, die Ausbeuter werden sich nicht mehr lang halten. Die Völker lehnen die Ausbeutung ab. Möglicherweise werden Völker für gewisse Zeit unter Besatzung kommen, aber kein Volk wird ewig ausgebeutet bleiben. Wie können die Israelis von Frieden reden, und über die Verfolgung der Juden durch die Nazis. Aber ihre Unterdrückung unterscheidet sich nicht von jener der Nazis. Die Zionisten sagen, sie wollen die Juden aus aller Welt hierherbringen. Aber sie lassen sie in Häusern vertriebener Menschen wohnen, die im Exil leben müssen. Es gibt noch immer Menschen, die ihren Haustorschlüssel aufbewahrt haben. Die, die in diese Häuser kommen, können nicht einmal arabisch oder hebräisch. Wo ist die Gerechtigkeit, wo ist der Frieden? Wir und die Palästinenser sind ein Volk. Wir unterstützen uns gegenseitig. Es gibt keinen Unterschied zwischen einem Palästinenser und einem Syrer. Die die Grenzen geschaffen haben, sind die Europäer, vor allem Großbritannien und Frankreich durch das Sykes-Picot-Abkommen. Wir sind eine Nation. Wenn ich ein palästinensisches Kind sehe, das gefoltert wird, solidarisiere ich mich nicht mit ihm, weil es Palästinenser ist, sondern weil es wie mein Kind ist. Der Imperialismus wird es nicht schaffen, diese Politik für alle Ewigkeit durchzuführen. Aber zur Zeit schafft er es wegen bestimmter politischer Situationen, Regime, diese Situation aufrechtzuerhalten. Wir haben mit den Palästinensern die gleiche Geschichte, Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft. Ihr Leiden ist unser Leiden, ihre Sicherheit ist unsere Sicherheit. Wir haben die Intifada durch unsere Möglichkeiten unterstützt. Es gab ein Komitee zur Unterstützung der Intifada. Wir haben z.B. Brot hingeschickt. Aber es ist

nicht so einfach. Jede Frau bäckt das Brot bei sich zu Hause, muß den Teig selber herstellen. Jede Frau von uns hier hat Brot gemacht und der Intifada geschickt. Obst, Kleider wurden auf Kosten unserer Kinder geschickt, damit der Kampf gegen die Besatzung weiter fortgesetzt werden konnte. Natürlich, als wir hier den Streik (1982) hatten, wurden wir von den Palästinensern unterstützt. Sie wurden festgenommen und hier wurden ebenfalls Leute wegen Unterstützung der Intifada festgenommen. Für die Bauern ist eine Steuer für Obst und Gemüse vorgeschrieben, weil sie wissen, daß sie die Intifada unterstützen. Die israelische Repression hat uns nicht geschwächt, wir haben im Gegenteil, die Intifada weiter unterstützt. Es ist nicht so, daß wir denken, das ist das Problem der Palästinenser und wir machen es uns bequem. Wir sind bereit, viel zu ertragen und die Intifada zu unterstützen. Unser Kampf ist ein Kampf für den Frieden und ein Teil des internationalen Kampfs.

Wir lehnen die Zusammenarbeit mit israelischen Betrieben ab. Wir lehnen ihre Gerichte ab. Es kam einmal zu einer Scheidung. Die Frau hat abgelehnt, auf ein israelisches Gericht zu gehen, wo sie ihr Recht 100% bekommen hätte können, denn dieses Gericht arbeitet nach israelischen Gesetzen. Wir haben Treffen mit Frauenbewegungen aus dem Gazastreifen und der Westbank. Wir sprechen über unsere Probleme und machen Veranstaltungen. Wir tauschen Informationen aus. Wir Frauen leiden unter denselben Problemen der Besatzungsmacht. Oft wurden Delegationen von israelischen Soldaten zurückgeschickt und so wurden solche Treffen verhindert. Natürlich liegt das in ihrem Interesse, daß es nicht zu solchen Treffen kommt. Das entspricht ihrer Politik "teile und herrsche". Wir sind uns der israelischen Politik bewußt und haben so unsere Methoden, daß es zu solchen Treffen für die Fortsetzung der Zusammenarbeit mit palästinensischen Frauen kommt. Jeder bewußte Mensch wird die israelische Politik verdammen und wird uns unterstützen und auf unserer Seite stehen.

Interim 232, 18.3.1993

Stoppt die Nazizeitungen!

Ein Schritt gegen die Hetze der Faschisten

"Deutschland in Gefahr", "Rechter Terror - eine Lüge?", "Antideutsche Lichterkette", ... So lauten die Schlagzeilen auf der Titelseite der "Nationalzeitung" vom 5.3.1993.

Weiter wird ausgeführt: "... insbesondere auch durch die sogenannten Lichterketten wird vor allem im Ausland der völlig falsche Verdacht erweckt, es gäbe in Deutschland Ausländerfeindlichkeit. ... In Wahrheit werden einige tausende irrenhausreife Kriminelle durch eine sich übersteigernde Medien-Hysterie zu Straftaten veranlaßt..." Im Innenteil wird dann jedem Leser kostenlos der meist von rechtsradikalen Schlägern getragene Aufnäher "Ich bin stolz - Deutscher zu sein" angeboten.

Der Deutsche Buchdienst, der die Zeitung vertreibt, wirbt weiterhin für Reichskriegsflaggen sowie diverse Videos (Die Waffen-SS, 3. SS-Panzerdivision Totenkopf, Die 12. SS-Panzerdivision Hitlerjugend, Der große dt. Spionagefilm von 1940, Riefenstahls Olympia 1936), Schallplatten und Bücher (Deutschenhaß. Die Wurzeln des Antigermanismus, Wie Deutschland in den 2. Weltkrieg getrieben wurde von Irving, Er war mein Chef. Hitlers Sekretärin 1933-45 berichtet).

Antifaschistische Aufklärung wird, selbst wenn sie von der SPD kommt, als "Hitleritis" und "Nazimania" abgetan.

Also, die Wahrheit ist laut Nationalzeitung und Deutscher Wochenzeitung: Es gibt keine Ausländerfeindlichkeit in Deutschland. Hitler war ein guter Junge mit schlechten Beratern, die Briten, die Polen und natürlich die SU haben den 2. Weltkrieg entfacht, um dem armen Deutschland noch mehr Land zu rauben und die Gaskammern in Auschwitz sind Attrappen; Schuld an Wohnungsnot, Umweltzerstörung, neuen Steuern und allen anderen Übeln sind die Ausländer und Asylanten, die Nicht-Deutschen, die Verschwörer und Verräter ...

Der Deutsche Standpunkt sattelt da noch einen drauf: "Manchmal wünschte man diesen Kreaturen schon, sie gerieten in eine Gruppe "geladener" Arbeiter, die es ihnen gehörig heimzahlen für den Gestank und Dreck, den dieses Pack ihnen überall aufhalst..." "Es können auch Skins zu unseren Versammlungen kommen."

Bei der Propagierung solcher "Wahrheiten" und derartiger Lösungsmöglichkeiten werden die Grenzen von Meinungsfreiheit und Toleranz weit überschritten. Gruppierungen, die den Massenmord der Nationalsozialisten verharmlosen, relativieren oder gar leugnen, die die Kriegsverbrechen abstreiten und den Haß auf Flüchtlinge, MigrantInnen und alle anderen, die nicht ins Bild der angepaßten, weißen Deutschen passen, weiter schüren, werden wir nicht tolerieren. Gruppierungen, die darauf hinarbeiten, eine neue diktatorische Gesellschaftsordnung zu errichten, haben in unseren Augen kein Recht und keinen Anspruch auf Toleranz und Meinungsfreiheit.

Um dies zu verdeutlichen und um den Verkauf dieser Machwerke zu behindern, haben wir in der Nacht vom 11. auf den 12.3.1993 die Türen von Zeitungskiosken unter anderem in den Bezirken Hohenschönhausen, Prenzlauerberg, Friedrichshain und Marzahn verklebt und kurze, aber klebrige Begründungen hinterlassen. Die Kioske werden hauptsächlich von den Firmen PSG und Wolff betrieben.

Unsere Aktion ist Teil einer Kampagne gegen Nazizeitungen. Im Rahmen dieser gehen unterschiedliche Menschen auf verschiedene Weisen gegen die Verbreitung dieser Zeitungen vor, Gespräche mit KioskbesitzerInnen und VerkäuferInnen wurden und werden geführt, Berge von Zeitungen an den Kiosken abtransportiert und auch Aktionen wie diese gemacht. Die Kampagne konnte schon diverse Erfolge verbuchen. Es wurde die Existenz dieser Zeitungen angeprangert und eine Diskussion über faschistische Propaganda und ihre Folgen angeregt. Einige KioskbesitzerInnen haben sich daraufhin solidarisiert und die Zeitungen aus dem Sortiment genommen, andere wurden durch permanentes Verschwinden der nicht ganz billigen Blätter dazu gezwungen, diese zumindest aus den Auslagen zu nehmen ...

Wir wollen ein Leben ohne HERRschaft und Unterdrückung und keine Gesellschaft, in der Gewalt, Überwachung und Repression alltäglich ist und die zur Bedrohung für andere Völker wird. Deshalb:

Kampf dem Faschismus an jedem Ort!

Berlin, März 1993

(taz: ... Der "Postdienst Service Gesellschaft" PSG waren gestern acht ihrer Verkaufsstellen bekannt, die Opfer eines Anschlags wurden. Geschäftsführer Hans Oskar Zieschang erklärte, in der Vergangenheit hätten PSG-Verkaufsstellen in den neuen Ländern Drohbriefe erhalten. Die Anschläge in Berlin seien die ersten dieser Art.)



Einheitskongreß der Antifaschistischen Aktion, Berlin, 10.7.1932

Plenum der MitarbeiterInnen der Jungen Panther, 10.4.1993

Junge Panther

Die Jungen Panther wurden 1987 gegründet, mit der Zielsetzung Alten und Behinderten ein menschenwürdiges Leben in ihrer gewohnten Umgebung zu ermöglichen.

Die Betreuung durch die gemeindeassoziierten Vereine erstreckte sich damals auf den Zeittraum von Montag bis Freitag von 7 bis 14h, egal wie lange wer in der Scheisse lag oder was er sonst noch für Bedürfnisse hatte.

Die Jungen Panther setzen dem die Möglichkeit einer Betreuung rund um die Uhr und eine gewisse Integrationsfunktion durch niederschwellige Aufnahmekriterien (Wochenend-Einschulungskurs, relativ freie Wahl der Einsatzzeiten usw.) für eine Tätigkeit entgegen, die damals eigentlich keiner machen wollte. Jetzt hat sich die Situation durch den Zustrom von qualifizierten Arbeitskräften aus den Krisenregionen der Welt drastisch verändert.

Die Jungen Panther arbeiteten anfangs ausschließlich auf Werkvertragsbasis, was eine freie Zeiteinteilung und flexible Betreuung gewährleistete, allerdings ohne jegliche soziale Absicherung und unter ständiger Angst vor dem Finanzamt.

Die Patienten hatten den Vorteil, daß sie die Betreuer und die Betreuungszeit aussuchen konnten. Die Betreuer hatten den Vorteil in freier Zeiteinteilung nach Lust und Laune arbeiten zu können, ohne sich optischen oder sonstigen Disziplinierungskriterien unterwerfen zu müssen.

Seit es immer mehr nach Gemeinde riecht, kam es langsam zu Auflösungstendenzen (Leute springen ab usw.). Auch leiden Betreuer wie (Gemeinde)patienten darunter, daß in den nach Gemeinderichtlinien bewilligten Stunden nur eine Grundversorgung möglich ist, kaum Zeit für Motivierung und Mobilisierung bleibt und man darüber hinaus mit den Leuten nichts bis wenig unternehmen kann (zum Beispiel hinaus ins Grüne oder spazieren gehen usw.), weil die Leute selber kein Geld haben. Gerade mehr Präsenz von Alten und Behinderten auf der Straße und im sozialen Leben würde die Toleranz der Bevölkerung fördern. Die Leute selbst wollen (siehe Tageszentren) ja auch nicht immer nur andere Alte und Behinderte treffen.

1989 wurde aus AMV-Mitteln ein 7-monatiger pantherinterner Ausbildungskurs ohne offiziellen Abschluß finanziert. Von den 18 Kursteilnehmern wurden mit Beginn 1990 10 auf Aktion 8000 (2/3 Förderung der Lohnkosten) angestellt, weiters wurde es dem Verein ermöglicht, 2 1/2 Schlüsselkräfte im Büro (100% Förderung) zu beschäftigen. Der Großteil der Arbeit wurde nach wie vor von Leuten, die auf Werkvertrag arbeiteten, gemacht. Weiters wurde dem Verein Ende 1990 eine Subvention in der Höhe von 2,3 Millionen von Seiten der Gemeinde Wien gewährt. Durch diese Mittel und die AMV-Gelder war es bis Juli 92 möglich, den Unkostenbeitrag von 95 Schilling beizubehalten.

Durch die gänzliche Streichung der AMV-Mittel und die Nichtausbezahlung von 1,1 Millionen Subventionsgeldern konnten, mit Ausnahme von 2 Leuten im Büro, ab Juli 1992 keine Angestellten mehr beschäftigt werden.

Wer als BetreuerIn angestellt werden wollte, mußte von nun an den Unternehmeranteil an den Lohnnebenkosten durch Mehrstunden abrackern - ohne Vergütung der Fahrzeiten.

1990 Zitat Leitner, damals Mitarbeiter der MA 12, heute Magistratsdirektor der MA 47: "Daß es glei wißts, von uns kriegts nix!"

Die zugesagten Subventionsgelder blieben bis heute aus.

Deshalb kam es im August 1992 zu einer 22-prozentigen Unkostenbeitragserhöhung auf ÖS 120.- pro Stunde, was besonders die sozial Schwächeren traf. Einigen Patienten gelang es nach zähem Ringen, eine Teilrefundierung durch die Gemeinde durchzusetzen. Sie mußten die Pantherrechnung einzahlen und dann bei der Gemeinde einreichen und dann warten ...

Dann kam der 15. September 1992, an dem es zu einer mündlichen Absprache zwischen dem Geschäftsführer der Jungen Panther, Fritz Schedle und der MA 47 kam - ohne Ermächtigung durch den Vorstand oder gar der Generalversammlung. Es gab weder eine schriftliche Vereinbarung noch wurde die Höhe der Betreuungssätze für Gemeindepatienten den Sätzen der anderen Vereine angeglichen. Trotz des erhöhten Aufwandes im Büro und für die Betreuer, blieb der Stundensatz von ÖS 120.- auch für die Gemeindeverrechnung aufrecht. Im Unterschied zu den 189.- der anderen Vereine.

Resultat war die verschärfte Kontrolle der Betreuer und der Patienten, denen sogar vorgeschrieben wurde, wann sie aufzustehen haben, selbst wenn von unserem Dienstplan her ihre Wunschzeit möglich oder sogar günstiger gewesen wäre. Betreuer und Patienten wurden so lange durch Kontrollen von Seiten der Sozialen Stützpunkte der Gemeinde sekkiert, bis sie dieser Reglementierung zustimmten. Ebenso schreiben verschiedene Stützpunkte vor, an welchen Tagen eingekauft oder gebadet werden darf.

Im Büro wurde der Verwaltungsaufwand buchstäblich verdoppelt, weil man dem Sozialen Stützpunkt jede Änderung in der Betreuungszeit durchgeben muß, Spitalsaufenthalte oder Unterbrechungen mit Begründung verlautbaren muß, und die BetreuerInnen dazu anhalten muß, diese durchzugeben, damit die Abrechnung anerkannt wird und die Kohle überhaupt kommt.

Ebenso wurde die Abrechnung verkompliziert, weil jeder nach seiner Sozialpaßeinstufung abgerechnet werden muß und es die unterschiedlichsten Verrechnungskriterien gibt. Der Clou dabei ist, daß das Geld für die geleistete Arbeit bei den Gemeindepatienten Monate ausständig blieb und erst jetzt so langsam und regelmäßig verspätet eintröpfelt.

Gleichzeitig wurde auf die ArbeiterInnen der anderen, traditionell gemeindeassoziierten Vereine Druck ausgeübt, Wochenend- und Abenddienste turnusweise zu übernehmen oder die gesamten Dienste bei den Patienten würden an die Jungen Panther abgegeben. Das trug zur Verunsicherung der ArbeiterInnen der anderen Vereine bei, die aus Angst vor der Konkurrenz und um ihren Job überhaupt, diesem Druck eher nachgaben, anstatt gegen die Verschlechterung ihrer Arbeitsbedingungen anzugehen.

Weiters forderte die Caritas Socialis, der einzige Verein der zu diesem Zeitpunkt überhaupt noch Werkvertragsleute beschäftigt hatte, ihre Werkvertragsleute auf, ihre aktuellen Patienten privat weiterzubetreuen und zu verschwinden - oft noch mit einem Brieflein und einem Erlagschein über horrende Steuernachzahlungen. Damit landeten auch Heerscharen von vor allem ausländischen MitarbeiterInnen auf der Straße, genau zu dem Zeitpunkt, als das neue Fremdengesetz eine Beschäftigungsbewilligung auch bei geringfügiger Beschäftigung forderte.

Diese Leute versuchten dann ihr Glück bei den Jungen Panthern.

Jetzt fordert das Landesarbeitsamt eine Liste von allen Kandidaten für eine Beschäftigungsbewilligung mit Namen, Herkunftsland und Dauer des Aufenthaltes in Österreich, um die Fälle prüfen zu können ... Klartext: Es wird eine Auflistung von Leuten geben, die ein Vielfaches an Leuten erfaßt als jemals eine Beschäftigungsbewilligung erlangen können. Da das Landesarbeitsamt weder Willens noch fähig ist, allen eine Beschäftigungsbewilligung zu erteilen, wird wohl nach der gesetzlich vorgeschriebenen Rückfrage bei der Fremdenpolizei gründlich ausgesiebt werden, wer ein Rückfahrticket und wer die ersehnte Beschäftigungsbewilligung erhält.

Es obliegt der Willkür des Geschäftsführers, ob er eine solche Liste erstellt bzw. bei wem er gegen die Ablehnung einer Beschäftigungsbewilligung beruft - ein Druckmittel, das ihm das Wohlverhalten seiner Sklavenkandidaten garantiert. Da für eine Unterstützung durch die AMV die Einstellung hauptsächlich von Langzeitarbeitslosen notwendig ist, ist die Chance für die ausländischen Kollegen relativ gering und enthält eine verschärft rassistische Dimension - österreichische Langzeitarbeitslose contra ausländische KollegInnen.

Seit kurzem gibt es wieder Gespräche zwischen den Jungen Panthern und dem Landesarbeitsamt über eine Förderung im Rahmen der Aktion 8000, das folgende Bedingungen stellt:

Das LAA ist nur bereit, Arbeitsplätze zu fördern, deren Weiterbestehen nach Ablauf der Förderung im Rahmen der Aktion 8000 gesichert ist, als Schaffung neuer mittel- bis längerfristiger Arbeitsplätze für Vollbeschäftigte. Gegen die derzeitige "Fluktuation" (die hauptsächlich der schlechten Zahlungsmoral der Gemeinde und der Unfähigkeit der Geschäftsführung,

bei den Banken größere kurzfristige Überziehungsrahmen herauszuschlagen, zu verdanken ist) und gegen die selbstbestimmte Zeiteinteilung und Wahl der Arbeitszeit.

Die ÖSB (1) soll prüfen, wie eine finanzielle Basis für feste, längerfristige Dienstverhältnisse geschaffen werden kann, also ein "zweites finanzielles Standbein" neben der Förderung durch das LAA - sprich: die Gemeinde Wien.

Im Laufe der letzten Monate konstituierte sich ein Plenum der Panther-Mitarbeiter, zuerst einmal um die Frage der chronischen Auszahlungsverzögerungen und die Frage der befürchteten Steuernachzahlungen im Anschluß an eine Steuerprüfung im Sommer. Immer häufiger trudelten den länger tätigen Mitarbeitern Aufforderungen zur Erklärung der Einkommenssteuer ins Haus. Ein harter Schlag für die Leute, die erkennen mußten, daß sie oft jahrelang nur scheinbar relativ viel Geld auf die Hand gekriegt hatten, und sie jetzt, wo die Auszahlungen immer länger auf sich warten lassen, auch noch Steuernachzahlungen zu befürchten haben.

Immer öfter führten die Honorarrückstände zu privaten Problemen, Verlust von Wohnungen, Klagen wegen Zahlungsrückständen auf allen Ebenen, Unmöglichkeit der Finanzierung der existentiellen Grundbedürfnisse. Daraus entstand ein Teufelskreis, der viele Leute daran hinderte, überhaupt weiter dieser Arbeit nachzugehen, da sie nicht in der Lage waren, die Kosten für ein Auto, das bei bestimmten Dienstplänen nötig ist, oder sogar die Monatskarte zu finanzieren. So entstand die absurde Situation, daß Leute sich einen zweiten Job checken mußten, um sich die Arbeit bei den Jungen Panthern leisten zu können. Ganz zu schweigen von der privaten Verschuldung, Verzugs- und Überzugszinsen, Exekutionen usw.

Obwohl sie so viel arbeiteten, wurden die Jungen Panther zu Schnorrern in ihrem Freundes- oder Familienkreis degradiert.

Hauptkritikpunkt war immer wieder die Gemeindeassoziierung überhaupt und die Zustimmung des Geschäftsführers zu den Dumpingbedingungen, die er sich aufschwatzen hatte lassen. Ohne Vereinbarungen über die Auszahlungsmodalitäten, versteht sich.

Es gibt weder schriftliche Vereinbarungen mit den Banken - ausser einem Zessionsvertrag zu Lasten der Panther - noch mit der Gemeinde.

Vom Plenum kamen zahlreiche Anregungen, wie man die finanzielle Misere lindern könnte, diese wurden von der Geschäftsführung aber immer wieder ignoriert, hinausgezögert und vereitelt.

Da man pausenlos mit Resultaten und Entscheidungen konfrontiert war, und da alle rechtlichen und finanziellen Angelegenheiten des Vereins von der Geschäftsführung geheim gehalten wurden, forderte das Plenum die Zulassung von Plenumsvertretern bei Vorstandssitzungen und Verhandlungen mit öffentlichen Stellen. Das war auch die einzige kosmetische Demokratisierung, die von der Geschäftsführung zugestanden wurde.

Die Fragen der Ausbildung nach den Anregungen des Plenums, der Mitbestimmung, des Einblicks in die finanziellen Angelegenheiten, des Mitspracherechts bei allen, die Zukunft des Vereins betreffenden Entscheidungen, der rechtlichen und sozialen Absicherung der Werkvertragsleute, des Schicksals der ausländischen MitarbeiterInnen blieben auf der Strecke und wurden durch Repression beantwortet. Zuerst fiel die Diensteinteilungscrew der Anpassung an die Wünsche von Gemeinde, Landesarbeitsamt und Co. zum Opfer, dann gleich das ganze Plenum.

Daß die Gründung eines Betriebsrates durch die Kündigung und Aussperrung einer der Unterzeichnerinnen des Aufrufs torpediert werden sollte, versteht sich von selbst ... Daß die Adressen der Angestellten den Aufruferinnen nicht übermittelt wurden und das Plakat mit der Ankündigung der Betriebsversammlung zeitweilig verschwunden war, braucht man wohl nicht zu erwähnen.

Mit der spektakulären Kündigung und Entlassung ist es der Geschäftsführung gelungen, die Aufmerksamkeit vom wahren Feind abzulenken, was sich auch in einem Fax niederschlug, das an alle Sozialen Stützpunkte ging. Gemeinde, Fremdenpolizei und Landesarbeitsamt blieben darin unerwähnt. Es lautet:

Die ArbeitnehmerInnen des Vereines Seniorenhilfe Junge Panther geben bekannt:

Aus folgenden Gründen ist es uns seit 29.3.1993 nicht mehr möglich, unserer Arbeit nachzugehen:
Honorarrückstände bis zu 3 Monaten;
keinerlei soziale Absicherung bei den Werkvertragsbediensteten;
die Angestellten müssen den Unternehmeranteil an den Lohnnebenkosten selber zahlen;
Arbeitszeiten bis zu 80 Stunden wöchentlich;
die Fahrzeiten werden nicht refundiert;
keinerlei Pflege- und Schmutzzulagen ;
unübersichtliche Auszahlungsmodalitäten;
keine Abgeltung der Ausbildung;
unzulängliche Ausbildung trotz zahlreicher Anregungen seitens der BetreuerInnen;
Kündigung, Aussperrung und dilettantische Ersetzung der Diensteinteilungscrew trotz Aussetzung der Kündigungen durch den Obmann.

Wir fordern:
Absetzung der Geschäftsführung;
volles, statuarisch verankertes Mitspracherecht der BetreuerInnen;
Umstrukturierung des Vorstandes - "Familienvorstand";
sofortige Auszahlung der ausständigen Honorare;
keine weitere Verhinderung der Vorbereitung der Errichtung eines Betriebsrates;
Sofortige Wiedereinsetzung der eingespielten Diensteinteilungscrew.

Wir haben monatelang versucht, eine gütliche Einigung herbeizuführen. Da jedoch von Seiten der Geschäftsführung unsere Forderungen "nicht einmal ignoriert" wurden, ja sogar die Diensteinteilungscrew ausgesperrt wurde, sehen wir uns nicht in der Lage unsere Arbeit weiterzuführen.

Weiters wollen wir, entgegen anderslautenden Beteuerungen, darauf hinweisen, daß der Verein keineswegs in der Lage ist, seine Kunden ordnungsgemäß zu versorgen.

Die BetreuerInnen des Vereins Seniorenhilfe Junge Panther.

(1) Die ÖSB (Österreichische Studienberatungsgesellschaft?) wurde vor acht Jahren gegründet und zum großen Teil vom Sozialministerium bezahlt, ursprünglich zur Unterstützung für in Selbstverwaltung übergeführte Betriebe - meistens Grenzlandbetriebe -, die mit der Belegschaft weitergeführt wurden. Die Weiterführung dieser Betriebe hätte vom Sozialministerium weiter gefördert werden sollen. Da es keine selbstverwalteten Betriebe mehr gibt, sollten sozialökonomische Beschäftigungsprojekte beraten werden. Das passiert zwar am Rande immer noch, die ÖSB entfernte sich aber immer mehr von der Beratung für konkrete Projekte und wandelte sich zu einer ganz normalen Betriebsberatungsfirma.

Jetzt werden hauptsächlich Regierungen und halbregierungsmäßige Institutionen oder große Verwaltungseinrichtungen beraten im Hinblick auf die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit (im Rahmen der OECD, in Polen und Ungarn, in Österreich im Rahmen der Landesregierungen).

In den letzten Jahren ist die ÖSB stark gewachsen. Sie erhält nicht nur Geld vom Sozialministerium, sondern finanziert sich durch Markterlöse und Aufträge aus dem Ausland.

Ein zweiter Bereich der ÖSB ist die Ausbildung von Leuten, die im Sozialbereich beschäftigt sind. Sie organisiert Seminare für Projektleiter und für die Führungsebene von solchen Projekten national und international und unterhält z.B. ein Büro für Arbeitsstiftung in Graz.

Die ÖSB kann sich Einblick in alle Bereiche eines Betriebes verschaffen. Die ökonomische Analyse ist Voraussetzung für die Erteilung von AMV-Mitteln und auch für die Erlangung von öffentlichen Geldmitteln. Bei den Panthern eben auch für die Berechnung des erhöhten Aufwandes für Gemeindepatienten, also keiner Subvention, sondern das Entgeld für geleistete Arbeit ...

Alles nach den Kriterien der Effizienz. Was eben im Sozialbereich besonders bedenklich ist.

Die Strukturanalyse beinhaltet Vergleiche zu anderen Einrichtungen, beurteilt die Auslastung, den Arbeitsplan, die Verteilung der Kompetenzen, wie die Verantwortlichkeiten geklärt sind usw.

Unnötig zu betonen, daß die Ergebnisse der Analysen den potentiellen Geldgebern zur Verfügung gestellt werden - in unserem Fall der Gemeinde und dem LAA, in jedem Fall aber dem Sozialministerium.

Verein zur Unterstützung iranischer Flüchtlinge, Wien, Fax 403 2737

Protest gegen die geplante Hinrichtung zweier politischer Gefangener im Iran

Aufruf an die Öffentlichkeit

Wien, am 7.4.1993 - Herr MUSTAFA GHADERI, geb. 1965 (Akt Nr. 47-3/71) und Herr SALIMNIA SALIM, geb. 1963, sind derzeit in Täbris, der Haupstadt von Aserbaidschan, Iran, inhaftiert. Beide wurden vom Obersten Gerichtshof wegen oppositioneller politischer Aktivitäten gegen das islamische Regime des Iran gemäß Artikel 183, 185 und 186 des islamischen Gesetzbuches zum Tode verurteilt.

Im August 1991 hatten die beiden versucht, nach Europa zu fliehen, waren jedoch beim Grenzübertritt in die Türkei von iranischen Soldaten angeschossen, verwundet und verhaftet worden. Man sperrte sie zuerst im Gefängnis von Orumiye in Aserbaidschan, Iran ein und verlegte sie einen Monat später nach Täbris. Derzeit warten sie auf ihre Hinrichtung.

Wir rufen die Öffentlichkeit auf, gegen die geplanten Hinrichtungen der beiden politischen Gefangenen zu protestieren und ihre Solidarität mit dem unterdrückten Volk der Kurden zum Ausdruck zu bringen.

Nein zu den Hinrichtungen von Mustafa Ghaderi und Salimnia Salim

Freiheit für Mustafa Ghaderi und Salimnia Salim

Freiheit für alle politischen Gefangenen der Welt

Freiheit für alle unterdrückten Völker der Welt

Am 11.7.1921 siegt in der Mongolei unter Führung der mongolischen Volkspartei die antifeudale, antiimperialistische Volksrevolution. Plakat: Scharba, 1922.





Initiative für eine revolutionäre 1. Mai-Demo

Fragebogen zum 1. Mai 1993

1. Hat die Sozialdemokratie den 1. Mai zu einem Staatsfeiertag gemacht, wo der Regierungspolitik zugejubelt werden soll? Ja: weiter bei Frage 2, Nein - Frage 18

2. Kommt die revisionistische KPÖ nur noch mit Reformvorschlägen zur "Verbesserung" des Kapitalismus daher? Ja - 3, Nein - 16

3. Sollen die RevolutionärInnen den 1. Mai der SPÖ und KPÖ überlassen? Ja - 17, Nein- 8

4. Sollen revolutionäre Menschen überhaupt noch am 1. Mai auf die Ringstraße gehen? Ja - 5, Nein - 8

5. Nur weil früher die revolutionäre Arbeiterbewegung jeden 1. Mai aufmarschiert ist? Ja - 16, Nein - 6

6. Nur weil ArbeiterInnen aus der Türkei, Kurdistan, Iran usw. am Ring demonstrieren? Ja - 13, Nein - 7

7. Nur weil in vielen Ländern der Welt der 1. Mai als internationaler Kampftag der Arbeiterklasse begangen wird? Ja - 8, Nein - 9

8. Gibt es heute noch Gründe, gegen das kapitalistische System in Österreich zu demonstrieren (und nicht nur gegen einzelne Mißstände)? Ja - 9, Nein - 10

9. Ist für die Zerschlagung des bürgerlichen Staates eine Revolution notwendig? Ja - 10, Nein - 17

10. Können wir die Revolution vom WG-Zimmer aus vorbereiten? Ja - 18, Nein - 11

11. Sind 50 Autonome genug für die Durchführung der Revolution (auch ohne Bündnispartner)? Ja - 15, Nein - 12

12. Ist das Proletariat die einzig revolutionäre Klasse der kapitalistischen Gesellschaft? Ja - 19, Nein - 15

13. Müssen wir in den Metropolen warten, bis die Völker in den abhängigen Ländern den Imperialismus besiegt haben? Ja - 18, Nein - 14

14. Müssen die unterdrückten Völker in den halbkolonialen Ländern warten, bis in den imperialistischen Ländern der Sozialismus erkämpft wurde? Ja - 18, Nein - 4

15. Die ganze ML-Scheiße nervt mich (und ich befolge die Anweisungen des Tatblatt minus 46 vom Juni 1991, nix von Marx, Engels, Lenin, Stalin oder sonst so einem/einer zu lesen). Ja - 11, Nein - 4

16. Ich habe Marx und Lenin studiert und sympathisiere immer noch mit der KPÖ. Ja - 18, Nein - 13

17. Ich habe den "Vorwärts" und den "ArbeiterInnen-Standpunkt" gelesen und will die SPÖ jetzt radikal umkrempeln. Ja - 18, Nein - 16

18. Ende; vielleicht das nächste Jahr!

19. Komm am 1. Mai um 11 Uhr zur Oper, um mit uns gemeinsam für die sozialistische Revolution zu demonstrieren!

